

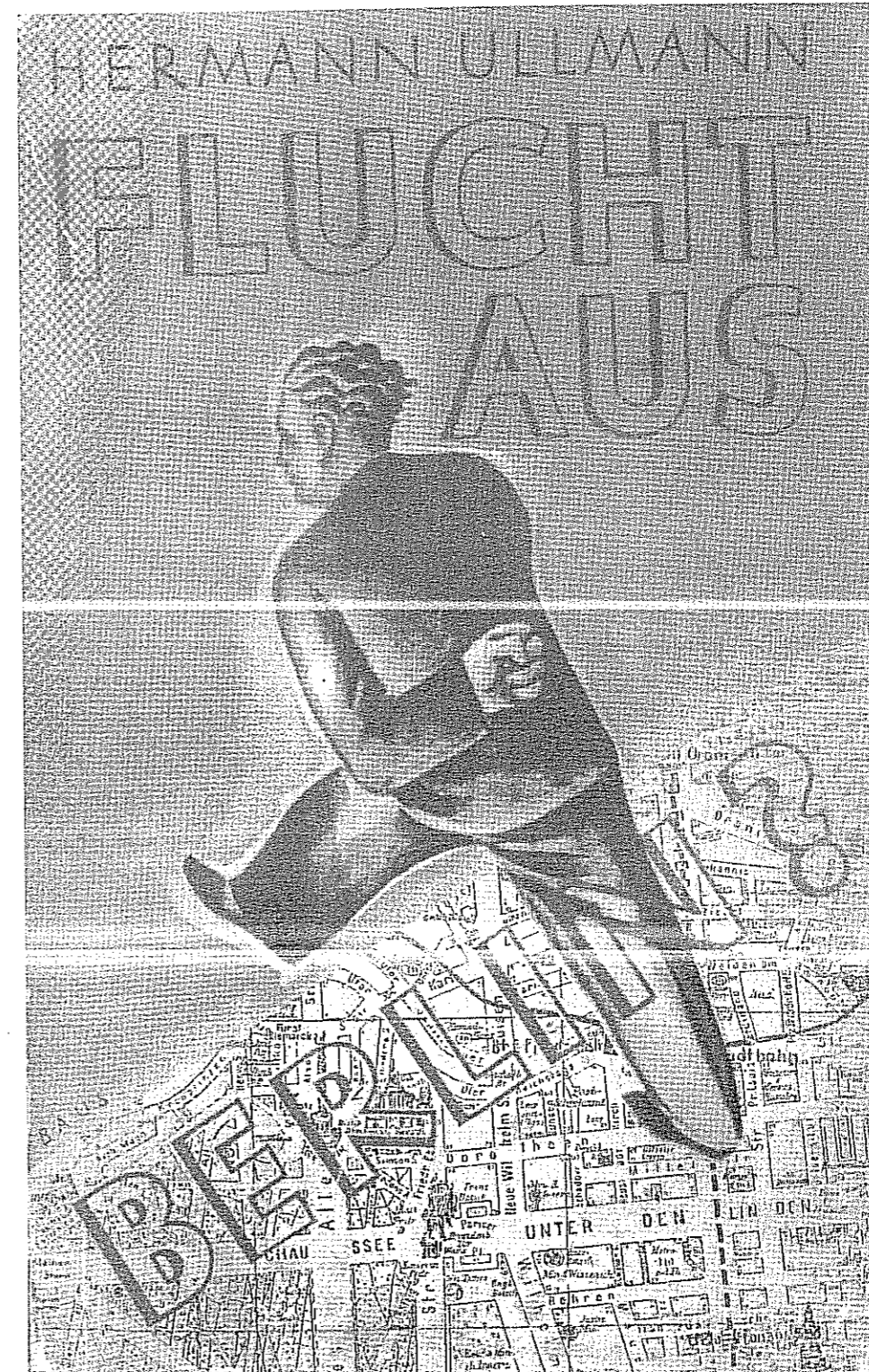
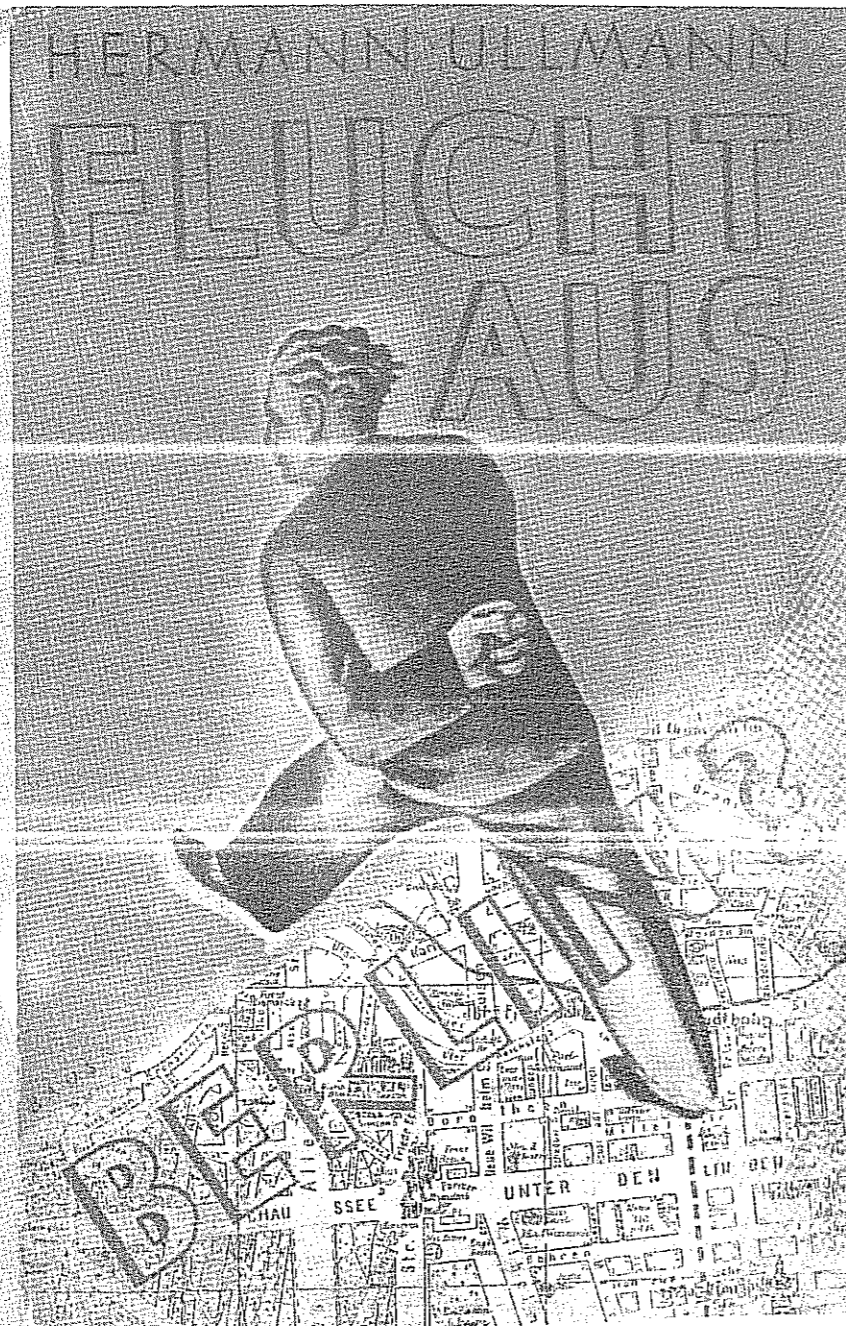
Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie

11. Jg. Nr. 2
Januar 1997

Ullmann, Hermann: Flucht aus Berlin? (1.-4. Tsd.) Jena, Diederichs (1932). 119 (+1)S., 1 Bl. OKt. (Ausstattung incl. farb. Umschlagzeichn.: Georg Baus.) Berlin-Bibliogr. S. 336. Einzige Auflage. Zeitdiagnose aus dem konservativen Lager, "die wegen ihres hohen Niveaus auch auf der Gegenseite Zustimmung fand".

Berlin ist heute im Ausbruch. Seine Sonderheiten im guten wie im schlechten Sinne treten inmitten der allgemeinen Krise mehr denn je in Erscheinung. Ullmann beobachtet scharf und enthält sich nicht der notwendigsten Kritik, aber stärker als all seine Umwände ist das Verständnis für die eigentümlichen Bedingungen dieser Stadt, die innerhalb weniger Jahrzehnte zur Weltstadt wurde. Jeder 25. Deutsche und jeder 16. Reichsangehörige wohnt heute in Berlin, dieser ausgedehnten Steinwüste, die ein Stück deutsches Schicksal verkörpert. Aus landschaftlichen und wirtschaftspolitischen Lebensbedingungen baut Ullmann Berlin höchst plastisch auf: geistig zugewandt dem Westen, aufgeschlossen dem Osten, ein Zentralpunkt deutscher geschichtlicher Sendung, geladen mit Energie und Aktivität.

Warum Berlin so ist und wie es wurde, aus tausend Einzelheiten wird es deutlich und anschaulich: sein übersteigter Anspruch und seine geschichtsbildende Leistung, sein inneres und äußeres Ausmaß, das Bewegung- und Verwurzelungsgesetz seiner Menschen. Überraschend klar wird hier das Gesicht der größten deutschen Stadt in seinen wesentlichen Zügen gezeichnet.



Herausgegeben im Auftrag der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie von Wendelin Strubelt, Bonn

Vorweg

Vor etwas mehr als zehn Jahren begann mit einer Null-Nummer dieses Nachrichtenblatt zu erscheinen, wurde der erste Jahrgang aufgelegt. Der zweite Jahrgang war der erste vollständige. Zehn Jahre Existenz ist ein Grund allen zu danken, die bisher durch ihre Beiträge es ermöglicht haben, kontinuierlich Hefte herauszubringen. Wichtiger aber ist der Blick nach vorne. Das Blättchen kann auch in Zukunft nur so lebendig sein, wie die Sektion selbst. Dies impliziert auch für die Zukunft ein hohes Engagement von allen und ein kontinuierliches Halten des wissenschaftlichen Standards. Davon gehe ich aber ziemlich sicher aus, deshalb ad multos annos für die Sektion und das Blättchen.

Wie im letzten Heft angekündigt, steht im Mittelpunkt dieser Ausgabe des Nachrichtenblatts die Dokumentation von Beiträgen, die auf dem Soziologiekongreß in Dresden im Herbst des Jahres vorgetragen worden sind.

Der Redaktionsschluß für das nächste Heft ist der **31. Mai 1997**. Ich freue mich auf viele Beiträge und grüße Sie sehr herzlich aus Bonn.

Wendelin Strubelt

Bonn, Januar 1997

Bitte schicken Sie Ihre Beiträge an meine Adresse:

Wendelin Strubelt
c/o Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung
Postfach 20 01 30

53131 Bonn

Name: _____

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Herrn Prof. Dr. Thomas Krämer-Badoni, einen Betrag von DM 10,00 pro Jahr (beginnend _____) zum Zwecke der Finanzierung der Rundschreiben der Sektion „Stadt- und Regionalsoziologie“ von meinem Konto einzuziehen.

Meine Bankverbindung lautet: Konto-Nr.: _____
bei der _____
BLZ: _____

(Ort, Datum und Unterschrift)

Rücksendung an:

Universität Bremen, KUA
ZWE „Arbeit und Region“
Prof. Dr. Thomas Krämer-Badoni
Postfach 33 04 40

28334 Bremen

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|--|-------|
| I. Berichte und Ankündigungen aus der Sektion | |
| Informationen des Sprechers der Sektion, Thomas Krämer-Badoni | 3 |
| Vorschlag für einen Themenschwerpunkt der Sektion | 5 |
| Dokumentation der Herbstagung 1996 | 7 |
| - Rainer Neef: Ethnische Spaltungen als Teil sozialer und räumlicher Marginalisierung in Städten | 8 |
| - Peter Bremer: Arbeitsmigranten in der Bundesrepublik: Eine neue „Urban Underclass“? | 14 |
| - Viktoria Waltz: Soziale Integration und ethnische Identifikation in (benachteiligten) Stadtquartieren | 31 |
| - Hervé Vieillard-Baron: Von der Geschichte der Migration zur „ethnischen“ Stigmatisierung in Frankreich | 39 |
| - Sigrid Baringhorst: Segregation statt Integration? - Zu einigen nicht-intendierten Folgen multikultureller Minderheitenpolitik in Großbritannien | 47 |
| II. Berichte / Informationen | |
| Ausschreibung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg | 58 |
| Ausschreibung der Schader-Stiftung | 58 |
| Programm der Tagung „Ressourcen lokaler Politik“ | 59 |
| Information zur International Conference „Urban Ecology“ | 61 |
| Sigrun Kabisch: Umweltverhalten und Lebensqualität in urbanen Räumen (UFZ-Sommerschule '96) | 62 |
| Hinweis auf den Tagungsbericht und wissenschaftliche Beiträge der UFZ-Sommerschule '96 | 74 |
| Programm der Tagung „Handeln in der Innenstadt“ | 76 |
| III. Literaturhinweise | |
| Diverse Literaturhinweise | 79 |
| Auszug aus den „Schnellinformationen“ der BfLR über neu erworbene Literatur | 116 |

I. Berichte und Ankündigungen aus der Sektion

Thomas Krämer-Badoni, Universität Bremen
Sprecher der Sektion „Stadt- und Regionalsoziologie“

Auf der Herbstsitzung der Sektion in Dresden haben wir wegen der untypischen Zusammensetzung des Auditoriums keine Beschlüsse gefaßt. Die anstehenden Beschlüsse (Wahlmodus des Vorstandes, Ort und Termin der Herbsttagung der Sektion) werden also auf der Frühjahrssitzung 1997 gefaßt werden müssen.

Die Frühjahrssitzung zum Thema Suburbanisierung wird vom 17. bis 19.04.1997 am Institut für Soziologie der Universität Hannover stattfinden. Das Tagungsprogramm und die genaueren örtlichen Informationen werden im Februar an die Mitglieder verschickt werden.

Zur Zeit liegen für das Suburbanisierungsthema Vorschläge vor von: Breckner (zu Hamburg); Friedrichs (zu Köln); Franz (zu Ostdeutschland); Prigge (zu Frankfurt); Matthiesen (zu Berlin) und Schubert (zu Hannover). Aus diesen Vorschlägen werden wir nach Rücksprache mit den betreffenden Personen auch das Programm zusammenstellen, eventuell ergänzt um externe Referenten, die wir zu dieser Sitzung einladen könnten.

Mit der Annahme des Vorschlages, einen jährlichen Betrag von 10,00 DM für die Versendung der Rundschreiben mittels Einzugsermächtigung zu kassieren, habe ich mir eine ziemliche Arbeit aufgehalst. Ich werde im Februar von allen, von denen mir eine Einzugsermächtigung vorliegt (z. Zt. 88), den Betrag von 30,00 DM (1995 - 1997) einziehen. Dafür werden alle Namen und Nummern elektronisch so gespeichert, daß ab 1998 der Aufwand erheblich reduziert werden kann.

In dem diesem Rundschreiben beiliegenden Formular ist das Jahr, ab dem der Betrag eingezogen werden kann, nicht vorgemerkt. **Tragen Sie bitte das Jahr ein.** Die älteren Mitglieder ab 1995, die neuen jeweils ab 1996 oder 1997. Ohne die Angabe des Jahres kann ich mit Ihrem Formular nichts anfangen. Schicken Sie bitte das Formular - sofern hier nicht bereits eins vorliegt - bis zum 20. Januar 1997 zurück. Einige von Ihnen haben mir gesagt, daß sie gerne ihren Beitrag entrichten würden, dies aber nicht per Einzugsermächtigung tun möchten. Deshalb gebe ich hier die Nr. des eigens zu diesem Zweck eröffneten Kontos bekannt:

Thomas Krämer-Badoni
Kto.-Nr. 12451720
Sparkasse in Bremen
BLZ: 290 501 01

Wir werden auf der nächsten Mitgliederversammlung auch darüber diskutieren müssen, ob wir diesen Beitrag als Mitgliedsbeitrag zur Pflicht machen. Die DGS plant nämlich ihrerseits, den Jahreszuschuß von 500,00 DM an die Sektionen zu streichen, dafür aber bei der Bezuschussung von Tagungen mit eigens eingeladenen Referenten großzügiger zu sein. Dann müßten sich die Sektionen ohnehin selber finanzieren - so jedenfalls ist es auf der Sprechersitzung in Dresden diskutiert worden.

Auf der gleichen Sitzung wurde bekanntgegeben, daß die Leselisten der Sektionen erst 1998 veröffentlicht werden sollen. Wir haben also etwas mehr Zeit und können das Verfahren zur Erstellung einer Leseliste nochmals in Ruhe diskutieren.

Hinweisen möchte ich auf

1. den Vorschlag für einen Themenschwerpunkt „Stadt- und Globalisierung“ für die zukünftige Sektionsarbeit. Dieser Vorschlag ist von Lutz Mättig ausgearbeitet worden. Somit gibt es für die Herbstsitzung 1997 zwei alternative Themenvorschläge: Stadt und Globalisierung sowie Stadttheorie.
2. Eine Stellenausschreibung für eine/n wissenschaftlichen Mitarbeiter/in BAT IIa an der Universität in Halle.
3. Einen ausführlichen Hinweis auf eine Veranstaltung der Hochschule Bremen „Handeln in der Innenstadt“.

Vorschlag für einen Themenschwerpunkt der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie

Stadt und Globalisierung

Globalisierung ist zur Zeit **der** Begriff in der Debatte um die Gegenwartsgesellschaft. Eines der überraschendsten Phänomene aus soziologischer Sicht ist dabei, daß auch von wissenschaftlicher Seite bislang keine überzeugende Definition des Begriffes vorliegt (geschweige denn eine Operationalisierung). Dies verleiht der öffentlichen Debatte eine hochgradige Unschärfe und führt dazu, daß der Begriff 'Globalisierung' für unterschiedlichste Ziele manipulierend genutzt wird.

Während in der öffentlichen Debatte ein ökonomischer Bedeutungsgehalt dominiert (Zunahme der grenzüberschreitenden Produktion, des grenzüberschreitenden Waren-, Kapital-, Informations- und Personenverkehrs), muß die Soziologie das Verständnis von Globalisierung erweitern, um die komplexen Wirkungszusammenhänge des Phänomens in den Griff zu bekommen. Weitere Elemente des Globalisierungsprozesses sind die Bereiche Politik, Recht, Technologie, Ökologie und Kultur.

Ob sich die Gegenwartsgesellschaften derzeit in einer weltweiten Phase des Umbruchs befinden, die tatsächlich - wie suggeriert wird - in ein qualitativ neues Zeitalter führt, oder ob die beobachteten Prozesse im Grunde altbekannte, zuvor anders betitelte Phänomene darstellen (Internationalisierung, Transnationalisierung, Tertiärisierung), bleibt bislang unklar. Weitgehend unbestritten ist, daß überregionale oder übernationale Ereignisse und Strukturen Einfluß auf den städtischen Raum haben; ebenfalls unbestritten dürfte sein, daß dieser Einfluß in den 90er Jahren größer ist als zu Beginn dieses Jahrhunderts und daß der Prozeß der Bedeutungszunahme noch fortschreitet.

Der Einfluß überregionaler / übernationaler Ereignisse und Strukturen auf die Stadt läßt sich für die Bundesrepublik auf mehreren Ebenen zeigen. Weltweite wirtschaftliche Umstrukturierungen verändern das Profil der städtischen Ökonomie. Ganze Städte-Agglomerationen sind in der Folge der Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt vom Niedergang bedroht, andere befinden sich im Aufstieg. Zunehmende räumliche

Disparitäten entwickeln sich. Diese Entwicklung geht einher mit einem generellen politischen und finanziellen Ressourcenverlust der Städte aufgrund der zunehmenden Zentralisierung der nationalen Politik und als Folge von nationalen Souveränitätsabtretungen an supranationale Institutionen (z.B. EU).

Auf der sozial-räumlichen Ebene schlägt Globalisierung sich in vielfältiger Weise nieder. Dies vermittelt sich teilweise über eine regionale Standortpolitik, die sich im Wettbewerb um Investitionen und Kaufkraftpotentiale sieht und eine Politik der (Über-)Anpassung betreibt. Integrationskonflikte von MigrantInnen, Segregation nach ökonomischen und / oder ethnischen Merkmalen, stadträumliche Struktur- und Funktionsverschiebungen, Veränderungen auf dem städtischen Arbeitsmarkt sowie die Ausprägung neuer Lebensstile und Milieus dürften zu grundlegenden Veränderungen der städtischen Gesellschaft insgesamt führen.

Auch wenn sich das Thema Globalisierung erkennbar als Klammer für eine Vielzahl von Themenschwerpunkten eignet, denen sich die Sektion in der Vergangenheit bereits gewidmet hat, sollte sich die Diskussion nicht darauf beschränken, diese Themen lediglich unter globalem Aspekt neu zu beleben. Die Sektion sollte sich vielmehr zunächst anhand von zwei oder drei Beiträgen allgemein den verschiedenen Diskussionssträngen des Themas Globalisierung widmen. Denkbar wären Beiträge zur Modernisierungsdebatte, zur Debatte über ökologische und soziale Nachhaltigkeit, zur polit-ökonomischen Debatte oder zum Globalisierungsdiskurs an sich.

Im weiteren Verlauf sollte die Stadt als Ort des Aufeinandertreffens der Mikro- und der Makro-Ebene im Mittelpunkt stehen. Die unterschiedliche Bedeutung der Globalisierung für Städte je nach ihrer Position im Städtesystem, je nach Art ihrer Einbindung in weltgesellschaftliche Zusammenhänge verdient verstärkte Aufmerksamkeit. Im Zentrum von drei bis vier Beiträgen könnte daher eine Beschäftigung mit der Debatte um die besondere Rolle der Stadt im Globalisierungsprozeß - sowohl im Hinblick auf aktive als auch auf passive Elemente - stehen. Denkbare Schwerpunkte wären die Situation peripherer Regionen und Städte, die Debatte um die global city (resp. Euro-City), die Auswirkungen auf die städtische Sozialstruktur sowie veränderte räumliche Muster auf regionaler, nationaler oder kontinentaler Ebene.

**Dokumentation der Beiträge zur
Tagung der Sektion
„Stadt- und Regionalsoziologie“
am 9.10.1996 in Dresden**

- Rainer Neef
Ethnische Spaltungen als Teil sozialer und räumlicher Marginalisierung in Städten
- Peter Bremer
Arbeitsmigranten in der Bundesrepublik: Eine neue „Urban Underclass“?
- Viktoria Waltz
Soziale Integration und ethnische Identifikation in (benachteiligten) Stadtquartieren
- Hervé Vieillard-Baron
Von der Geschichte der Migration zur „ethnischen“ Stigmatisierung in Frankreich
- Sigrid Baringhorst
Segregation statt Integration? - Zu einigen nicht-intendierten Folgen multikultureller Minderheitenpolitik in Großbritannien

Der Text von Rainer Neef wurde in Dresden nicht vorgetragen, da die Organisatoren der Tagungen entsprechend den Beschlüssen der DGS keinen eigenen Auftritt haben sollten.

Rainer Neef

Soziologisches Seminar
der Universität Göttingen

Ethnische Spaltungen als Teil sozialer und räumlicher Marginalisierung in Städten

In den drei Ländern, mit denen wir es hier zu tun haben - Deutschland, Frankreich und Großbritannien -

- sind Immigranten in deutlicher Mehrheit industrielle, meist un- und angelernte Arbeiter. Von diesen wiederum befindet sich, zumindest in Deutschland, ein überproportionaler Anteil in hochbelasteten Arbeitsplätzen. Nur ein knappes Sechstel von ihnen arbeitet in Angestelltenberufen, vorwiegend als einfache Angestellte; in Frankreich und Großbritannien sind etwas höhere Anteile auch in die mittleren Ränge vor allen des öffentlichen Dienstes aufgestiegen, und in diesen beiden Ländern nimmt der Anteil der kleinen Selbständigen (Selbst-Beschäftigte) relativ rasch zu und liegt für einzelne Gruppen schon über dem nationalen Durchschnitt (Lapeyronnie, 1993, 230 u. 232). Diese letztere Entwicklung kann als Ausweichen vor der wachsenden Arbeitslosigkeit interpretiert werden, welche die Immigranten aufgrund der lang anhaltenden De-Industrialisierung in allen drei Ländern besonders hart trifft. Tatsächlich beträgt in allen drei Ländern die Arbeitslosenquote von Immigranten das Doppelte der Arbeitslosigkeit von Einheimischen.
- Das Bildungsniveau und der Berufsbildungsstandard von Immigranten liegen in allen drei Ländern deutlich unter dem der Einheimischen. Besonders benachteiligt in dieser zentralen Ressource gesellschaftlicher Integration sind die Immigranten in Deutschland; in Frankreich erreichen sie in höherem, wenngleich immer noch unterdurchschnittlichem Maße das Abitur, und vor allem der Anteil der Akademiker unter ihnen ist wesentlich höher als in Deutschland. Andererseits ist aber auch der Anteil der Schulabbrecher bei Immigranten in Frankreich höher als in Deutschland. Sicherlich spielen hier die geringeren Sprachschwierigkeiten und die Vertrautheit von Immigranten aus ehemaligen Kolonien mit dem Schulsystem Frankreichs und Großbritanniens eine Rolle.
- In allen drei Ländern leben die Immigranten ganz überwiegend in größeren Städten, erheblich beengter als Einheimische in Wohnungen schlechteren Standards, die besonders häufig in schlecht ausgestatteten bzw. schlecht gelegenen und sozial diskriminierten Stadtvierteln liegen. In Deutschland herrschen Altbau-Mietwohnungen schlechterer Qualität vor. Der Anteil von Immigranten an den Sozialwohnungsmietern ist unterdurchschnittlich - in Großbritannien sind sie in durchschnittlichem und in Frankreich in deutlich überdurchschnittlichem Maße in Sozialwohnungen zu finden. Dieser allgemeinen Diskriminierung von Immigranten auf dem Wohnungsmarkt steht in Deutschland eine schwache, in Frankreich und Großbritannien eine stärker zu ihren Gunsten eingreifende oder umverteilende Politik gegenüber.

Spaltungen

Angesichts dieser gemeinsamen Benachteiligung von Immigranten aller drei Länder in den zentralen Bereichen Berufsleben, Bildung und Wohnen darf ihre große *Diversität* nicht vergessen werden. So liegt etwa die Arbeitslosenquote von Griechen in Deutschland, von Spaniern und Portugiesen in Frankreich beim Durchschnitt, die der Inder in Großbritannien liegt nur leicht darüber. Über dem Doppelten des Durchschnitts liegt jedoch die Arbeitslosigkeit von Türken in Deutschland, von Algeriern in Frankreich, von Pakistanis und Immigranten von den Antillen in Großbritannien. Das Bildungsniveau der Jungen indischer Herkunft und der Mädchen, die von den Antillen stammen, ist höher als das der Einheimischen in Großbritannien; sehr hohe Bildungsunterschiede finden sich auch zwischen Jugoslawen und Spaniern einerseits,

Türken andererseits in Deutschland, zwischen Ostasiaten und Tunesiern einerseits, Algeriern und Türken andererseits in Frankreich. Die Benachteiligung in der Wohnungssituation scheint sich quer durch die verschiedenen Gruppen von Immigranten zu ziehen. Auffällig ist aber, daß in ausgesprochenen Problemvierteln aller drei Länder sich hohe Konzentrationen besonders benachteiligter Immigrantengruppen finden. (Genauere Zahlenangaben in: Krummacker/Waltz, 1995, 113ff. u. 300ff.; Lapeyronnie, 1993, 229ff.; Seifert, Werner und Thränhardt in: Seifert, Hrsg., 1995).

Vertieft werden Unterschiede unter den verschiedenen Immigrantengruppen durch den rechtlichen Status. Die Erlangung der britischen Staatsbürgerschaft war für Commonwealth-Angehörige lange Zeit relativ einfach. In Frankreich ist sie das durch das *ius solis* noch heute (s. Beitrag von Vieillard-Baron). Der in diesen beiden Ländern relativ hohe Anteil von Staatsbürgern unter den Immigranten genießt natürlich in allen Hinsichten die üblichen sozialen Bürgerrechte. In Deutschland schafft der Rechtsstatus die tiefsten Kluften zwischen Immigranten: Aussiedler aus Osteuropa hatten bis vor kurzem eine relativ gute Position durch deutsche Staatsbürgerschaft und durch Anrechte auf Förderungen und Einstiegshilfen in den Arbeits- und Wohnungsmarkt. Die Immigranten aus der EU haben faktisch die Staatsbürgerschaft ohne (wesentliche) Wahlrechte. Die nicht aus Ländern der EU stammenden Arbeitsmigranten haben mindere soziale Rechte, und das Aufenthaltsrecht ist oft an das Vorhandensein eines Arbeitsplatzes gebunden. Asylbewerber und Flüchtlinge haben eine in jeder Hinsicht juristisch und damit auch ökonomisch ungesicherte Existenz.

Auch in 'kulturellem Kapital' und in Lebensweisen zeigt sich die enorme Heterogenität von Immigranten in allen drei Ländern. In Sprachfertigkeiten und Bildungsstand, in Religiosität und Denkweisen, in Freizeitpraktiken und Arten der Selbst-Präsentation verschwinden einzelne Gruppen gewissermaßen unter den Einheimischen, andere werden sehr deutlich als kulturelle Minderheit sichtbar. Den unter Einheimischen üblichen kleinfamilien-individualisierten Lebensstil findet man ebenso bei Jugoslawen in Deutschland, bei ehemaligen Bewohnern der Antillen in Frankreich und Großbritannien. Andere Immigrantengruppen leben in unterschiedlichsten Formen der Vergemeinschaftung, sei es über Vereine und Bruderschaften, sei es über Großfamilien, Verwandtschaftsnetze und ganze Clans. Diese Unterschiede in Kultur und Lebensweise sind z. T. erklärbar aus der jeweiligen regionalen Herkunft oder auch der ethnischen Zugehörigkeit der Immigranten und zwar auch innerhalb ein und derselben Nationalitätengruppe. Vieillard-Baron stellt das in seinem Beitrag dar. Rassische Diskriminierung macht sich an solchen kulturellen Unterschieden fest - aber auch dort, wo keinerlei 'ethnische' Besonderheiten erkennbar sind, wie etwa bei den ehemaligen Bewohnern der Antillen, bietet die Hautfarbe Anlaß für Einheimische, auf Distanz zu gehen: das kennt man als Rassismus.

Sicherlich haben sich die Unterschiede zwischen Immigranten und Einheimischen im Lauf der Zeit vermindert; die zweite oder auch dritte Generation der Einwanderer hat ein höheres Bildungsniveau, qualifiziertere Arbeitsplätze und 'angepaßtere' Lebensweisen als die Vätergeneration. In allen Untersuchungen zur Integration von Immigranten - auch wenn sie denkbar breit angelegt sind (Esser/Friedrichs, Hrsg., 1990) - wird aber immer wieder betont, wie unausrottbar die Distanz auch der 'angepaßten' Immigrantengruppen zu den Einheimischen ist. Vielleicht spielt eine Besonderheit der Mehrheit der Immigrantengruppen hier eine Rolle: sie scheinen einen engeren Zusammenhalt untereinander zu haben als die Einheimischen. In den Familien 'funktioniert' das System der festen Rollenzuschreibungen und der gegenseitigen Verpflichtungen noch besser als bei Einheimischen, auch und gerade gegenüber denjenigen Angehörigen, deren Einstieg in die Zuwanderungsgesellschaft gescheitert ist. Dies führt zu engerer Bindung und zu intensiverer sozialer Kontrolle, und zwar auch im Gemeinschaftsleben vieler Immigrantengruppen. Bei ihnen verbinden sich intensives Sozialleben, Vereinsaktivitäten und institutionalisierte Fürsorge für Neu-Ankömmlinge und sozial Abgestiegene, sei es in Form von Organi-

- Die 'etablierten' Bewohner sind die Alteingesessenen - überwiegend Einheimische in meist stabiler sozialer Position. Sie schließen sich offenbar (das ist nicht sehr genau erforscht) von der gesamten sonstigen Bewohnerschaft ab und pflegen nur untereinander relativ enge Beziehungen.
- Daneben gibt es schon lange ansässige Immigrantenfamilien, die den sozialen Abstieg des Viertels sehr deutlich erleben, relativ enge Kontakte in der eigenen Gruppe pflegen, aber sehr skeptisch gegen die neu Zugewanderten sind.
- Diese bestehen wiederum überwiegend aus sozialen Problemfällen, die sich mehr oder minder gezwungen sehen, in das stigmatisierte Viertel zu ziehen. Ein Teil davon sind erwerbslose oder sonstwie sozial abgestiegene Einheimische. Angewiesenen Status können sie sich ein gesellschaftliches Ansehen nur noch dadurch schaffen, daß sie sich gegen 'weiter unten Stehende' abgrenzen. Wenn eine statusverleihende Erwerbsposition fehlt, gibt es nur drei Möglichkeiten, das eigene Ansehen zu wahren: das Vorweisen einer guten Familienmoral; die Demonstration einer ordentlichen Haushaltsführung, wozu auch Eigenarbeit und andere informelle Aktivitäten gehören; der diskreditierende Klatsch gegenüber tiefer Stehenden (Paugam, 1993, 183ff.).
- Besonders die neu zugezogenen Immigranten bieten sich als 'tiefer Stehende' an, und selbst wenn eine Mehrheit von ihnen noch eine feste Erwerbstätigkeit hat, so machen sie doch täglich die Erfahrungen einer solchen Abweisung durch die Einheimischen. Das bestärkt sie darin, sich in ihren Beziehungen ganz auf die Herkunftsgruppe, die Großverwandtschaft oder wenigstens die Familie zu konzentrieren.

Diese gegenseitige Abschließung im Problemviertel läßt für die meisten Immigranten wahrscheinlich (genauer ist dies nicht erforscht) einen intensiveren Bezug auf eigene Gemeinschaften entstehen, die schlechter angesehen sind, aber ebenso abgeschlossen wie die Alteingesessenen. Die einheimischen Marginalisierten leben überwiegend sozial zurückgezogen oder vereinzelt.

- b) Die *Nachteile* der Problemviertel ergeben sich einerseits aus ihrer Lage und ihrer Nutzungsqualität: viele Altbauviertel und die meisten Neubausiedlungen sind gegen die restliche Stadt scharf abgegrenzt und stellen insofern ein eigenes Territorium dar. Ihre Umweltqualität ist schlecht: Die Altbauviertel leiden oft unter starken Immissionen und Verkehrsbelastungen; die Außenanlagen der Neubausiedlungen sind durch Desinvestition und Vandalismus heruntergekommen. Industrielle Arbeitsplätze, für die Mehrheit der Immigranten die Erwerbsbasis, werden durch die Arbeitsmarktentwicklungen und durch räumliche Verlagerungen immer schwerer erreichbar. In Neubauvierteln finden sich kaum einfache Dienstleistungsjobs. Da in den einzelnen Häusern die unterschiedlichsten Bewohnergruppen zusammengewürfelt werden, kommt es häufig zu Konflikten. Der öffentliche Raum wird dominiert von arbeitslosen Eckenstehern, fast durchweg Männer, und von Jugendlichengruppen, die bestimmt sind von Schulschwänzern und Arbeitslosen und durch aggressives Gebaren auffallen. Ihr Auftreten erzeugt bei den anderen Bewohnern Ängste, führt zu Konflikten, und verschärft den Hang, sich in die eigene Wohnung zurückzuziehen. Sehr drastisch leben diese Gruppen den anderen, besonders den Kindern und Jugendlichen, die Perspektivlosigkeit des Lebens im Problemquartier vor. - Angesichts dieser Nachteile der Problemquartiere versuchen Jüngere, die eine bessere ökonomische Situation haben, so schnell wie möglich abzuwandern; die Älteren ziehen sich noch weiter zurück. Das führt zu einer fatalen sozialen Abwärtsspirale durch selektive Zu- und Fortzüge.

Die erwerbstätigen Immigranten haben mit dem Arbeitsplatz noch eine Brücke in die übrige Stadt und in die übrige Gesellschaft. Für sie ist das Problemquartier ein stigmatisierter Ort, in dem sie sich immerhin freier entfalten können als anderswo. Die erwerbslosen Immigranten dagegen entfremden sich immer weiter von der weiteren Stadt und von den Anforderungen der Gesellschaft insgesamt: Das Erlebnis ständiger Abweisungen macht 'die Stadt' für sie zu einem

fremden Territorium, das sie mangels Arbeitsplatz auch gar nicht mehr betreten müssen, zumal das eigene Viertel eine halbwegs brauchbare öffentliche und private Versorgungsinfrastruktur besitzt. Verhaltenssicherheit ist nur noch im eigenen Problemquartier möglich, da man hier noch einen irgendwie anerkannten Status vorweisen kann und zumindest den Rückhalt einer eigenen Gruppe, einer Gemeinschaft oder einer größeren Verwandtschaft besitzt. So wirkt das Viertel immer stärker einschließend, zur räumlichen kommt die soziale Isolation gegenüber der Mehrheitsgesellschaft.

Räumliche Ausschließung und interne soziale Spaltungen stellen das dar, was W.J. Wilson (1987) *soziale Isolation* genannt hat. Wenn und soweit diese einhergeht mit ökonomischer Marginalisierung, könnte man die arbeitslosen Immigranten in Problemquartieren zu einer neuen städtischen Unterklasse zählen. Die Mehrheit der Immigranten ist allerdings ökonomisch nicht marginalisiert. Der Staat hat sich in Europa aus diesen Vierteln keineswegs zurückgezogen. Die Bewohnerschaft ist ethnisch und sozial außerordentlich heterogen. Insofern müßte erst diskutiert werden, wie weit der Begriff 'Unterklasse' zum Verständnis der Lage von Immigranten im städtischen Raum überhaupt beiträgt. In der Forschung noch nicht geklärt ist die Frage, über welche Eigenpotentiale Immigranten verfügen, um Zeiten längerer und wachsender Erwerbslosigkeit zu überstehen: können sie dauerhaft eigene materielle Ressourcen - Eigenarbeit für den Haushalt, Tauschleistungen in sozialen Netzwerken, Schwarzarbeit - entwickeln? Welche Immigranten können aus Sozialbeziehungen und gegenseitiger Unterstützungen zu einer tragfähigen Identität finden, die nicht durch ständige Diskriminierung immer wieder zerstört wird? Die Beiträge von Baringhorst und Vieillard-Baron zeigen zudem, daß die deutsche Forschung sich intensiver mit den Erfahrungen im westlichen Ausland auseinandersetzen sollte: welche Formen und welche Folgen einer politischen Vertretung von Immigranten haben sich bewährt? Und wieviel kulturelle 'ethnische' Besonderheit ertragen wir im Vergleich zu unseren westlichen Nachbarn?

Literatur

- BOETTNER, Johannes TOBIAS, Gertrud; (Hg.), 1992: Von der Hand in den Mund. Armut und Armutsbewältigung in einer westdeutschen Großstadt. Essen: Klartext
- BOURDIEU, Pierre, u.a., 1993: La misère du monde. Paris: Seuil
- DUBET, François; LAPEYRONNIE, Didier., 1994: Im Aus der Vorstädte. Stuttgart: Klett-Cotta
- ESSER Hartmut; FRIEDRICH, Jürgen, u.a., 1990: Generation und Identität. Opladen: Westdt. Verlag
- HECKMANN, Friedrich, 1992: Ethnische Minderheiten, Volks und Nation. Stuttgart: Enke
- HERLYN, Ulfert; LAKEMANN, Ulrich; LETTKO, Barbara; 1991: Armut und Milieu. Benachteiligte Bewohner in großstädtischen Quartieren. Basel u.a.: Birkhäuser
- KRUMMACHER, Michael; WALTZ, Viktoria: Einwanderer in der Kommune. Essen: Klartext
- LAPEYRONNIE, Didier, 1993: L'individu et les minorités. La France et la Grande Bretagne face à leurs immigrants. Paris: Presses Universitaires de France.
- PAUGAM, Serge, 1991 (1993²): La disqualification sociale. Essai sur la nouvelle pauvreté. Paris: P.U.F.
- OECD-Employment Outlook 1996. Paris: OECD
- SEIFERT, Wolfgang, Hg., 1995: Wie Migranten leben. Lebensbedingungen und soziale Lage der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik. Berlin: WZB (papers FS III 95-401)
- McGREGOR, S./ PIMLOTT, B. Hrsg.: Tackling the Inner Cities. Ed. Oxford: Clarendon
- VIEILLARD-BARON, Hervé, 1992: Les quartiers prioritaires de la politique de la ville. In: INSEE Première No. 234
- WILSON, William Julius, 1987: The Truly Disadvantaged. The Inner City, the Underclass, and Public Policy. Chicago: U.C.P.

sationen, von Bruderschaften oder von Moscheen. Die persönlichen, gemeinschaftlichen oder organisatorischen Beziehungen zwischen Migranten verschiedener Herkunft oder Ethnizität sind allerdings auch ausgesprochen schwach. Es darf übrigens nicht vergessen werden, daß keineswegs alle Immigrantengruppen eine intensive Vergemeinschaftung aufweisen. Viele leben vereinzelt, räumlich zersprengt, oder wegen politischen Überzeugungen, Familientrennung oder anderen Ereignissen von der Gemeinschaft ausgeschlossen.

Die externen Unterschiede in Beschäftigungs- und Bildungssituation, in rechtlicher Lage, im Ausmaß sozialer Diskriminierung verbinden sich mit vielfältigen internen Unterschieden in Kultur, Lebensweise und Gemeinschaftsformen zu tiefen Spaltungen unter den Immigranten. In dem Maße, wie die von außen auferlegten und von innen betonten Besonderheiten großer Immigrantengruppen hervortreten, entsteht die - auch in der Diskussion der vorgängigen Beiträge häufig gestellte - Frage, wieviel Besonderheit die Einheimischen unserer Gesellschaft vertragen wollen. Dies ist zuvörderst eine Frage von Politik und Bewußtseinsbildung, und hier können wir von den beiden anderen Ländern noch viel lernen, im positiven Sinne, und aus Mißerfolgen.

In Frankreich gilt für den Staat und für das herrschende Selbstverständnis: Staatsbürger werden durch Zugehörigkeit zum französischen Territorium bestimmt und sie haben ein grundsätzliches Recht auf gleiche Behandlung durch den Staat. Dieses Verständnis gilt auch im sozialen Sinne: sozialer Ausschluß insgesamt erscheint gewissermaßen als Beeinträchtigung des allgemeinen Gleichheitsverständnisses und ist seit mehr als 10 Jahren Gegenstand vielfältiger staatlicher und zunehmend auch privater Initiativen. Der Kampf gegen „exclusion sociale“ gehörte zu den großen Wahlkampfversprechen des konservativen Präsidenten Chirac (der sozialdemokratische Kanzlerkandidat hätte das Thema „Armut“ als Beeinträchtigung seiner Wahlchancen empfunden). So werden soziale Rechte und Leistungen relativ großzügig an Einheimische, Eingebürgerte und Eingewanderte verteilt. Dies geschieht allerdings auf niedrigem Niveau - Frankreich wendet, gemessen am Bruttosozialprodukt, ebenso viel Mittel für Arbeitsmarktprogramme auf wie Deutschland, verteilt sie aber an eine so doppelt hohe Zahl von Nutznießern (OECD 1996, 224). Immigrantengruppen werden relativ großzügig gefördert, soweit sie sich als gut erzogene Vermittler und politische Gesprächspartner erweisen. Die Grenze staatlichen Wohlwollens ist freilich dort erreicht, wo die Immigranten ihre Besonderheit gegenüber der französischen Kultur und Lebensweise hervorheben. Das gilt besonders für islamistische Strömungen: junge Mädchen im Hijab, junge Männer in islamistischen Organisationen werden beobachtet, kontrolliert und ausgegrenzt.

Umgekehrt in Großbritannien. Die konservativen Regierungen haben seit fast 20 Jahren soziale Bürgerrechte immer mehr beschnitten. Die Immigranten sind dabei nur eine Betroffenengruppe unter vielen. Drastisch reduziert wurden in den letzten Jahren aber auch ihre Chancen auf Einwanderung und Niederlassung. Aber gerade die kulturellen Besonderheiten, die Anerkennung und Organisation als nationale Minderheit werden politisch anerkannt und gefördert. Das wird im Beitrag von Baringhorst ausgeführt und muß hier nicht wiederholt werden. Aus diesem Beitrag wird auch deutlich, daß eine solche Förderung Gefahr laufen kann, Autoritätsverhältnisse und Herrschaftsstrukturen unter Immigrantengruppen zu stärken, die im direkten Gegensatz zu demokratischen Prinzipien stehen. Deutlich wurde aber auch, daß dies unter *spezifischen* sozialen und lokalen Bedingungen sich ereignet; unter anderen Umständen kann sich durch staatliche bzw. kommunale Förderung eine aus der Basis entwickelte und demokratisch legitimierte Mitbestimmung von Immigrantengruppen entwickeln.

Soziale Spaltungen im Problemviertel

Auf einen spezifisch stadtsoziologischen Aspekt will ich abschließend noch eingehen. In allen drei Ländern finden sich hohe Konzentrationen von Immigranten in denjenigen Gebieten der

Großstädte, wo sich soziale Problemgruppen und ökonomische Benachteiligung am krassesten ballen. In stigmatisierten Stadtvierteln deutscher Großstädte liegen diese Konzentrationen bei 20 bis 40%, in als 'schwierig' geltenden französischen banlieues und britischen Inner Cities bei 25 bis 50%. In Teilgebieten können in allen drei Ländern bis zu 70% Immigranten leben (Krummacker/Waltz, 1995, 173f; Lapeyronnie, 239ff.). Für westeuropäische Begriffe erscheint dies als krasse Segregation - aber es besagt auch, daß immerhin 50 bis 70% Einheimische in diesen Quartieren leben. Soweit diese Konzentration von Immigranten beiträgt zur Stärkung ihrer Gemeinschaftsbeziehungen und ihre Selbsthilfepotentiale, sind sie natürlich kein Problem. Ein Teil der Immigranten zieht aber nicht aus Neigung in diese Gebiete, aus dem Wunsch mit Seinesgleichen zusammen zu leben, sondern weil sie wegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt andernorts keine Bleibe finden, und hier beginnt das Problem. Gerade diese Immigranten mehrheitlich erwerbstätig und sozial stabil, werden in ein „negatives Milieu“ (Peter Bremer) gedrängt, das ihnen nicht nur beengte und zum Teil schlechte Wohnverhältnisse bietet, sondern das sie mit Feindseligkeit aufnimmt, so daß sie sich schon gezwungenermaßen auf ihre eigene Herkunftsgruppe beziehen müssen.

Im Problemviertel - dem Sozialen Brennpunkt, dem quartier défavorisé, der Inner City - lebt sicher nicht die Mehrheit der Immigranten, aber es ist von den städtischen Lebensmöglichkeiten der wichtigste Typus (genauer weiß man das nur für Frankreich - vgl. Vieillard-Baron, 1992). Das Leben hier bietet eine Reihe von Vorteilen, die sich aber in einer Weise mit Nachteilen verbinden, daß eine tiefe Ambivalenz entsteht. Folgt man dem Beitrag von Viktoria Waltz, und ergänzt dies durch einschlägige Literatur (Boettner/ Tobias, 1992; Bourdieu u.a., 1993; Dubet/ Lapeyronnie, 1994; Paugam, 1993; McGregor/Pimlott, Hrsg. 1991), so stellt sich das so dar:

a) Die Vorteile des Problemviertels für Immigranten: Die Wohnungen sind fast durchweg mietgünstig. In Frankreich herrschen Sozialwohnungen von akzeptabler Qualität vor, das für Neubauesiedlungen charakteristische Angebot an Infrastruktureinrichtungen ist in den letzten 10 Jahren erheblich ausgebaut worden. Defizite gibt es beim Angebot privater Arbeitsstätten und Versorgungseinrichtungen (und zwar in wachsendem Maße, wie geschlossene Einkaufszentren in den 'schlimmsten' banlieues zeigen). Die Altbauviertel, in Großbritannien und Deutschland vorherrschend, bieten vielfältigere Versorgungseinrichtungen (auch hier gibt es Erosion, wie vernagelte Läden in einigen Inner Cities zeigen). Sie haben aber zumindest in Deutschland und Großbritannien (in Frankreich wurden große Ausbauprogramme seit Mitte der 80er Jahre realisiert) eine unzureichende öffentliche Infrastruktur und, zumindest in Deutschland, ein Angebot an öffentlichen Diensten, das sehr schlecht auf Immigranten abgestimmt ist. In Altbauquartieren finden sich erheblich bessere Erwerbsmöglichkeiten als in Neubauesiedlungen; sie haben räumliche und wirtschaftliche Nischen, in denen sich eine 'ethnische Ökonomie' entwickeln kann, Raum für Eigenarbeit zur Versorgung des Haushalts, und in für Immigranten sehr engen Grenzen auch Gelegenheiten zur Schwarzarbeit. Der Vorteil der Problemquartiere in sozialer Hinsicht besteht in der Chance eines freieren Auftretens gegenüber anderen Bewohnergruppen. Es gibt einerseits eine gewisse Toleranz der verschiedenen Bewohner untereinander, aus dem Verständnis für Schwierigkeiten der Alltagsbewältigung und auch aus einer gewissen gegenseitigen Gleichgültigkeit heraus. Es gibt andererseits bessere Chancen zu alltäglicher Gemeinschaftlichkeit durch die Größe und räumliche Konzentration der jeweiligen Herkunftsgruppe; Heckmann (1992) hat auf die „Kettenwanderung“ hingewiesen, durch die in einzelnen Städten sich ganze Verwandtschaftsverbände oder Dörfer bzw. Nachbarschaften aus dem Herkunftsland rekonstituieren.

Die Diversität der Bewohner von Problemvierteln führt andererseits aber zu tiefen sozialen Spaltungen.

Arbeitsmigranten in der Bundesrepublik: Eine neue "Urban Underclass"?

Peter Bremer

Überarbeiteter Artikel des Vortragsmanuskripts für die Sektionssitzung *Stadt- und Regionalsoziologie: Ethnische Spaltungen und Probleme in Großstädten* im Rahmen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden am 9. Oktober 1996

Peter Bremer
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Institut für Soziologie
Arbeitsgruppe Stadtforschung
Postfach 2503
26111 Oldenburg
Tel. (0441) 9706-367
Fax (0441) 9706-366
e-Mail Bremer@psychologie.uni-oldenburg.de

Einleitung

Mit ein wenig Verzögerung ist nun auch in der Bundesrepublik eine Debatte zu konstatieren, die danach fragt, ob die sozialstrukturellen Entwicklungen v.a. seit den 80er Jahren noch mit den üblichen klassischen Begriffen der Sozialstrukturanalyse adäquant beschrieben werden können. Reicht das klassen- und schichtenanalytische Instrumentarium, um in Zeiten hoher (Langzeit-) Arbeitslosigkeit und abnehmender Ressourcen der Sozialstaaten die "Marginalisierten" entsprechend abzubilden? Oder kann bei bestimmten Bevölkerungsgruppen gar nicht mehr von Marginalisierung, sondern muß von Ausgrenzung gesprochen werden? Um diese Differenz zwischen einer Oben-Unten- und einer Drinnen-Draußen-Beschreibung geht es bei der aktuellen Debatte, die v.a. an Forschungen aus den USA, GB und Frankreich anknüpft. In diesen Ländern wird schon seit längerem entlang der Begriffe (*Urban*) *Underclass* und (*social*) *exclusion* diese Fragestellung kontrovers diskutiert (zusammenfassend vgl. z.B. Gebhardt 1995; Häußermann 1996; zusammenfassend und zum Problem der Übertragbarkeit vgl. Kronauer 1996).

Ein zentrales Ergebnis der Forschungen in den genannten Ländern ist, daß weit überdurchschnittliche ethnische Minderheiten von Marginalisierungs- und Ausgrenzungsprozessen betroffen sind. Bezogen auf die Situation von AusländerInnen¹ in der Bundesrepublik haben Untersuchungen ebenfalls immer wieder gezeigt, daß diese in den relevanten Lebensbereichen weit unterdurchschnittlich ist. Auch neuere Sozialstrukturanalysen die neben vertikalen verstärkt auch horizontale Aspekte miteinbeziehen - Stw.: Milieu- und Lebensstilanalysen - konstatieren, daß Aspekte wie Geschlecht und Nationalität/Ethnie als Ungleichheit generierende zu berücksichtigen sind, ohne jedoch gerade die Gruppe der AusländerInnen einer genaueren Analyse zu unterziehen (vgl. z.B. verschiedene Aufsätze in Dangschat/Blasius (Hg.) 1994; den räumlichen Aspekt berücksichtigend speziell Dangschat 1994b: 435). Es macht deshalb Sinn, in Anknüpfung an die genannten Debatten zu untersuchen, ob die Lebenssituation für einen nicht unbeträchtlichen Teil bzw. für bestimmte

¹ Es ist unmöglich, für alle Teilgruppen der nichtdeutschen Bevölkerung (Gastarbeitergeneration, 2. und 3. Generation, Flüchtlinge, Illegale) eine allgemeingültige und korrekte Bezeichnung zu finden. In Kenntnis der sprachlichen Problematik wird im folgenden trotzdem vereinfachend der Begriff Ausländer benutzt, wenn nicht spezielle Gruppen - z.B. Arbeitsmigranten - gemeint sind.

Gruppen von AusländerInnen in der Bundesrepublik mit Begriffen wie *Urban Underclass* und *Ausgrenzung* beschrieben werden kann. Zu bedenken ist dabei, daß das Konzept *Urban Underclass* empirisch und theoretisch umstritten ist (vgl. Fainstein 1993; Morris 1993) und die Erfahrungen aus den USA nur begrenzt übertragbar sind. Erstens gibt es zur teilweise historisch bedingten Situation der Schwarzen hier kein Pendant. Zweitens weist die Zuwanderung in die USA andere Merkmale auf als die nach Deutschland, und ebenso unterscheiden sich drittens die Situationen, die die ZuwanderInnen in us-amerikanischen Städten vorfinden von den rechtlichen, ökonomischen, sozialen, räumlichen und kulturellen Bedingungen hier. Die Versuche in GB und in Frankreich, die us-amerikanische Debatte für westeuropäische Verhältnisse fruchtbar zu machen, und die unterdurchschnittliche Lebenssituation von AusländerInnen in der Bundesrepublik lassen es uns jedoch als gerechtfertigt erscheinen, diese Bevölkerungsgruppe bzw. bestimmte Teilpopulationen genauer zu analysieren.

Aus Platzgründen kann dabei nicht auf alle relevanten Aspekte, die sich aus der *Underclass*-Debatte ergeben, eingegangen werden. Ich werde im folgenden deshalb nur kurz auf die Situation von AusländerInnen v.a. im Bereich der Arbeit (zu anderen relevanten Lebensbereichen vgl. den Aufsatz von Viktoria Waltz) eingehen, ohne differenziert nach Ursachen für die unterdurchschnittliche Versorgungslage fragen zu können. Ich werde dann danach fragen, ob die Situation von AusländerInnen in der Bundesrepublik mit den üblichen analytischen Begriffen der Sozialstrukturanalyse zu fassen ist, werde also in Anknüpfung an das Thema des Kongresses - *Differenz und Integration* - die Frage nach Integration und/oder Ausgrenzung stellen (es wird am Ende deutlich werden, daß die Alternativgegenüberstellung *Integration oder Ausgrenzung* als Beschreibungsebene nicht ausreicht). Dazu werde ich Überlegungen anstellen, wie Ausgrenzung gefaßt werden kann. Anhand der dabei entwickelten Kriterien werde ich abschließend versuchen anhand unserer Materialien die Frage nach *Ausgrenzung und/oder Integration* zu beantworten. Im folgenden benutze ich dabei vereinfachend die Begriffe *Urban Underclass*, *exclusion* bzw. *social exclusion* und *Ausgrenzung* synonym.

Zur Situation von AusländerInnen auf dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt und im Bildungssystem²

Trotz einer in den letzten Jahren veränderten Struktur der Zuwanderung stellen den Hauptanteil der in der Bundesrepublik lebenden AusländerInnen nach wie vor diejenigen, die als "Gastarbeiter" oder deren Familienangehörigen in die Bundesrepublik gekommen sind. Diese wurden v.a. in den 60er Jahren für einfache Tätigkeiten im Produktionsbereich angeworben. Dies spiegelt sich bis heute darin wider, daß AusländerInnen wesentlich häufiger als Deutsche im Fertigungssektor und seltener im Dienstleistungssektor tätig sind. Sie sind häufiger belastenden Arbeitsbedingungen ausgesetzt und verdienen durchschnittlich weniger. V.a. aufgrund des wirtschaftlichen Strukturwandels sind AusländerInnen häufiger arbeitslos als Deutsche. Folge ist, daß AusländerInnen häufiger Sozialhilfe beziehen und häufiger und länger von Armut betroffen sind, ein Aspekt, der in der dynamischen Armutsforschung bisher zu wenig Beachtung gefunden hat. Gerade bezogen auf Einkommen und die Betroffenheit von Armut hat die Differenz zwischen Deutschen und AusländerInnen eher zugenommen.

Auch im Bildungssystem sind deutliche Differenzen zwischen Deutschen und AusländerInnen auszumachen. Trotz einer gestiegenen Bildungsbeteiligung bei AusländerInnen kann von einer Angleichung von Deutschen und AusländerInnen nicht gesprochen werden, weil auch Deutsche eine höhere Bildungsbeteiligung als vor zehn oder fünfzehn Jahren aufweisen. Auch die Ausbildungsbeteiligung ist trotz einer Zunahme in den letzten Jahren bei ausländischen Jugendlichen immer noch weit unterdurchschnittlich.

Nicht zuletzt aufgrund der unterdurchschnittlichen Einkommenssituation ist die Versorgungslage von AusländerInnen auch auf dem Wohnungsmarkt unterdurchschnittlich. Daß sie für diese schlechter ausgestatteten Wohnungen mehr Miete pro qm bezahlen zeigt allerdings auch, daß nicht nur Einkommen, sozialer Status und strukturelle Mechanismen des Wohnungsmarktes, sondern auch aktive Diskriminierung bei der Wohnraumversorgung eine Rolle spielen.

² In eine umfassende Analyse sind natürlich weitere Bereiche (Recht, Freizeit/Sozialkontakte, Einkommen/Armut, normative Integration, Gesundheit, Kriminalität) zu berücksichtigen. Auf diese kann hier nicht eingegangen werden.

Zuwanderung war historisch immer eine Zuwanderung in die Städte. Dies ist auch bezüglich der Zuwanderung von AusländerInnen in die Bundesrepublik nicht anders. AusländerInnen wohnen weit überdurchschnittlich in Großstädten und hier wiederum überproportional in den Stadtteilen, die in der öffentlichen Diskussion als soziale Brennpunkte bezeichnet werden (vgl. Dangschat 1995). Häufig werden diese Stadtteile als die der vier A's bezeichnet: Arbeitslose, Arme, Alte, Ausländer (vgl. Krummacher/Waltz 1996: 174).

Genauere Analysen zeigen, daß nicht von "den" AusländerInnen gesprochen werden kann. Berücksichtigt man Nationalität, Alter, Aufenthaltsdauer, Geschlecht und Qualifikation, so zeigen sich z.T. deutliche Unterschiede. GriechInnen erreichen so häufig die Hochschulreife wie Deutsche, TürKInnen sind überdurchschnittlich, Angehörige aus dem ehemaligen Jugoslawien unterdurchschnittlich arbeitslos. Die Wohnsituation der TürKInnen liegt weit unter der aller AusländerInnen, die der SpanierInnen deutlich darüber. Die Angehörigen der 2.Generation wiederum sind seltener im Produktionssektor tätig als die "Gastarbeiter" der 1.Generation³.

Diese i.d.R. wohl bekannten und wenig überraschenden Ergebnisse führen zwangsläufig zu der Frage, ob für bestimmte Gruppen der ausländischen Wohnbevölkerung von Ausgrenzung gesprochen werden kann. Ich werde im folgenden versuchen, Ausgrenzung in Abgrenzung zu Begriffen der klassischen Sozialstrukturanalyse - Klasse, Schicht, Benachteiligung - genauer zu bestimmen.

Ausgrenzung - Versuch einer Definition

Wenn man - wie wir es in unserem Forschungsprojekt anhand der Fallstudien Oldenburg und Hannover tun - danach fragt, ob die Situation von Teilgruppen der ausländischen Wohnbevölkerung mit dem Begriff der *Urban Underclass* korrekt beschrieben werden kann, so müssen Kriterien benannt werden, anhand derer man diese Frage untersuchen kann. Wenn es auch keine allgemeingültige Definition von *underclass* gibt, so möchte ich im folgenden doch versuchen, anhand von sechs Kriterien bzw. Bereichen, in denen Inklusionen und

³ Für alle hier genannten Sachverhalte ließen sich viele Quellen nennen. Stellvertretend und zusammenfassend vgl. Beauftragte 1994 und 1995; Seifert 1995a und 1995b; Zentrum für Türkeistudien 1994.

Exklusionen definiert werden, so etwas wie ein Konzept von Ausgrenzung zu begründen. Hierbei orientiere ich mich v.a. an Überlegungen von Siebel (1996) und Kronauer (1996)⁴:

1. Eine gerade auf die Gruppe der AusländerInnen bezogene offenkundige Form der Ausgrenzung ist die des Rechts. Von abgestuften Arbeits- und Aufenthaltserlaubnissen für unterschiedliche Gruppen bis zur Versagung von politischen Bürgerrechten auch bei denen, die seit 30 Jahren hier leben, definiert das Recht Inklusionen und Exklusionen. So definiert das Recht auch, wer mit seiner gesamten Existenz ausgeschlossen ist, also wer sich illegal in der Bundesrepublik aufhält. Dieses wiederum bedeutet jedoch nicht, daß es nicht Berührungspunkte mit bestimmten Bereichen, so z.B. dem Arbeitsmarkt, gibt, also der Begriff Exklusion diesbezüglich irreführend ist. Im folgenden interessieren uns jedoch die schwerere zu erfassenden Prozesse der sozialen Ausgrenzung.
2. Ein weiteres Kriterium ist der Zugang bzw. nicht vorhandene Zugang zu den Institutionen des Sozialstaates. Dieser kann wiederum rechtlich definiert sein - Wer hat z.B. Anspruch auf Kindergeld und wer nicht? -, meint aber auch mangelnden Zugang aufgrund von Hemmschwellen oder mangelnder Information.
3. Ausgrenzung meint sowohl einen Prozeß, in dem ein schon erreichtes Stadium von sozialer Integration verloren geht, als auch das Versagen des Zugangs zu gesellschaftlich relevante Bereiche - z.B. dem Arbeitsmarkt -, obwohl die Orientierungen des Individuums auf diese gerichtet sind, es also subjektiv auch als Ausgrenzung erfahren wird. Für beides ist z.B. Arbeitslosigkeit ein Indikator.
4. Einen stadtsoziologischen Zugang eröffnet *Wilson* (1987; bezogen auf die Bundesrepublik vgl. Dangschat 1995), indem er die räumliche Dimension einbezieht. Phänomene der sozialräumlichen Segregation sind im schlicht physischen Sinne durch Grenzen definiert. Scharf segregierte Stadtstrukturen sind sozialräumlich nicht graduell differenziert, sondern durch Brüche gekennzeichnet. Die Lebensräume der Ghetto-Poor sind durch Grenzen

⁴ Kronauer kann als einer der wenigen gelten, die sich um eine genauere Definition von Ausgrenzung bemühen. Im allgemeinen ganz festgehalten werden, daß dieser Begriff zunehmend verwendet wird, ohne ihn genauer zu bestimmen und ihn somit von Benachteiligung und Marginalisierung abzugrenzen.

markiert, die von außen wie von innen nur schwer überschritten werden können. Sozialer Wandel würde also die Kategorie Ausgrenzung in diesem physischen Sinne nahelegen, wenn sich die sozialräumlichen Strukturen der Städte in Richtung auf immer schärfere Segregation bis hin zur Ghettobildung verändern.

5. Neben dieser deskriptiven Ebene kommt es *Wilson* in seiner Beschreibung der *Urban Underclass* darauf an, daß sich Benachteiligte in benachteiligenden Räumen finden. In den Ghettos bildet sich ein Milieu, daß eine eigenständige negative Dynamik entfaltet. Schlechte Wohnverhältnisse, unzureichende Infrastrukturen, fehlende positive Identifikationsfiguren, die mangelnde physische Erreichbarkeit von für die Ghettobewohner in Frage kommenden Arbeitsplätzen, Instabilität sozialer Netze und Allgegenwart von Gewalt bilden eine Konstellation sich gegenseitig verstärkender negativer Faktoren. *Hauser* faßt diesen (durchaus umstrittenen) Zusammenhang wie folgt zusammen:

"Als Massenerscheinung und örtlich konzentriert kann sie zu einer 'Kultur der Armut' führen, d.h. einer Veränderung der Verhaltensweisen in Richtung auf Lethargie, Ablehnung und Selbstausgrenzung aus der Gesellschaft, psychische Schäden, Slumbildung bis hin zur Kriminalität" (*Hauser* 1988, zit.n. *Iben* 1989: 277).

Dieser Circulus-vitiosus-Effekt findet sich neben *Wilson's* Milieu in solchen Konstellationen, wo z.B. sprachliche Kompetenz Konsequenz und Ursache zugleich von Arbeitslosigkeit ist. Schließlich gibt es auch negativ selbstverstärkende Mechanismen auf der Ebene des Individuums. Arbeitslosigkeit ist oft der Einstieg in negative Karrieren, an deren Ende der Verlust von technischen und moralischen Qualifikationen zur Arbeit steht. Auch zeigt *Kronauer* an Langzeitarbeitslosen, daß ein großer Teil nach über 2 Jahren Arbeitslosigkeit resigniert die Bemühungen der Arbeitssuche einstellt. Die objektive Ausgrenzung wird in eine subjektive Eigendefinition von Ausgrenzung und Chancenlosigkeit übernommen und somit auf Dauer gestellt. *Kronauer* spricht in diesem Zusammenhang dann von sozialer Ausgrenzung, wenn keine gesellschaftlich akzeptierten Alternativrollen zum Ausschluß eingenommen werden können, also beispielsweise zur Arbeitslosigkeit die Hausfrauenrolle oder die Frühverrentung (*Kronauer* u.a. 1993 und *Kronauer* 1996).

6. Ein letztes Kriterium für Ausgrenzung läßt sich aus dem Vergleich mit der Beschreibung der Rolle des Proletariats in der *Marx'schen* Theorie gewinnen.

Das Proletariat ist arm und ausgebeutet, nicht jedoch ausgrenzt, sondern funktionaler Bestandteil des Kapitalismus. Langzeitarbeitslose in der Bundesrepublik haben nicht einmal mehr die Funktion der *Marx'schen* Reservearmee. Deren Funktion hat angesichts von Globalisierung die Bevölkerung anderer Länder übernommen. *Lenski* spricht von den "Entbehrlichen". Das Fehlen einer Funktion in den ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Systemen der Gesellschaft wäre also das siebte Kriterium für Ausgrenzung.

Einschränkend:

1. Dies sind z.T. sehr harte Kriterien.
2. Unklar bleibt, ob alle oder eine bestimmte Anzahl der Kriterien erfüllt sein müssen, um von Ausgrenzung zu sprechen.
3. Sind alle gleichrangig zu bewerten oder muß eine Gewichtung vorgenommen werden?

Hierauf kann ich nicht weiter eingehen, weil mir erstens der Platz dazu fehlt und zweitens - wohl ausschlaggebender - wir selbst auf diese Fragen noch keine endgültigen Antworten gefunden haben. Ich werde im folgenden anhand unserer Materialien die vier Kriterien *Verlust einer integrierten Situation bzw. Schließung von Zugangsmöglichkeiten zu relevanten Lebensbereichen, sozialräumliche Segregation, eigene negative Dynamik* und *Funktionslosigkeit* illustrieren und somit anhand des vorgenommenen Definitionsversuches untersuchen, inwieweit man von Ausgrenzung bei AusländerInnen sprechen kann.

AusländerInnen: Ausgegrenzt?

Subjektiv wird eine Entwicklung dann als Ausgrenzung erfahren, wenn man eine schon erreichte Position der Integration verliert. Anhand der Arbeitslosenquoten kann man sehen, daß nicht wenige AusländerInnen bezogen auf den Arbeitsmarkt einen derartigen Prozeß durchlaufen haben. Bis Anfang der 70er Jahre tendierte die Arbeitslosenquote von AusländerInnen gegen Null. Dies verwundert nicht, sind sie doch in den 50er und v.a. 60er als Arbeitskräfte angeworben worden. Sie konnten als Arbeitsmigranten nur dann zuwandern, wenn sie einen Arbeitsplatz nachweisen konnten. Im Rahmen des Abbaus von Arbeitsplätzen für Un- und Angelernte - Stw.: Deindustrialisierung, Tertiarisierung - hat die Arbeitslosenquote

gerade bei AusländerInnen seit Mitte der 70er Jahre stark zugenommen. Folge: seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre liegt die Arbeitslosenquote der AusländerInnen über der der Deutschen, seit Anfang der 90er Jahre ist sie ungefähr doppelt so hoch. TürkinInnen weisen eine besonders hohe Arbeitslosenquote auf und sind über einen längeren Zeitraum betrachtet auch besonders häufig von Arbeitslosigkeit betroffen (vgl. Beauftragte 1995: 136; 140f.; Seifert 1995: 171). In Oldenburg beträgt die Ingesamt-Arbeitslosenquote 12%, die Arbeitslosenquote von AusländerInnen 29,4%⁵. D.h., daß ein nicht geringer Teil der AusländerInnen die Erfahrung von Ausgrenzung im Sinne des Verlustes einer integrierten Situation auf dem Arbeitsmarkt gemacht hat. Auch haben junge AusländerInnen wesentlich größere Probleme, diese Positionen überhaupt einzunehmen. Angehörige der zweiten Generation machen wesentlich häufiger die Erfahrung von Arbeitslosigkeit als die vergleichbare Altersgruppe der Deutschen (vgl. Beauftragte 1995: 138f.; Seifert 1995: 173): . Hat die Jugendarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik bisher auch nicht die Ausmaße angenommen wie z.B. in Spanien oder auch Frankreich, so zeigt eine genauere Betrachtung, daß hier Problemgruppen zunehmen. Die fehlenden Zugangsmöglichkeiten zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gerade bei ausländischen Jugendlichen werden vor dem Hintergrund der Erfahrungen in Frankreich und Großbritannien das zukünftige Problem sein.

Diese Zahlen sagen über die Dauer von Arbeitslosigkeit allerdings noch nichts aus. Als ökonomisch *funktionslos* wäre dieser Teil der AusländerInnen erst dann zu bezeichnen, wenn sie langzeitarbeitslos wären. Die offiziellen Daten der Bundesanstalt für Arbeit zeigen, daß AusländerInnen seltener langzeitarbeitslos sind (Def.: > 1 Jahr) und die durchschnittliche Dauer von Arbeitslosigkeit ebenfalls unter der der Deutschen liegt. Dieser Sachverhalt spiegelt sich auch in den Daten des Oldenburger Arbeitsamtes wider. Allerdings hat der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen ausländischen Arbeitslosen in den letzten Jahren stärker zugenommen als bei Deutschen. Auch zeigt eine Differenzierung nach Alter, daß jüngere AusländerInnen nicht nur häufiger, sondern auch länger arbeitslos sind als ihre deutschen Altersgenossen, und nach Geschlecht, daß

⁵ Anhand der vorhandenen Daten läßt sich eine Quote für AusländerInnen ohne AsylbewerberInnen nicht errechnen. Dies ist nur für den Anteil an allen Arbeitslosen möglich. Dieser zeigt jedoch, daß auch bei einer Herausnahme von AsylbewerberInnen aus der Statistik die Quote ähnlich hoch bliebe.

eigenständigen negativen Dynamik in Gang setzt. Überspitzt formuliert: Führt die alltägliche Erfahrung von Arbeitslosigkeit, Armut und auch Gewalt dazu, daß eine Orientierung an Qualifikation und Arbeit nicht mehr stattfindet und somit Ausgrenzung auf Dauer gestellt wird? Im Kern ist dies das Argumentationsmuster der *Kultur der Armut* - Diskussion in den USA, wobei die konservativen Vertreter dieser Argumentation die kulturellen Orientierungen, die von den Werten der Mittelschicht abweichen, zur Ursache von Armut erklären. Staatliche Sozialtransfers würden dann zu einem Teufelskreis der Armut führen, weil diese das Selbstbewußtsein der Armen, ihre Familien, ihre Moral und ihre Arbeitsethik zerstöre (vgl. v.a. Murray 1984; zur Kritik vgl. Goetze 1992; Kopnarski 1990; Rommelspacher 1989).

Diese auch öffentlich geführte Diskussion hat in den USA dazu geführt, daß im Zusammenhang mit dem Begriff *Underclass* v.a. zwei Bilder immer wieder auftauchen: das des jungen, gewalttätigen, schwarzen, Crack dealenden Hilfeempfängers und das der jungen, alleinerziehenden, schwarzen *welfare mother*, die nur deshalb Kinder hat, weil sie so mehr staatliche Transferzahlungen erhält. Die Darstellung in den us-amerikanischen Medien und die Äußerungen vieler Politiker bei der Debatte um die Kürzung der Sozialhilfeleistungen in den USA⁶ zeigen, daß zumindest bei der Legitimierung von Kürzungen im sozialen Bereich Forschungen wie die von Murray ihre Relevanz haben⁷.

Folgt man diesem in den USA umstrittenen Argumentationsmuster und wendet es auf die normativen Orientierungen bei AusländerInnen an, so zeigt sich, daß anhand der vorhandenen Untersuchungen solch ein Bild für AusländerInnen in der Bundesrepublik nicht bestätigt werden kann. V.a. junge AusländerInnen orientieren sich stark an den gesellschaftlich anerkannten Werten wie gute Bildung und Ausbildung, einen möglichst sicheren Arbeitsplatz und eine funktionierende Familie, die nach wie vor eine größere Rolle spielt als bei Deutschen (vgl. Schweikert 1993: 57f.). Bezogen auf die Bewohner der oben charakterisierten Stadtteile wird hier von unseren Interviewpartnern sogar eine

⁶ Vgl. z.B. *die tageszeitung* v. 27.3.96, die *Frankfurter Rundschau* v. 27.3.96 und *The Sunday Telegraph* v. 4.8.96.

⁷ Die Besetzung des Begriffs *Underclass* in der öffentlichen Debatte durch die kulturell argumentierenden Wissenschaftler und v.a. Politiker hat dazu geführt, daß dieser Begriff von vielen kritischen WissenschaftlerInnen nicht mehr verwendet wird. Auch dies ist bei einer Übertragung auf bundesrepublikanische Verhältnisse kritisch zu reflektieren.

ausländische Frauen wesentlich häufiger langzeitarbeitslos sind als deutsche Frauen (Arbeitsamt Oldenburg 1995a; 1995b; Beauftragte 1995: 38; Seifert 1995: 174). Auch andere Sachverhalte relativieren die Zahlen zur Langzeitarbeitslosigkeit, z.B. die größere Bereitschaft, prekäre und schlecht bezahlte Tätigkeiten anzunehmen, die statistisch die durchschnittliche Dauer und den Anteil der Langzeitarbeitslosen senkt.

Eine kleinräumige Zuordnung von Arbeitslosigkeit - und damit sind wir beim Kriterium *sozialräumliche Segregation* - ist anhand der Daten des Arbeitsamtes i.d.R. nicht möglich. Allerdings wird für einige Großstädte der Bundesrepublik seit einigen Jahren Arbeitslosigkeit kleinräumig differenziert erhoben. Für Hannover zeigen diese Daten, daß AusländerInnen in den Stadtteilen, in denen schon die deutsche Wohnbevölkerung eine weit überdurchschnittliche Arbeitslosenquote aufweist, in noch stärkerem Maße arbeitslos ist als diese. Z.T. sind in diesen Stadtteilen, in denen AusländerInnen überdurchschnittlich wohnen, AusländerInnen doppelt so häufig arbeitslos wie Deutsche (Landeshauptstadt Hannover: 1995). Zieht man weitere Indikatoren wie Bildungsniveau und Sozialhilfebezug heran, so kann gesagt werden, daß AusländerInnen überproportional in den Stadtgebieten wohnen, in denen wiederum die Deutschen überdurchschnittlich wohnen, die - so zeigen verschiedene Untersuchungen - besonders ausländerfeindlich und vorurteilsbehaftet sind (für Hannover vgl. Hermann 1992). Das sich unter diesen Voraussetzungen keine kollektive Identität der sozialräumlich und ökonomisch Marginalisierten herausbildet, kann da kaum verwundern. Dies gilt auch für die unterschiedlichen Zuwanderergruppen (nicht Deutsche-Ausländer, sondern Türken, Kurden, Bosnier, Serben etc.) und besonders auch für die in den letzten Jahren verstärkt zugewanderten AussiedlerInnen. Welche Formen des Konflikts diese Konstellation im Zusammenhang mit den oben beschriebenen Entwicklungen v.a. bezogen auf die Situation von Jugendlichen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt annehmen können deutet sich in der Bundesrepublik bisher nur an, so z.B. bei Auseinandersetzungen zwischen türkischen und deutschen Jugendlichen und neu hinzugezogenen Aussiedlerjugendlichen in Hannover/Vahrenheide.

Wenn auch die Situation in bundesdeutschen Städten nicht mit der von *Wilson* u.a. für die USA beschriebenen vergleichbar ist, so stellt sich doch die Frage, ob die Konzentration von Arbeitslosigkeit und Armut und bei AusländerInnen generell die häufige Erfahrung von Arbeitslosigkeit nicht einen Prozeß einer

Differenz zwischen Deutschen und AusländerInnen gesehen⁸. V.a. die jungen ausländischen Frauen werden immer wieder als "bildungsbeflissen" beschrieben, die trotz Mehrfachbelastungen - auf jüngere Geschwister aufpassen, Haushalt - eine hohe Motivation in einen guten Schulabschluß setzen. Man könnte diesen Sachverhalt auch dahingehend formulieren, daß trotz einer äußerst komplizierten Situation von den meist islamischen jungen Frauen die protestantische Ethik hochgehalten wird. Deutsche junge Frauen werden hingegen dahingehend beschrieben, daß sie eher die "Karriere" ihrer oft alleinerziehenden Mütter wiederholen. Auch stehen jungen ausländischen Frauen außerhalb des Arbeitsmarktes selbstverständliche, verbindliche und akzeptierte Alternativrollen - nämlich die der Mutter und Hausfrau - zur Verfügung. Ob dies eine nachträgliche Rationalisierung einer ursprünglich anders geplanten Situation ist spielt dabei keine Rolle. Wichtig ist in unserem Zusammenhang, daß hier nicht von sozialer Ausgrenzung im Sinne subjektiver Orientierungen gesprochen werden kann. Die objektive Ausgrenzung wird durch die Möglichkeit der Einnahme akzeptierter Alternativrollen "aufgefangen" und so nicht subjektiv bestätigt und überhöht. Ohne die Situation von AusländerInnen der 2. Generation schönreden zu wollen: das immer noch wirkungsmächtige kulturelle Kapital im Sinne selbstverständlicher Alternativrollen führt zu einer subjektiv als sozial integriert empfundenen Situation. Das bezogen auf diesen Bereich sich allerdings auch häufig ein konflikthafter Prozeß "zwischen zwei Kulturen" abspielt, deutet sich in unseren Interviews ebenfalls an.

Allgemein kann gesagt werden, daß in unseren Interviews ausländischen Familien in den Stadtgebieten, in denen sich soziale Probleme konzentrieren, eher als stabilisierender Faktor denn als Problemgruppe beschrieben werden. Noch funktionierende Familiennetze sorgen z.B. für eine Beaufsichtigung der Kinder, auch wenn beide Elternteile berufstätig sind. Z.T. werden in diese Netze auch alleinerziehende deutsche Frauen miteinbezogen, wenn auch zu konstatieren ist, daß sich die Sozialbeziehungen primär auf die eigene ethnische Gruppe beziehen. Auch werden die männlichen Angehörigen der zweiten Generation entgegen dem in der Öffentlichkeit vermittelten Bild nicht als überdurchschnittlich kriminell beschrieben, ein Indikator, der in der us-

⁸ Das Forschungsprojekt ist noch nicht abgeschlossen. Insofern können hier noch keine abschließenden Ergebnisse präsentiert werden.

amerikanischen Diskussion um *ghetto poor* und *Urban Underclass* eine Rolle spielt. Ein jüngst der Öffentlichkeit vorgestellter Bericht der Oldenburger Kriminalpolizei bestätigt dies Bild auch anhand der Statistik.

Allerdings bekommt dieses hier bezüglich der letzten Ausführungen heil gezeichnete Bild erste Risse. So schildern türkische Bewohner eines Oldenburger Stadtviertels, welches durch einen hohen Anteil von Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und überdurchschnittlich viele Anklagen gegen Jugendliche gekennzeichnet ist, daß sie "Angst" um ihre Kinder haben. Z.T. sind türkische Jugendliche Mitglieder von Peergroups, in denen Rauschgift konsumiert und entsprechend Beschaffungskriminalität ausgeübt wird. Auch schildern Gemeinwesenarbeiter aus diesen Stadtteilen, daß die Symbole der Konsumgesellschaft, welche aufgrund fehlender finanzieller Möglichkeiten nicht legal erworben werden können, "gezockt" werden. Hierin würden sich deutsche und ausländische Jugendliche nicht mehr unterscheiden. Die Anpassung an die Werte der Aufnahmegesellschaft zeigt sich auch daran, daß die zweite Generation deutlich materialistischer eingestellt ist als die erste. Die sich daraus ergebenden Ziele und Wünsche können jedoch aufgrund der unterdurchschnittlichen materiellen Situation von AusländerInnen wesentlich seltener verwirklicht werden als von Deutschen. Auch verweist die häufige Nennung von "Mehr Ansehen" im Zusammenhang mit Qualifizierung und Ausbildung auf das allgemeine Statusdefizit von AusländerInnen (vgl. Gaugler/Weber 1987: 136). Junge Ausländerinnen glauben dabei nach wie vor an die legitimierende Kraft von schulischen Leistungen, während junge Ausländer stärker Diskriminierung und Ungerechtigkeit betonen (vgl. Popp 1996). Während für die einen Bildung bzw. allgemeiner die Orientierung an "westliche Werte" einen möglichen Weg der Emanzipation aus nicht immer förderlichen Familienstrukturen darstellt, ist für die anderen genau diese westliche Gesellschaft eine ungerechte und diskriminierende. Gleichzeitig orientiert man sich jedoch an den in dieser Gesellschaft gültigen Statussymbolen. Konflikte sind hier vorgezeichnet.

Ausblick

Überspitzt formuliert: eine zunehmende Abkehr von den kulturellen Werten und Orientierungen der ersten Generation von Seiten der zweiten und jetzt dritten

Generation kann dazu führen, daß ähnliche Verhältnisse wie in den Banlieus Frankreichs zu erwarten sind (vgl. Dubet 1994). Die Orientierung an den Werten der westlichen Gesellschaft bezogen auf die Symbole der Konsumgesellschaft (nicht darauf bezogen, diese legal zu erwerben) bei gleichzeitigem Ausschluß aus dem Arbeitsmarkt, das Aufweichen der kulturellen Werte, die Kriminalität und Gewalt bisher entgegenstanden, und das konzentrierte Wohnen mit Deutschen, die sich aufgrund fehlender Netzwerke nicht selten in einer eher noch problematischeren Situation befinden, lassen eine solche Entwicklung erwarten. Andersherum formuliert: Wenn in der Bundesrepublik in zehn oder fünfzehn Jahren in den Großstädten ähnliche Verhältnisse zu konstatieren sind wie in den Banlieus der französischen Großstädte⁹, kann die normative Integration von AusländerInnen als "geglückt" betrachtet werden. Gleichzeitig wäre mit dieser eigenständigen negativen Dynamik, die aufgrund der Lebenssituation und -erfahrung in Gang gesetzt wird, ein Kriterium für Ausgrenzung erfüllt. Gerade die Orientierung an den Werten der westlichen Gesellschaften bei gleichzeitig versagter Realisierung der damit einhergehenden Bedürfnisse und Ziele kann die (Selbst-) Ausgrenzung z.B. in Form von fundamentalistischen Orientierungen¹⁰, Kriminalität und Gewalt zur Folge haben. Solch eine Entwicklung, die zwar in Richtung der Herausbildung einer *Urban Underclass* zeigt, jedoch aufgrund der spezifischen deutschen (Einwanderungs-)Situation ihre Besonderheiten¹¹ aufweist, hat - das ist deutlich geworden - soziale Ursachen und wird nur mit einer repressiven Ausländerpolitik, die den hier aufgewachsenen ausländischen Jugendlichen bei kriminellen Handlungen mit Abschiebung in ein ihnen fremdes Land droht, nicht zu verhindern sein.

⁹ Zu den Anzeichen einer solchen Entwicklung vgl. Tertilt 1996.

¹⁰ Vgl. die jüngste Untersuchung von Heitmeyer u.a. (im Erscheinen). Diese zeigt Zusammenhänge zwischen Ausgrenzung, Isolation und einer negativen subjektiven Bewertung der Zukunftschancen und fundamentalistischen Einstellungen, die auch mit Gewaltbefürwortung einhergehen können. Vgl. *DIE ZEIT* v. 23.8., *die tageszeitung* v. 29.10. und die *Frankfurter Rundschau* v. 31.10.96.

¹¹ So können z.B. bestimmte rechtliche Regelungen in der Bundesrepublik - Nachweis von ausreichendem Wohnraum bei Nachzug von Familienangehörigen, Verweigerung der Verfestigung des Aufenthaltsstatus bzw. der Verlängerung des Aufenthaltes bei Bezug von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe, Abschiebung bei kriminellen Handlungen - als der Versuch interpretiert werden, innerhalb der ausländischen Bevölkerung die Herausbildung einer *Urban Underclass* zu verhindern. Dies kann an dieser Stelle nicht weiter aufgeführt werden.

Literaturverzeichnis

- Arbeitsamt Oldenburg 1995a: Arbeitsmarkt Strukturanalyse 1995. Oldenburg: Arbeitsamt
- Arbeitsamt Oldenburg 1995b: Arbeitsmarktlagebericht Dezember 1995. Oldenburg: Arbeitsamt
- Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer 1994: Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland 1993. Bonn: Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer
- Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer 1995: Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer
- Breckner, Ingrid u.a. 1989: Armut im Reichtum: Erscheinungsformen, Ursachen und Handlungsstrategien in ausgewählten Großstädten der Bundesrepublik. Bochum: Germinal
- Dangschat, Jens S. 1994a: Concentration of Poverty in the Landscape of 'Boomtown' Hamburg: The Creation of a New Urban Underclass? In: Urban Studies No.7, S.1133-1147
- Dangschat, Jens S. 1994b: Segregation - Lebensstile im Konflikt. Soziale Ungleichheiten und räumliche Disparitäten. In: ders./ Blasius, Jörg (Hg.), a.a.O., S.426-445
- Dangschat, Jens S./ Blasius, Jörg (Hg.) 1994: Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden. Opladen: Leske und Budrich
- Dangschat, Jens S. 1995: "Stadt" als Ort und als Ursache von Armut und sozialer Ausgrenzung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31-32, S.50-62
- Dubet, Francois/ Lapeyronnie, Didier 1994: Im Aus der Vorstädte: der Zerfall der demokratischen Gesellschaft. Stuttgart: Klett-Cotta
- Fainstein, Norman 1993: Race, class and segregation: discourses about African American. In: International Journal of Urban and Regional Research Nr.3, S.384-403
- Gaugler, Eduard/Weber, Wolfgang 1987: Integration ausländischer Arbeitnehmer in deutschen Industriebetrieben: Reimann, Helga/Reimann, Horst (Hg.), a.a.O., S.116-140
- Gebhardt, Thomas 1995: Die "underclass" als neues Phänomen im US-amerikanischen Armutsdiskurs. In: Berliner Debatte INITIAL H.1, S.49-66
- Goetze, Dieter 1992: "Culture of Poverty" - Eine Spurensuche. In: Leibfried, Stephan/Voges, Wolfgang (Hg.), a.a.O., S.88-103
- Häußermann, Hartmut 1996: Bildet sich eine Neue Städtische Unterklasse? Projektbericht. Berlin: Humboldt Universität

- Hermann, Thomas 1992: Die sozialen und politischen Strukturen Hannovers in kleinräumlicher Gliederung 1987/1990. Bericht zur Explorationsstudie "Die Implikationen der EXPO 2000 für die sozialen und politischen Strukturen der Stadt und des Großraums Hannover". Hannover: Arbeitsgruppe Interdisziplinäre Sozialstrukturforschung
- Iben, Gerd 1989: Zur Definition von Armut. Bestimmungsgrößen von Armut - "Kultur der Armut". In: Blätter der Wohlfahrtspflege Nr.11-12, S.276-279
- Kopnarski, Aribert 1990: Gesichter der Armut: Armut im Wandel der Zeit; ein Beitrag zur Ortsbestimmung der aktuellen Armut anhand der Ergebnisse einer empirischen Untersuchung in Konstanz. Konstanz: Hartung-Gorre Verlag
- Kronauer, Martin 1996: "Soziale Ausgrenzung" und "Underclass": Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung. In: Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen - Mitteilungen - Nr.24, S.53-69 (erscheint auch in Leviathan H.1/1997)
- Kronauer, Martin/Vogel, Berthold/Gerlach, Frank 1993: Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung. Frankfurt/M.; New York: Campus
- Krummacher, Michael/ Waltz, Viktoria 1996: Einwanderer in der Kommune. Analysen, Aufgaben und Modelle für eine multikulturelle Stadtpolitik. Essen. Klartext-Verlag
- Landeshauptstadt Hannover 1995: STATIS Hannover. Hannover: Statistikstelle
- Leibfried, Stephan/Voges, Wolfgang (Hg.) 1992: Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. SH 32 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Morris, L.D. 1993: Is there a British underclass? In: International Journal of Urban and Regional Research Nr.3, S.404-413
- Murray, Charles 1984: Losing Ground: American Social Policy, 1950-1980. New York: Basic Books
- Popp, Ulrike 1996: Lebensentwürfe von Jugendlichen mit Ausländerstatus. Zur Bedeutung des Ausländerrechts für die gesellschaftliche Orientierung jugendlicher Ausländer. In: Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit, Nr.1, S.58-63
- Reimann, Helga/Reimann, Horst (Hg.) 1987: Gastarbeiter. Analyse und Perspektiven eines sozialen Problems, Opladen: Westdeutscher Verlag
- Rommelspacher, Thomas 1989: Kultur - Subkultur - Kultur der Armut? Kritische Überprüfung einer Konzeption. In: Breckner, Ingrid u.a., a.a.O., S.93-110
- Schultze, Günther 1991: Berufliche Integration türkischer Arbeitnehmer. Vergleich der ersten und zweiten Generation. Bonn: J.H.W. Dietz

- Schweikert, Klaus 1993: Ausländische Jugendliche in der Berufsausbildung: Strukturen und Trends. Berichte zur beruflichen Bildung 164. Berlin; Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung
- Seifert, Wolfgang 1995 a: Die Mobilität der Migranten: die berufliche, ökonomische und soziale Stellung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. Eine Längsschnittanalyse mit dem sozio-ökonomischen Panel, 1984-1989. Berlin: Edition Sigma
- Seifert, Wolfgang (Hg.) 1995 b: Wie Migranten leben. Lebensbedingungen und soziale Lage der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik. Dokumentation eines Workshops am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Forschungsschwerpunkt III 95 - 401. Berlin: WZB
- Siebel, Walter 1996: Poverty or exclusion? Paper presented at the International Symposium on Social Exclusion and "New Urban Underclass", Humboldt Universität zu Berlin, June 3-4. Oldenburg: Ms. Universität Oldenburg
- Tertilt, Hermann 1996: Turkish Power Boys. Ethnographie einer Jugendbande. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Wilson, William Julius 1987: The Truly Disadvantaged. The Inner City, the Underclass, and Public Policy. Chicago, London: The University of Chicago Press
- Zentrum für Türkeistudien (Hg.) 1994: Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch. Leske+Budrich: Opladen

Dr. Viktoria Waltz
Universität Dortmund
Soziologentag 96

Soziale Integration und ethnische Identifikation in (benachteiligten) Stadtquartieren

Dieser Beitrag ist aus hochschulübergreifenden Arbeitszusammenhängen in Seminaren, Studienprojekten und Forschungsvorhaben mit Michael Krummacher entstanden. Unser Zugang zum Thema Migration ist die Kommune und kommunales Handeln aus sozial-politischer und sozial-raumplanerischer Sicht. Die Kommunen, vor allem die großen Städte sind die Orte, in denen Integration und/oder Desintegration mit allen Folgen stattfindet. Die Kommunen sind in der Regel auf Migration nicht vorbereitet, behandeln Symptome, verweisen auf bundespolitische Handlungserfordernisse und haben bis heute zumeist nicht begriffen, daß Migration eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe kommunalpolitischen Handelns darstellt und zur Stabilisierung von segregierten Stadtquartieren und zur Vermeidung weiterer sozialer Destabilisierung aktiv gestaltet werden muß. Die folgenden Überlegungen möchten für eine Umkehr der Kommunalpolitik und -planung Argumente liefern.

1. Benachteiligung statt soziale Integration

Zuersteinmal müssen wir konstatieren, daß eine im weitesten Sinne soziale Integration der in den letzten 30 Jahren vor allem über Arbeitskontrakte Zugewanderten und ihrer Familien nicht stattgefunden hat. Die formelle *Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt* durch tarifrechtliche Gleichbehandlung hat wenig daran geändert, daß sowohl die sog. erste Generation als auch die folgenden in den schlecht bezahlten und gesundheitsgefährdenden sowie in den von Rationalisierung und Schließung bedrohten Arbeitsbereichen verblieben sind und die Bedrohung durch Arbeitslosigkeit bei ihnen etwa doppelt so hoch ist wie bei ihren deutschen Kollegen und Kolleginnen. Die verfügbaren pro-Kopf-Einkommen der 'Ausländer'haushalte sind sehr viel niedriger, das Ausmaß der Einkommensarmut ist ebenfalls deutlich höher als bei (west-)deutschen Erwerbstätigen bzw. Haushalten (vgl. KVR 1996, Krummacher/Waltz 1996, MAGS NRW 1995, Tränhardt u.a. 1995, Hanesch u.a. 1994, BMAS Stat. Taschenbuch 1993).

Trotz diverser *Integrationsangebote im Ausbildungsbereich* und steigender Ausbildungsabschlüsse bei den nachfolgenden Generationen sind nach wie vor enorme Defizite unübersehbar. Kinder *ausländischer Herkunft* sind mehr als doppelt so hoch vertreten bei den Schulabgängern ohne Abschluß, umgekehrt sind die SchülerInnen *deutscher Herkunft* mehr als doppelt so hoch vertreten bei weiterqualifizierenden Abschlüssen (vgl. Krummacher/Waltz 1996, Ausländerbeauftragte Berlin 1994; MAGS NRW 1995). Die Hauptprobleme von Jugendlichen ausländischer Herkunft beim Zugang zum Arbeitsmarkt sind nach wie vor geringere Chancen bei der Versorgung mit (schulvorbereitenden) Kindergartenplätzen, die gegenüber Jugendlichen deutscher Herkunft deutlich schlechtere Schulausbildung, Probleme bei der Berufswahl und die Vorbehalte deutscher Ausbildungsbetriebe und entsprechende Benachteiligung bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen, ganz zu schweigen von den nicht vorhandenen multikulturell ausgerichteten Curricula und Prüfungsanforderungen in sämtlichen Ausbildungsbereichen (vgl. Krummacher/Waltz 1996, Tränhardt u.a. 1995, AID 3, 1994).

Obwohl sich die *Wohnverhältnisse* im Zuge von Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen auch für die Zuwanderer in den letzten Jahrzehnten generell verbessert, wenn auch überdurchschnittlich verteuert haben, gelten ausländische Haushalte nach wie vor als unbeliebte Mietergruppe und haben sie unabhängig von ihrer Mietzahlungsbereitschaft große Zugangsschwierigkeiten zu angemessenen Wohnungen in von ihnen gewünschten Wohnquartieren. Deshalb verfügen sie über etwa ein Viertel weniger Wohnfläche und über weniger als die Hälfte qm pro Person als deutsche Haushalte, wohnen sie also nach wie vor oft in zu kleinen Wohnungen, darüber hinaus in Wohnungen mit baulichen Mängeln und schlechter Ausstattung, in ungünstigem, lautem und umwelt- bzw. gesundheitsschädlichem Wohnumfeld, zahlen sie für vergleichbare Wohnungen häufig höhere Mieten als deutsche Haushalte und genügt das Wohnumfeld ihren sozialen und kulturellen Bedürfnissen in keiner Weise. Die Wohnversorgung der Zuwanderer ist immer noch ein Musterbeispiel für strukturelle Dis-

kriminierungsbarrieren, hier des Wohnungsmarktes. Letzteres trifft allerdings auch auf deutsche Minoritätengruppen zu (z.B. Arme, Kinderreiche und Alleinerziehende) (vgl. Krummacher, Waltz 1996, MAGS NRW 1995).

Nehmen wir die fehlenden politischen und demokratischen Rechte hinzu, so muß konstatiert werden, daß die sozialen und ökonomischen Handlungsspielräume der Wohn- und Arbeitsbevölkerung nicht deutscher Herkunft sich nicht annähernd vergleichbar mit der deutschen Mehrheitsbevölkerung entwickelt haben und strukturelle wie migrationsspezifische Behinderungen den Spielraum für individuelle und gesellschaftliche Integrationsprozesse nach wie vor erheblich einengen.

2. Segregation in segregierten Stadtquartieren

Nun sind aber die MigrantInnen mit diesen Behinderungen und Benachteiligungen nicht allein. Ihre soziale Desintegration konzentriert sich vor allem in den benachteiligten, segregierten Stadtquartieren der großen Städte. Dort treffen sie auf hohe Konzentrationen von anderen durchsetzungsschwachen, benachteiligten, deutschen Gruppen. Zum Beispiel weist die Dortmunder Nordstadt, ein Gründerzeitviertel mit etwa 50 000 EinwohnerInnen, in der etwa 38% der Wohnbevölkerung ausländischer Herkunft sind, eine hohe Konzentration der (deutschen) Armen auf. Dort leben über 25% aller Arbeitslosen, 50% aller sog. Langzeitarbeitslosen, 30% aller Sozialhilfeempfänger, 30% der Alleinerziehenden und 20% der registrierten Drogenabhängigen der Stadt (vgl. Stadt Dortmund 1990, Krummacher u.a. 1995).

Typische benachteiligte Stadtquartiere mit sichtbaren sozialräumlichen Defiziten bilden die großstädtischen *Altbaugebiete* der sog. *Gründerzeit*, die großstädtischen *Neubaugebiete* der 60er/70er Jahre und die vor allem im Ruhrgebiet zahlreichen *frühindustriellen Arbeiterkolonien*. Die sozialen Problemlagen für größere Teile der dortigen Wohnbevölkerung werden ergänzt durch ein Reihe von planerisch und baulich definierten Mängeln wie hohe Verkehrsbelastung (v.a. Durchgangsverkehr und Zentrumsnähe der Gründerzeitviertel), hohe Umweltbelastung durch Gemengelage von Wohnen, Industrie und Gewerbe (v.a. in Gründerzeitvierteln und Werkskolonien), hohe Wohndichte (Bevölkerungsdichte, hohe Belegung, enge und mehrgeschossige Bauweise v.a. der Arbeiterkolonien), schlechte oder veraltete und vernachlässigte Baustruktur (v.a. der Arbeiterkolonien), schlechte oder geringe Wohnqualität nach Gestalt, Größe und Ausstattung der Wohnungen, schlechte oder geringe Wohnumfeldqualität mit wenig Freiflächen, vernachlässigten Grünflächen, unzureichenden öffentlichen, privaten und halbprivaten oder halböffentlichen Freizeitalternativen und Erholungsräumen, sowie durch Unterversorgung mit sozialer Infrastruktur etwa für alte Menschen, Kinder und Jugendliche, Mädchen wie Jungen, Ausländerinnen und Ausländer (vgl. Krummacher, Waltz 1996).

Die aktuellen räumlichen *Modernisierungsprozesse*, die Aufwertungs- und Verdrängungsstrategien der meisten Kommunen tragen zur Verschärfung der sozialräumlichen Krise und der Segregation und Desintegration dieser Stadtteile bei, statt De-eskalations- und Stabilisierungsprozesse einzuleiten (vgl. Alisch, Dangschat 1993). Die schlechten sozialräumlichen Rahmenbedingungen führen zu ungewollter Konkurrenz der verschiedenen benachteiligten Gruppen untereinander auf dem strukturell verengten Wohnungsmarkt für Wohnungen zu günstigen Mieten, auf dem enger werdenden Arbeitsmarkt für wenig qualifizierte Tätigkeiten und um die unzureichenden Sozial- und Bildungseinrichtungen. Aus diesem Zusammenhang erwächst momentan in einigen Städten des Ruhrgebiets sogar erneut die Diskussion um Zuzugsstop und Höchstgrenzen für Ausländeranteile (vgl. NRZ, 14.11.1996). Die 'Ethnizität' wird für Konflikte verantwortlich gemacht, die eher der städtischen Entwicklungspolitik, den Gesetzen des Wohnungsmarktes und den Globalisierungs-, Rationalisierungs- und Modernisierungsstrategien der Unternehmen und der Akzeptanz durch die Kommunen geschuldet werden müssen und die struktureller Natur sind.

Schließlich noch ein Bemerkung zum 'Ghetto'. Es ist vor allem die strukturelle Ausgrenzung auf dem Wohnungsmarkt, die zu Konzentrationen bestimmter Migrantengruppen und ihrer Segregation führt. Ebenso und daneben hat die Konzentration auf die eigene 'Ethnie' im Stadtteil auch einen Aspekt freiwilliger Segregation, weil diese auch den Rückzugsraum ermöglicht, der einerseits Raum für die Entfaltung von persönlicher Identität zuläßt und andererseits Schutz bieten kann vor der immer weider ausschließenden Umwelt.

3. Identität im Raum als Kategorie für soziale Integration

Reale Konflikte können nicht mit dem Anspruch einer multikulturell verträglichen Sichtweise wegidealisiert werden. Aber die Möglichkeit und die Fähigkeit zur Konfliktaustragung und zur Konfliktlösung setzen objektive, materielle Rahmenbedingungen und Räume voraus, ebenso muß die subjektive

Disposition möglich und vorhanden sein. Ohne Identität, sowohl mit sich selbst als auch mit den umgebenden Erwartungen, ist integrales Handeln sowohl für den /die Einzelne/n als auch für eine Gruppe nicht denkbar (vgl. Lubig 1990). Der Prozeß *subjektiver Identitätsfindung* muß im Falle der MigrantInnen an *die mitgebrachten kulturellen Identitäten, Werte und Symbole* anknüpfen können, um sie im Sinne neuer Identitäten in den individuellen Integrationsprozeß kreativ einbringen zu können. Das sizilianische Café, der nationale politische und/oder Kulturverein, die Moschee, Grabeland, Teestube und Türkisches Bad (Hamam) gehören dazu. Aber notwendig ist auch das eingebettet sein in einen Prozeß sozialer Identitätsfindung, also Anerkennung und Identität in der eigenen Gruppe, der funktionalen Gruppe (Schulklasse), im Quartier, im Stadtteil, in der Stadt, letztlich auch in dem Land, in dem man seinen Lebensmittelpunkt gefunden hat.

Soziale Identität als Übereinstimmung zwischen Individuum und Gesellschaft hängt in hohem Maße von den realen Chancen zur Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen und Fortschritten ab. Wie wir gesehen haben, bestehen erhebliche Defizite, die es nicht einfach machen, Identität und Integration auf diesem Wege herzustellen (vgl. Huster 1994). Soziale Identität als Produkt realer Chancengleichheit kann auch persönliche Identität fördern als Produkt der Annahme des Mitgebrachten, 'Fremden', sowie dessen Berücksichtigung und Beteiligtwerden in gesellschaftlichen Zusammenhängen und Prozessen. Integrationsleistungen und Identifikationsbemühungen sind damit keine Einbahnstraße und kommen nicht von selbst.

Identifikations- und Integrationsprozesse sind an Räume und an konkrete Praktiken der Raumnutzung und Raumanneignung gebunden. Das städtische Quartier kann *den Raum zur Identitätsfindung und zur Integrationsleistung* anbieten oder verweigern. Symbolflächen, Symbolräume, Treffpunkte, Kommunikationsräume, Räume zur Selbstdarstellung, gestaltbare Räume, Freiflächen und Kulturräume, Arbeitsplätze und soziale Einrichtungen, sowie eine konsequente Beteiligung an der Gestaltung und Nutzung dieser Räume sind notwendig. Praktiken der Raumnutzung und Raumanneignung können durch Planung und Bereitstellung der materiellen Rahmenbedingungen und Ressourcen zumindest begünstigt werden.

Diese Rahmenbedingungen unterstützen im übrigen für alle Wohnbürger und -bürgerinnen, gerade dort Identität und Integration zu entwickeln, wo durch soziale Not und durch Unwirtlichkeit und Vernachlässigung der benachteiligten und segregierten Stadtquartiere Trostlosigkeit und Perspektivlosigkeit um sich greifen.

Schließlich zeigt sich *Identität in den praktischen Raumnutzungen* der Wohnbürgerschaft. Straßen, Geschäfte, gewerbliche Räume, Wohngebäude, Kultur- und Freiräume verändern sich durch den Prozeß der Migration seit es die Stadt gibt. Die Stadt ist Migration, erweitert sich durch Migration und verändert im Laufe der Zeit ihr äußeres Bild und ihre Struktur (vgl. Venzke 1992). Daß es in diesem Prozeß zu Konkurrenzen, Rückzügen und Verweigerungen des Zugangs kommen kann, ist tägliche Erfahrung und Gesprächsstoff auf der Straße, in der Presse, in Bezirksvertretungen, Parteien, Kirchen und Vereinen (vgl. die zur Zeit in Duisburg Marxloh äußerst kontrovers geführte Debatte um einen Antrag zweier Moscheen zum täglichen Muezzinruf im kommenden Ramadan).

Daß es aber auch Einladung zur gemeinsamen Erfahrung, Kommunikation und wenn auch konfliktbestimmten aber auch verständnisorientierten Begegnung kommen kann, belegen die im aktuellen Diskurs über das Zusammenleben von Christen und Muslimen oder über das Zusammenleben mit Flüchtlingen entstandenen Arbeitskreise, Runden Tische, Tage der Offenen Tür von Moscheen und Kirchen, Vereinen und Institutionen in durch Migration geprägten Stadtteilen.

Städtischer Raum ist der entscheidende *Integrationsrahmen für die Annäherung der Kulturen und für Konfliktaustragung*. Beträume versteckt in schmutzigen Hinterhöfen, Frauen in Gemeinschaft, zurückgezogen zwischen Brandmauer und Abfalltonnen, im Haus verwiesen auf zu kleine Wohnungen, halblegale und bedrohte Pflanzaktionen auf unbebauter Stadtbrache, Quartiere verunsichernde nationale Jugendbanden, aber auch Straßen verunsichernde 'deutsche' Drogensüchtige, dies sind die sichtbaren *Gradmesser und Zeichen* für das Maß an individueller und sozialer Des-Integration und die Art der Konfliktaustragung, die in einem Stadtteil möglich und/oder nicht möglich ist. Umgekehrt können tolerierte 'türkische Gärten', ein öffentlicher Tempel, eine einladende Synagoge, ein zum Seker Bayram Blumen geschmückter muslimischer Friedhof, ein Museum der Alltagskulturen der Zuwanderer und ein 'Haus der Kulturen' Selbstdarstellung, Austausch und Konfliktaustragung und schließlich auch gegenseitige Akkulturation und Anerkennung ermöglichen (vgl. Planergruppe Oberhausen 1982, Waltz 1995).

Gibt es eine Alternative zu Integrationsangeboten, die die Dialektik von Segregation und Integration positiv wenden helfen? Kann es anders in Zukunft gehen als die Identität der 'anderen' zu akzeptieren, ihr Raum zu geben und darüber Anknüpfungspunkte für Kommunikation, Austausch und Integration auf der Basis von Gleichwertigkeit, Anerkennung und Einbeziehung zu finden? Hat Politik zur Stabilisierung der Lage in den benachteiligten Stadtteilen sonst überhaupt eine Chance?

4. Der krisenhafte Prozeß in benachteiligten Stadtteilen läßt sich nur unter Berufung auf die Potentiale seiner Bewohnerschaft und mit Hilfe ihrer aktiven Beteiligung überwinden.

Die klassische sozialpolitische Aufgabe der Kommunen besteht darin, ihre Ressourcen sozial und räumlich so einzusetzen, daß alle Gruppen der Stadtbevölkerung annähernd *gleiche Lebenschancen* erhalten und davon auch die Minderheiten erreicht werden. Dabei sind die BewohnerInnen selbst nach aufgeklärtem Politik- und Planungsverständnis heute auch als Ressource anzusehen. Hinsichtlich dieser Aufgabe und ihrer Verantwortung zur Gestaltung der multikulturellen Realität vor allem in den benachteiligten Stadtteilen haben (nicht nur) die Ruhrgebietsstädte bislang aber weitgehend versagt. Sie haben sich in ihrer Politik bis heute kaum auf die Lebenslagen und Handlungschancen (nicht nur) der MigrantInnen bezogen. Das gilt gleichermaßen für die kommunale Beschäftigungspolitik, die Wohnungs-, Wohnumfeld- und Stadtteilpolitik und für die vorschulische, schulische und berufliche Bildung. Eine echte demokratische Legitimation wurde darüberhinaus bei den MigrantInnen nicht gesucht. Dies ändert sich möglicherweise in Zukunft in nur sehr wenigen Pilotprojekten der IBA (Internationale Bauausstellung) Emscher Park und im Rahmen des neuen NRW-Landesprogramms zu den benachteiligten Stadtteilen (vgl. MSKS NRW 1995). Wir betonen dies als Hoffnung, zumal wir 1993/94 die IBA hinsichtlich ihrer Ignoranz gegenüber den multikulturellen Realitäten der Emscherregion noch kritisieren mußten (vgl. Krummacher/Waltz 1993). Die Realität im Ruhrgebiet bedeutet vor allem in den ehemaligen Arbeiterkolonien, aber auch blockweise in den Gründerzeitvierteln Anteile der MigrantInnen an der Wohnbevölkerung von bis zu 70 % mit den entsprechenden Zahlenverhältnissen in den Schulen und manchen Vorschulen oder Kindergärten. Dieses *Potential* nicht als solches anzusehen, sondern nur als Problem oder Bedrohung, oder dieses Phänomen gar zu ignorieren, treibt die entsprechenden Stadtteile nur weiter in die soziale Krise.

Es wird Zeit damit Schluß zu machen, die MigrantInnen trotz ihrer sozialstrukturellen Benachteiligung generell als bemitleidenswerte Opfer zu betrachten. Eine nur *'fürsorgende' Ausländerpolitik*, wie sie zumeist von den Wohlfahrtsverbänden betrieben wird, verstellt den Blick für die *Chancen, Kompetenzen und Potentiale*, die die MigrantInnen dem Stadtteil und der Mehrheitsgesellschaft zu bieten haben. Gemeint sind ihre wirtschaftlichen, handwerklichen, sozialen und kulturellen Fähigkeiten, ihre Selbsthilfepotentiale, ihre Solidarzusammenhänge, ihre Migrationserfahrung und nicht zuletzt ihr Beitrag zur Entprovinzialisierung unserer Städte. 'Ethnie' als Ressource? Warum nicht, solange damit nicht Stigmatisierung und Fixierung auf bestimmte Bilder und Merkmale gemeint ist. Ich würde eher formulieren: *Recht auf Ethnie* und gleichzeitig *Recht, aber nicht Pflicht auf Veränderung* und die Möglichkeit, dies als Ressource einbringen zu können, sollte in der kommunalen Politik gewährleistet sein. Wobei uns bewußt sein sollte, daß sogenannte 'ethnische Identitäten' auch kein Einheitsbild darstellen, in tausend Facetten vorkommen, sozialen Schichtungen folgen und sich auch permanent verändern werden. Ob diese Veränderung allerdings zu einem zukunftssträchtigen, zusammenhaltenden Mosaik führen wird, hängt entschieden davon ab, ob eine Wende in der Wahrnehmung, der Berücksichtigung und der Beteiligung der MigrantInnen eintritt.

Nicht Radikalisierung und Gentrifizierung oder eine erzwungene 'soziale Mischung' als oberstes Planungsziel helfen weiter, sondern die Förderung der bestehenden sozialen Kräfte, unter denen die MigrantInnen ein besonders dynamisches Element sein könnten und die Orientierung der Stadtpolitik auf die realen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der realen Bewohnerschaft. Die Mietervereine im Ruhrgebiet kommen für die landläufige Vorurteilssicht zu einem überraschenden Ergebnis. *Hauskäufe von MigrantInnen* in benachteiligten Stadtvierteln tragen zumeist zur *Stabilisierung der Wohnsituation und des Stadtteils* bei. Die Käufe nützen in der Regel dazu, verschiedene Bedürfnisse der MigrantInnen zu sichern, etwa Vereins- und Geschäftsräume, Kulturräume und erschwinglichen Wohnraum. Durch entsprechende Beratung gelingt es darüberhinaus, die neuen Käufer für Wohnumfeldverbesserung in Selbsthilfe zu gewinnen. Selten aber dienen diese Käufe der Spekulation und der spekulativen Aufwertung, wie sie durch Immobilienhändler aus angeregten Regionen wie Frankfurt, Hamburg oder Berlin in vielen benachteiligten, innenstadtnahen Vierteln der Ruhrgebietsstädte in den letzten Jahren üblich sind.

Ein durch Rahmenprogramme der Städte gestütztes Zusammenspiel der Förderung von Identitäten und Mobilisierung der Potentiale (auch) der MigrantInnen könnte die sanften Erneuerungs- und Stabilisierungsprozesse in den vernachlässigten Stadtteilen unserer großen Städten einleiten, die so dringend gebraucht werden, um der sozialen Krise etwas entgegenzusetzen.

Literatur

- AID, Ausländer In Deutschland, 3.1994.
- Alisch, Monika, Dangschat, Jens S., 1993: Die solidarische Stadt. Ursachen von Armut und Strategien für einen sozialen Ausgleich. Darmstadt.
- Ausländerbeauftragte Berlin, die Ausländerbeauftragte des Senats von Berlin, (Hg), 1994: Bericht zur Integrations- und Ausländerpolitik. Berlin.
- BMAS, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, (Hg), 1993: Statistisches Taschenbuch 1993.
- Hanesch, W. u.a., (Hg), 1994: Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Reinbeck bei Hamburg.
- Huster, E.Ulrich, 1994: Soziale Ausgrenzung in der Bundesrepublik Deutschland - Berichterstattung 1990-1994, Bochum (=EC Observatory on national policies to combat social exclusion).
- Krummacher, Michael u.a., 1995: Ausländer und Ausländerinnen im Stadtteil. Beispiel Dortmund Nordstadt. Probleme, Konflikte und notwendige Reformen. Bochum (= Reihe Denken und Handeln Bd. 25, Schriftenreihe der Evangelischen Fachhochschule RWL-Bochum).
- Krummacher, Michael, Waltz, Viktoria, 1996: Einwanderer in der Kommune. Analysen, Aufgaben und Modelle für eine multikulturelle Stadtpolitik. Essen.
- Krummacher, Michael, Waltz, Viktoria, 1993 in: Müller, Sebastian, Schmals, Klaus: Die Moderne im Park. Dortmund.
- KVR, Kommunal Verband Ruhr, 1996: Regionalinformation Ruhrgebiet Oktober 1996.
- MAGS NRW, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, (Hg), 1995: Landessozialbericht Ausländerinnen und Ausländer in Nordrhein Westfalen. Düsseldorf.
- MSKS NRW, Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, (Hg), 1995: Konzeptpapier zur Politik für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf (integriertes Handlungskonzept der Landesregierung). Düsseldorf.
- Lubig, E. 1990: Segregation, Integration, Binnenintegration. Argumente für einen Perspektivwechsel in der Arbeitsmigrationsforschung. In: ILS, Institut für Landes- und Stadtentwicklung, (Hg): Ausländer und Stadtentwicklung. Schriftenreihe 30. 24ff
- Planergruppe Oberhausen, Bossard, Robert, Rommelspacher, Thomas, 1982: Türkische Gärten im Ruhrgebiet., Analysen und Beobachtungen zum Thema 'Freiraumansprüche der türkischen Bevölkerung'. O.o. (Oberhausen).
- Stadt Dortmund, Dietrich Keuning Haus 1990: Handlungsansätze zur Verbesserung der Lebenssituation in der Nordstadt im sozial-kulturellen Bereich. Bericht vom 28.5.1990. Dortmund.
- Tränhardt, D., Dieregweiler, R., Santel, B., Funke, M., 1995: Landessozialbericht Ausländer und Ausländerinnen in Nordrhein Westfalen. Düsseldorf. (=MAGS Landessozialbericht No. 6).
- Venzke, Birgit, 1992: Ethnologie Urbane - Theoretische und methodische Grundlagen zur Analyse pluriethnischer Räume, Dortmund. Diplomarbeit FB Raumplanung, Universität Dortmund.
- Waltz, Viktoria, 1995: Die Krise der Städte und ethnisch-kulturelle Konflikte. Unver. Beitrag zur gleichnamigen Tagung an der Universität Bielefeld vom 26.10.1995

Tabelle 1 Ausländische und deutsche Erwerbstätige nach Stellung im Beruf 1991/92

| Stellung im Beruf | AusländerInnen in % | Deutsche in % |
|-------------------------------------|---------------------|----------------|
| Alle Erwerbstätigen in 1000 | 2.411 = 100 % | 29.115 = 100 % |
| Arbeiter/-innen | 69,8 | 37,3 |
| dar. FacharbeiterInnen | 16,4 | 17,1 |
| ungelernt/angelernt | 53,4 | 20,2 |
| Angestellte/Beamte | 22,6 | 52,2 |
| dar. Beamte | - | 8,3 |
| Selbständige, Mithelfende | 7,6 | 10,5 |
| dar. mithelfende Familienangehörige | 0,5 | 1,6 |

Raumbezug: Westdeutschland; Quellen: BMAS, Stat. Taschenbuch 1993; Ergebnisse des Mikrozensus 1991; eigene Berechnungen

Tabelle 2 Belastungen am Arbeitsplatz 1992/93 - Vergleich ausländische, deutsche Erwerbstätige - in % der Beschäftigten

| Art der Belastung | Ausländer in % | Westdeutsche in % | Ostdeutsche in % |
|------------------------------|----------------|-------------------|------------------|
| Lärm | 49 | 35 | 29 |
| Kälte, Hitze, Nässe, Zugluft | 38 | 26 | 41 |
| Lasten heben oder tragen | 38 | 26 | 37 |
| Rauch, Staub, Dämpfe | 37 | 18 | 28 |
| Schmutz, Öl | 36 | 22 | 30 |
| Zwangshaltung | 36 | 23 | 36 |
| Wechselschicht | 33 | 16 | 24 |
| Nachtarbeit | 15 | 11 | 14 |

Raumbezug: West- und Ost-Deutschland; Quellen: Gemeinschaftsuntersuchung Bundesinstitut für Berufsbildung, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Globus Ka-1261/1993

Tabelle 3 Arbeitslosenquote von AusländerInnen und Deutschen. September 1994

| Raumbezug | AusländerInnen | Deutsche | Differenz in % |
|-----------------------|----------------|----------|----------------|
| Bundesrepublik (West) | 15,5 | 8,2 | 89,0 |
| NRW (ohne Ruhrgebiet) | 17,4 | 8,5 | 104,7 |
| Ruhrgebiet | 22,0 | 12,0 | 83,3 |
| Dortmund | 25,4 | 13,7 | 85,4 |

Arbeitslosenquote: Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen
Quelle: KVR, Regionalinformation Ruhrgebiet Oktober 1994

Tabelle 4 Versorgungsquote von Kindern (3 bis 6 J.) in Kindertagesstätten 1992

| Kinder | Nordrhein-Westfalen | Berlin Nordstadt |
|---------------------|---------------------|------------------|
| ausländische Kinder | 49 % | 42 % |
| deutsche Kinder | 75 % | 69 % |

Quelle: MAGS NRW 1994b; Krummacher u.a. 1995:24f

Tabelle 5 Schulabschlüsse ausländischer und deutscher SchulabgängerInnen in West-Berlin und Nordrhein-Westfalen - ausgewählte Jahre

| Schulabschluß | West-Berlin | | | | Nordrhein-Westfalen | | | |
|--------------------------------|-------------|-----|---------|-----|---------------------|-----|---------|-----|
| | 1980/81 | | 1990/91 | | 1980/81 | | 1991/92 | |
| | A | Dt | A | Dt | A | Dt | A | Dt |
| Alle SchulabgängerInnen in % | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| davon: | | | | | | | | |
| ohne Abschluß | 39 | 11 | 24 | 10 | 45 | 6 | 15 | 5 |
| Hauptschulabschluß | 10 | 5 | 10 | 4 | 37 | 27 | 15 | 6 |
| erweiterter Hauptschulabschluß | 23 | 16 | 26 | 14 | - | - | 24 | 16 |
| Realschulabschluß | 22 | 42 | 28 | 32 | 15 | 43 | 34 | 41 |
| Hochschulreife | 6 | 27 | 12 | 39 | 3 | 24 | 11 | 32 |

A = Ausländische SchulabgängerInnen; Dt. = deutsche SchulabgängerInnen
Quellen: Ausländerbeauftragte Berlin 1994, Tab. 23, 88; MAGS NRW 1988, 136 f, 1994a, 166 f

Tabelle 6 Ausbildungsbeteiligung ausländischer und deutscher Jugendlicher in %

| Jugendliche | 1986 | 1990 |
|--------------------------|------|------|
| ausländische Jugendliche | 25,4 | 35,5 |
| deutsche Jugendliche | 70,6 | 79,4 |

Anm: Ausbildungsbeteiligung = Anteil der Jugendlichen von 15 bis 18 Jahren, die sich in schulischer oder beruflicher Ausbildung befinden

Quelle: AID, Ausländer in Deutschland 3/1994:6

Tabelle Deutsche und ausländische Auszubildende nach Ausbildungsbereichen 1992

| Bereich | Deutsche in % | Ausländer in % | Ausländeranteil in % |
|---------------------|---------------|----------------|----------------------|
| Industrie u. Handel | 50,2 | 44,8 | 7,8 |
| Handwerk | 32,1 | 43,5 | 11,3 |
| freie Berufe | 10,4 | 9,6 | 8,0 |
| Öffentlicher Dienst | 4,7 | 1,5 | 2,9 |
| Sonstige Bereiche | 2,5 | 0,6 | 2,1 |
| insgesamt | 100,0 | 100,0 | 8,6 |

Quelle: AID 3/1994:7

Tabelle 7 Wohnversorgung von EinwanderInnen in Nordrhein-Westfalen 1991

| Wohnungsgröße/Ausstattung - 1991 | Deutsche | AusländerIn. |
|--|----------|--------------|
| Wohnfläche pro Haushalt in qm | 86,6 | 68,3 |
| Wohnfläche pro Person in qm | 43,5 | 24,3 |
| WC, Bad/Dusche, Warmwasser in der Wohnung in % | 100 | 90 |
| Zentral-, Etagenheizung in % | 90 | 70 |
| Balkon/Terrasse in % | 70 | 42 |

Quelle: MAGS NRW 1994: 139ff

VON DER GESCHICHTE DER MIGRATION ZUR "ETHNISCHEN" STIGMATISIERUNG IN FRANKREICH

Hervé VIEILLARD-BARON, Dozent an der Universität Paris-X, Nanterre und am Institut für Lehrerbildung (IUFM) Versailles, Frankreich

Nach dem 2. Weltkrieg begann in Frankreich eine sehr rasche Urbanisierung. 600 Sozialwohnungssiedlungen mit jeweils mindestens 1000 Wohneinheiten wurden zwischen 1955 und 1975 erbaut, die meisten in den Randgebieten großer Städte. Das Problem des städtischen Wachstums stellte die Stadtzentren in Opposition gegen die Peripherie, die Vorstädte. In den achtziger Jahren erfuhr dieses Problem eine neue Dimension: Das Funktionieren der Gesellschaft als Ganzes wird in Frage gestellt. Mit der Präsidentschaft François Mitterands beginnt eine Stadtplanungspolitik, die das soziale Problembewußtsein beschleunigt. 1981 hat die Regierung eine Kommission eingesetzt (Nationale Kommission zur sozialen Entwicklung der Vorstädte, CNDSQ), um die Folgen der Marginalisierung der Peripherien aufzufangen. Es sollten den großen Stadtrand-siedlungen spezifische Hilfen gewährt werden, um die Kluft zwischen ihnen und anderen Wohnvierteln zu verringern, wie Steuerfreibeträge, günstige Darlehn, Verbesserung der Wohnungen und ihrer unmittelbaren Umgebung, Unterstützung von Vereinen, u.a. Diese positive Diskriminierung ("mehr für diejenigen tun, die am benachteiligtsten sind") sollte die als "soziale Brennpunkte" eingestuften Gebiete zu einer Norm zurückführen, die auf statistischen bzw. geographischen Kriterien beruht (Alter der Population, Anteil an Arbeitslosen und Ausländern, Bildung von Enklaven durch Straßen- und Schienenwege, usw).

Fünfzehn Jahre nach dem Beginn dieser Politik ist festzustellen, daß die problematischsten Zonen nicht "aufgeholt" haben. einige haben heute sogar ein negativeres Image. Sozialarbeiter, Angestellte der Sozialwohnungsämter und Polizisten benutzen zunehmend die Worte "ethnisch/Ethnie" um die Bewohner dieser Siedlungen zu bezeichnen, und dies besonders in den Vorstädten von Paris und Lyon. Die Bezeichnung einer Gruppe mit dem Begriff "Ethnie" stellt also, nach "ausländischer Nationalität" und der "Adresse" ein Mittel zur Verhüllung der Ablehnung dar. Im allgemeinen Gebrauch bleibt der Begriff vage, verweist aber auf die Wahrnehmung von Unterschieden in Sprache, Lebensstil und Religion. Welches sind nun, außer dem universalistischen französischen Modell, das gemeinhin gerühmt wird (Freiheit, Gleichheit, Laizismus, Toleranz), die Kategorien, die es dem Einzelnen erlauben, sich mit einer Klasse zu identifizieren?

Wir wollen hier nun zunächst auf die Besonderheiten der Immigration in Frankreich und den Zugang zur Nationalität eingehen. Danach soll aufgezeigt werden, wie der Begriff "Ethnie"

von den sozialen Institutionen einerseits und von den Jugendlichen ausländischer Abstammung andererseits gebraucht wird und welche Ideologien die "Banalisation" des Begriffes gefördert haben. Abschließend wollen wir die Frage nach den Bedingungen ethnischer Konflikte und der Bedeutung der Unruhen in den betroffenen Wohngebieten stellen.

Die besonderen Bedingungen der Immigration in Frankreich

Frankreich ist ein Land der Völkervermischung

Die Geschichte Frankreichs ist eine Folge von Assimilationen verschiedener Völker, langer Perioden der Stabilität und endlich der progressiven Integration von "Ausländern", die von den Arbeitsmöglichkeiten seit der Mitte des 19. Jahrhunderts angezogen worden waren. Heute hat ein Fünftel aller Franzosen ausländische Groß- oder Urgroßeltern. Allerdings machte sich das Bedürfnis, die auf nationalem Territorium lebenden Ausländer zu zählen, relativ spät bemerkbar. Erst seit der Volkszählung von 1851 verfügt man über offizielle Statistiken. Die Zahl der Ausländer belief sich damals auf 381 000 (1,2 % der Bevölkerung), davon ein Drittel Belgier. Frankreich wird zur zweitgrößten Kolonialmacht nach England und ein Strom von Einwanderern sehr unterschiedlicher Herkunft ergießt sich ins Land. Allerdings machen das zeitliche Zusammenfallen mit der Landflucht und die militärischen Konflikte dieses Phänomen vor 1962 wenig auffällig, abgesehen von einigen begrenzten Zwischenfällen. Selbst wenn das Frankreich des 20. Jahrhunderts im allgemeinen als Aufnahmeland erscheint, so wurde doch jede neue Einwanderungswelle zwischen 1880 und 1939 mit Unwillen von den betroffenen Gemeinden empfangen. Entgegen dem, was gemeinhin angenommen wird, wurde die Integration der Einwanderer von der Mehrheit der Franzosen zu jener Epoche als unmöglich erachtet. Trotz allem ist in den Jahren zwischen 1918 und 1939 Frankreich nach den Vereinigten Staaten das zweitwichtigste Einwanderungsland der Welt.

Für den Wiederaufbau nach 1945 erscheint die Einwanderung von neuem wichtig. Der Staat beschließt, mit der Gründung des Nationalen Einwanderungsbüros (ONI) am 2. November 1945 die Rekrutierung ausländischer Arbeiter in die Hand zu nehmen. Mit mehreren Ländern schließt Frankreich Verträge ab, um Arbeitskräfte zu werben: Spanien, Marokko, Tunesien, Jugoslawien, Türkei u.a. Nach 1962 wird der Aufenthalt von Algeriern besonders reglementiert. Um gegen die Krise der französischen Wirtschaft anzugehen, beschließt die Regierung am 3. Juli 1974, Einwanderungen aus ökonomischen und familiären Gründen nicht mehr zuzulassen. Einzig Angehörige eines Staates der europäischen Gemeinschaft, politische Flüchtlinge und hochqualifizierte Akademiker sind von diesen Maßnahmen ausgenommen. Allerdings wurden nach 1976 Familienzusammenführungen wieder ermöglicht. Seit 1984 sinken die Einwanderungszahlen bei ausländischen Arbeitnehmern kontinuierlich, bei den politischen Flüchtlingen ist ein spürbarer Rückgang erst seit 1990 zu

verzeichnen. Mittlerweile haben sich die Franzosen an die Ausländer auf ihrem Boden gewöhnt. Sie glauben die kulturellen Unterschiede zu kennen, was oft nicht stimmt und die Franzosen sind nicht immer bereit, ihre Ansichten zu ändern.

Seit 1930 bewegt sich der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung Frankreichs um 6%. Allerdings täuscht diese rein numerische Stabilität, sie verbirgt vielmehr eine tiefgreifende soziale Umschichtung. Das Einwanderungsproblem hat sich in einem Kontext wirtschaftlicher Krise in besonderem Maße verschärft. Die Verwurzelung von Familien ausländischer Herkunft und die Einbürgerung sind zu einem politischen Thema ersten Ranges geworden. Die statistischen Mittel sind jedoch hinter den gesellschaftlichen Entwicklungen zurückgeblieben, das Geburtsland wird z.B. erst seit 1975 in den Statistiken erhoben.

In den randstädtischen Hochhaussiedlungen finden sich nicht selten fünfzig bis sechzig verschiedene Nationalitäten neben Franzosen. Jedoch kommen 3/4 dieser Ausländer aus sechs Ländern: Algerien, Portugal, Marokko, Italien, Spanien und Tunesien. Viele junge "beurs" (Araber nordafrikanischer Abstammung) fallen unter das Gesetz des 'droit du sol' und sind französischer Nationalität.

Die Erlangung der französischen Staatsbürgerschaft bleibt zugänglich

Das französische Gesetz 'droit du sol' (*jus soli*) besteht seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. Die Verfassungen von 1791 und 1793 und in der Folge die großen Gesetze von 1851 und 1889 zur Staatsangehörigkeit erkennen dieses Prinzip an: Sie unterstreichen nicht nur den nationalen Willen zur "Assimilation" der Ausländer, die seit mehreren Jahren auf französischem Boden ansässig sind, sondern auch den politischen Pragmatismus der Regierenden. Es handelt sich in der Tat darum, Lösungen zu präzisen Problemstellungen zu finden, und zunächst der demographischen Krise Herr zu werden, die das Land betrifft: Die Geburtenrate in diesen Jahren ist sehr gering im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und zumal die Armee hat ein dringendes Bedürfnis, neue Soldaten zu rekrutieren. Allerdings variiert der automatische Charakter des 'droit du sol', das sich von dem Geburtsort und dem Aufenthalt auf französischem Boden ableitet nach der jeweiligen Epoche.

Was die Einbürgerung betrifft, so hängt sie von einer jeweiligen Entscheidung des Staates ab und stellt niemals einen Rechtsanspruch dar für die Person, die die Staatsbürgerschaft beantragt. Die Entscheidung ist abhängig von einer gewissen Dauer des Aufenthaltes in Frankreich und von Gegebenheiten der Anpassung: Kenntnisse der Sprache, keine Vorstrafen, "geordnete Verhältnisse" usw... Seit dem 2. Weltkrieg wird die Einbürgerung in Frankreich großzügig gehandhabt: 50 000 bis 80 000 Ausländer werden jedes Jahr per Dekret zu Franzosen.

Mit dem Inkrafttreten der 'Pasqua-Gesetze' (nach dem damaligen Innenminister) 1993 ist der automatische Aspekt des 'jus soli' aufgegeben: Die Mehrheit der Abgeordneten hielt es nicht für wünschenswert, Personen zu integrieren, die dies nicht ausdrücklich wünschen oder die

davon keine klare Vorstellung haben. Ihre Argumentation basierte auf der These, daß die nationale Identität und die innere Sicherheit zunehmend bedroht seien durch den massiven Zuzug ausländischer Bevölkerungsgruppen. Es seien Toleranzschwellen zu respektieren.

Der Schutz der französischen Identität und das Prinzip der 'nationalen Präferenz' sind zu Themen geworden, die sowohl von einer nationalistisch gesinnten Rechten als auch von einem Teil der Linken in Frankreich "strapaziert" werden. Die Idee, daß 'Frankreich eine Person' ist, die eifersüchtig über die Autonomie ihrer Persönlichkeit zu wachen habe, erscheint erstmals im 19. Jahrhundert bei Jules Michelet. Sie wird in der Folge von anderen berühmten Autoren aufgegriffen (Paul Valéry, Jean Giraudoux, André Maurois, André Siegfried, de Gaulle.) In jüngster Zeit haben die Wahlerfolge des Front National dieser Idee eine neue Dimension gegeben. Im Juli 1996 sagt Bruno Mégret, stellvertretender Parteivorsitzender des FN, daß dessen Anhänger einen "Kampf um Identität" führen und "überall gegenwärtig (sein müssen) um unser Land zurückzuerobern und die Macht dem französischen Volk zurückzugeben". Der Front National befürwortet die individuelle "Assimilierung" der jungen Ausländer, wenn diese bereit sind, ihre eigene Kultur aufzugeben und ganz in der französischen Nation aufzugehen. Die Partei ist gegen eine Integration mit dem Ziel einer pluralistischen Gesellschaft, in der kulturelle Unterschiede akzeptiert werden und die die französische Identität in Gefahr bringen könnte.

Die Klassifizierung "ethnisch" wird in den gefährdeten Randgebieten banalisiert

Im Gegensatz zu den Gesetzestexten, die den Begriff "Ethnie" nicht kennen, hat er - selbst wenn er sehr unklar definiert ist - ein breites Publikum bei der Rechten und extremen Rechten, aber auch in bestimmten Verwaltungsämtern. Zum Beispiel "finden" Polizisten in den Siedlungen eine große Anzahl verschiedener Ethnien ("73" in Mantes-la-Jolie, "47" in Chanteloup-les-Vignes im Großraum Paris usw...), Gruppen von Jugendlichen in der Metro werden leichtthin als 'ethnische Banden' qualifiziert. Oft wird Nationalität, ethnische Zugehörigkeit und äußeres Erscheinungsbild durcheinandergebracht - und alles dann mit "Rasse" verwechselt. In den Sozialwohnungsämtern benutzt man ethnische Kategorien, um 'Ghettos' zu vermeiden. Sie formulieren die Hypothese, daß eine Konzentration von Familien gleicher Herkunft im selben Treppenhaus der Ausgeglichenheit innerhalb der Wohnblocks entgegenkommt. Man stellt aber schnell fest, daß rein quantitative Kriterien (die sich z.B. in Prozentanteilen dieser oder jener ethnischen Gruppe ausdrücken) nicht ausreichen, um Probleme des miteinander Lebens und Wohnens auszuschließen. Qualitative Kriterien, besonders das 'Image', das die einzelnen Mietergruppen voneinander haben, tragen dazu bei, Konflikte entweder auszulösen oder beizulegen. Eine rein mechanische Verteilung der Mieter in den Wohnungen der Hochhäuser wird nicht die sozialen Beziehungen verbessern.

Im Bereich der sozialen und edukativen Animation kann ein ethnischer Ansatz auf die Diversität der Kulturen der Bevölkerung Rücksicht nehmen. Man vermeidet dabei den Begriff "ethnisch", sondern spricht von "gemeinschaftsbetont", was weniger negativ besetzt erscheint. In den Einkaufszentren der als besonders "sensibel" eingestuften Siedlungen wird das Wachpersonal häufig aus dem lokalen Umfeld rekrutiert, weil sie "ethnisch" den Leuten gleichen, die sie überwachen sollen. Sie laufen Gefahr, Gefangene eines Systems zu werden, das amerikanischen "Ghettos" gleicht, wo die Kontrolle durch das "Milieu" selbst ausgeübt wird.

In den betroffenen Stadtrand siedlungen, wo der Anteil an ausländischen Bewohnern relativ hoch ist (er liegt meistens zwischen 20 und 60 %) entwickelt sich eine "Ethnisierung" der sozialen Kontrolle und der Kontrolleure, ohne daß dieses Phänomen von den Statistiken erfasst wird. Dieses trägt zu einem Separatismus auf ethnischen Grundlagen bei, wobei das Problem der sehr armen Familien am allerwenigsten ethnischer Natur ist, es ist zunächst ein ökonomisches und soziales Problem. Ethnisierung setzt interne Solidarität und gemeinschaftsbetonte Strukturen voraus, beides nicht sehr verbreitet in Frankreich.

Folglich ist das französische Prinzip der Entwicklung des Gemeinwesens gegründet auf einer fehlerhaften Analyse der sozialen Strukturen der ausländischen Bevölkerungsgruppen. Sie bildet die Grundlage der Debatte über die politische Aufwertung der ethnischen Minderheiten durch die Verantwortlichen, die diese gegen die Verfechter einer individuellen Integration führen.

Ethnische Klassifizierungen haben keine wissenschaftliche Basis

Neben eindeutig definierten ethnischen Differenzierungen, wie sie von Ethnologen benutzt werden, haben Politiker und Sozialarbeiter neue Kategorien in die Debatte eingeführt, um ausländische Bevölkerungsgruppen zu klassifizieren dabei werden Nationalitäten einfach vermischt. So erscheint in den siebziger Jahren in Frankreich das Wort "maghrebinisch" als Ersatz für die Bezeichnung "arabisch" und "nordafrikanisch". Diese Identifikation, die von einem Territorium ausgeht (der Maghreb) besitzt einen transnationalen Charakter, weil sie für Menschen aus drei verschiedenen Ländern gebraucht wird: Marokko, Algerien und Tunesien. Zudem sind "Maghrebener" ethnisch gesehen nicht einheitlich, sie bilden eine pluralistische Gruppe verschiedener Kulturen und ihr gehören sowohl Araber als auch Berber an.

Die Qualifizierung "hispanisch" in den USA bildet ein anderes Beispiel einer unklaren Bezeichnung. Sie wird angewandt auf eine ethnokulturelle Kategorie innerhalb Amerikas und gruppiert verschiedene Nationalitäten (Mexikaner, Salvatorianer, Kubaner, Puertoricaner usw). Tatsächlich ist der Begriff sehr vage, weil die Verbindungen zu Spanien sich auf die Sprache beschränken.

Die Bezeichnung "Türke/türkisch" ist ein weiteres Beispiel für eine Vereinfachung, von der

jungen türkischen Republik 1923 eingeführt. Die Türken, die wir als einheitliche Gruppe betrachten, resultieren aus einer Vereinigung von 47 verschiedenen ethnischen Gruppen. Um den türkischen Nationalstaat zu stärken, haben die Machthaber ein einheitliches Volk künstlich konstruiert. Auf diese Weise konnte man die Existenz der Kurden ignorieren, die in den offiziellen Dokumenten einfach als "Bergtürken" erscheinen. Da sich heute die Türkei wieder der moslemischen Religion zuwendet, werden solche nicht-moslemischen Minderheiten zur Emigration gezwungen.

Es gibt künstliche ethnische Kategorien, die von einer rückwärtsgewandten Perspektive ausgehen. Letzteres betrifft vorwiegend Schwarze, die sich nicht in einer überwiegend weißen Gesellschaft anerkannt fühlen und die sich als Opfer von Diskriminierungen hinsichtlich Arbeits- und Wohnmöglichkeit empfinden. Der Anspruch auf 'Negritude' und Afrikanität findet großen Zuspruch in den überseeischen Departements Frankreichs und in einigen der benachteiligten Vorstädte von Paris. Der afrikanische 'look', der Baskett-Ball (der populärste Sport in den schwarzen Ghettos) der Rap mit seinen harten Texten über die Sklaverei- mehr oder weniger als Kopien von schwarzen Amerikanern übernommen- idealisieren die schwarzen Besonderheiten und die Werte Afrikas. In Sarcelles (nördl. Vorort von Paris, Anm.d.Übers.), wo die Jugendlichen karibischer Abstammung mit ökonomischen und Eingliederungsproblemen konfrontiert werden, identifizieren sie sich durch ihre Hautfarbe und afrikanische Herkunft, diese sind ihnen Zuflucht und Ideologie - im Unterschied zu den Maghrebinern, die sich eher der moslemischen Religion zuwenden. Trotzdem bleibt diese "schwarze" Ethnizität relativ vage, sie bildet weder eine stabile Identität noch eine klar begrenzbare Kultur. Hier vermischen sich vom Westen, besonders von den USA, übernommene Elemente der Modernität (Konsumgesellschaft, Werbung, elektrisch verstärkte Musik) mit Wunschvorstellungen eines mythischen Afrika. Es handelt sich hier in der Tat um eine künstliche Ethnizität, in deren Folge sich Familienstrukturen auflösen, mit Frustrationen, Kulturverlust. Sie drückt die Schwierigkeiten der jungen Schwarzen aus, sich als Franzosen anerkannt zu fühlen. Sie verweist auf Situationen sozialen und ökonomischen Ausschlusses und kann zu politischen Manipulationen mißbraucht werden.

Die Bezeichnung "beur" hat eine ganz andere Bedeutung. Sie erscheint zuerst 1981 mit der Gründung von 'radio beur' durch Jugendliche der Pariser Vororte. Die Jugendlichen identifizieren sich dadurch als Kinder von Fremdarbeitern maghrebinischer Herkunft, die in Frankreich geboren und aufgewachsen sind. Dieser Name mit ethnischem Hintergrund ist der Ausdruck einer dynamischen Gruppe, die sowohl Integration als auch Autonomie anstrebt, im Gegensatz zu den 'blacks', die sehr abhängig von ihren amerikanischen und afrikanischen Vorbildern bleiben, zumindest in ihrer Emblematisierung. Seit 1996 hat der Begriff 'beur' seine politische Bedeutung verloren. Viele der jugendlichen Abkömmlinge von Immigranten lehnen ihn heute ab: Er sei Vorwand zu Absonderung und Ausschluß durch die übrigen

Krieg und Notsituationen bringen ihrerseits Kategorien ethnischer Färbung hervor. Am häufigsten wird heute von 'Ausgeschlossenen' gesprochen, ein Begriff, der allerdings

ungenügend definiert ist und nicht unbedingt Immigranten betrifft.

Der in Frankreich sehr geläufige Begriff 'harki' hat eine besondere Bedeutung, weil er sowohl gesellschaftlichen Ausschluß als auch ethnische Kategorien abdeckt. Er war den während des Algerienkrieges 1954 bis 1962 an der Seite französischer Soldaten kämpfenden Algerier vorbehalten, und er existiert paradoxerweise heute immer noch. Der Name ist nicht an eine bestimmte ethnische Gruppe gebunden, die 'harkis' von 1962 waren keine einheitliche Gruppe - in ihr waren Vertreter aller Araber und Berberstämme Algeriens, aus den Städten oder den ländlichen Gebieten, mehr oder weniger alphabetisiert, aus verschiedensten sozio-ökonomischen Schichten und selbst die Motivation für ihr Engagement für Frankreich waren oft sehr verschieden. Ihr dramatisches Schicksal (mehr als die Hälfte von ihnen wurde nach dem Krieg in Algerien ermordet) und die Ablehnung, auf die sie während vieler Jahre stießen, haben ihr Negativbild in Frankreich verstärkt. Die meisten ihrer Abkömmlinge befinden sich in einem Dilemma: geben sie sich als 'harki' zu erkennen, bringt ihnen das zwar einige materielle Vorteile, andererseits bleiben sie in einer gesellschaftlichen Randstellung gefangen. Sie können z.B. als 'harki' vom Staat Wohngeld bekommen, oder ein Stipendium für eine Ausbildung.

Die französische Situation bezüglich der Ethnizität ist also, zusammenfassend gesagt, sehr komplex. Von Ethnizität zu sprechen bedeutet nicht den Verzicht auf den Begriff der sozialen Klasse als Einteilungs- bzw. Protestmerkmal, sondern relativiert dessen Bedeutung bei Unruhen in den Wohnsiedlungen. Neben sozialer Ungleichheit sind Möglichkeiten der Identifikation Faktoren von Unruhen, besonders in den sensiblen Gebieten der Ballungszentren. Für das Problem der ausländischen Bevölkerungsgruppen gibt es keine binären Lösungen. Erzwungene Anpassung ist nicht die Alternative zu mißtöner Beachtung aller kulturellen Unterschiede. Vor dem Hintergrund einer weiterhin hohen Einbürgerungsquote einerseits und Verminderung der Einwanderung andererseits ist die politische Frage nicht mehr die nach Integration der Ausländer; es ist vielmehr die nach dem Ausschluß von benachteiligten sozialen Schichten. Die Frage auch nach der Ausdrucksmöglichkeit von Minderheiten ausländischer Abstammung, deren Mitglieder meistens die französische Staatsbürgerschaft erlangt haben. Ist es ein angemessenes Verhalten der Regierung so zu tun als existierten diese Minderheiten nicht? Ist es auf lange Sicht gesehen nicht gefährlich, diese Gruppen in soziale und "religiöse" Kategorien einzuteilen, und damit besonders der Religion eine Bedeutung zuzumessen, die sie in der Realität nicht hat? Die französische Regierung sucht beständig nach Vermittlern, um mit der moslemischen Gemeinschaft in Dialog zu treten. Sie braucht diese Vermittler, um ihre Botschaft bei den maghrebinischen Familien hören zu lassen und gleichzeitig wird diesen Gruppen aller politischer Einfluß verwehrt. Was die Integration der Immigranten betrifft, so bewegt sich die offizielle Politik zwischen zwei Prinzipien: einem selektiven, nach ethnischen, kulturellen oder religiösen Kriterien und mehr oder weniger gegebenen Möglichkeiten der Integration und

einem egalitären, das jedwede Diskriminierung zwischen französischen Staatsbürgern zurückweist. Steigende Arbeitslosigkeit und das Ende der Rückführungsprogramme tragen zum Bruchwerden des Gesellschaftsvertrages bei. Gesetzlichen Maßnahmen zugunsten des Arbeitsmarktes können nicht verhindern, daß unqualifizierte Jugendliche, oft ausländischer Herkunft, keine beruflichen Perspektiven sehen, was zu örtlich begrenzten Konflikten führen kann. Die Kommunen sehen sich gezwungen, mit den Minderheiten zu verhandeln, wovon auf nationaler Ebene keine Rede ist.

Für den Augenblick können soziale Aktionen diese sozialen Brennpunkte noch befrieden. Selten waren bei den - sehr mediatisierten- Unruhen in den Vorstädten (Vaulx-en-Velin, Mantes-la-Jolie, Rouen, Lille-Süd, usw..) allein ethnische Motive ausschlaggebend. Sie entstehen vielmehr oft aus einem Gefühl von ungerechter Behandlung von Seiten der massiv auftretenden Ordnungskräfte und der Justiz, allerdings sind meistens Jugendliche maghrebischen oder afrikanischen Ursprungs beteiligt.

Die ökonomische Krise nährt bei den "alteingesessenen" Franzosen die These von ungleicher Konkurrenz und vom Feind im Innern, der von Außen finanziert wird um die demokratischen Prinzipien zu zerstören. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß örtliche Milizen am Rand der sensiblen Viertel entstehen werden, um sich gegen die "Kriminalität" der Jugendlichen ausländischer Herkunft zu schützen. Das Problem der Minderheiten läßt sich folglich nicht lösen, ohne das Problem der Sicherheit offen anzugehen und in Betracht zu ziehen, was die französische Staatsbürgerschaft für die Jugendlichen bedeutet, die in Frankreich geboren und deren Eltern Ausländer sind. Um unscharfe Kriterien der Gruppierung zu umgehen, wurden die statistischen Mittel verbessert. Das 'Nationale Institut für demographische Studien' (INED) führte 1992-1993 eine Erhebung unter dem Titel "Geographische Mobilität und soziale Eingliederung" durch und dort wurde zum ersten Mal ethnische Zugehörigkeit durch die Muttersprache definiert, was zum Beispiel die Unterscheidung von Berbern und Arabern erlaubte. Es gibt allerdings Grenzen: Die Identifikation eines Individuums mit einer ethnischen Gruppe unterliegt im Laufe der Zeit Veränderungen und ist folglich nur von vorübergehendem Interesse, selbst wenn dieses Kriterien zu einem gegebenen Zeitpunkt wissenschaftlich fundiert sind.

Die Spannungen mit ethnischem Hintergrund enthüllen ein Nachlassen der Integrationsfähigkeit und kollektive Furcht angesichts einer ungewissen Zukunft. Niemand kann zum jetzigen Zeitpunkt klare Aussagen machen über den gesellschaftlichen Zustand Frankreichs an der Schwelle zum 21. Jahrhundert.

Segregation statt Integration? - Zu einigen nicht-intendierten Folgen multikultureller Minderheitenpolitik in Großbritannien

(von Sigrid Baringhorst)

Die Kommunen als Agenten multikultureller Reformpolitik

Kennzeichnend für die britische Minderheitenpolitik ist ein im europäischen Vergleich schon relativ früh formuliertes offizielles Bekenntnis zu einer multikulturellen Integrationspolitik gegenüber den in den 50er und 60er Jahren vornehmlich aus den ehemaligen britischen Kolonien der Karibik sowie des subindischen Kontinents kommenden Einwanderern.

Vergleicht man die britische Haltung zur multikulturellen Fragmentierung der Gesellschaft mit der französischen, so ist, wie Weil und Crowley herausgearbeitet haben, für Frankreich ein "anticommunitarian bias" nachweisbar, während die britische Politik eher durch einen "communitarian bias" geprägt ist. Die Diversität kultureller Gemeinschaften wird nicht nur nicht als Bedrohung für die nationale Homogenität betrachtet, sondern "diversity is in itself a value that must be promoted."

Zur institutionellen Sicherung harmonischer Beziehungen zwischen den unterschiedlichen ethnischen Gemeinschaften und zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und rassistischer Diskriminierung hatte das britische Parlament schon 1976 ein Anti-Diskriminierungsgesetz (Race Relations Act) verabschiedet. Dieses stellt nicht nur rassistische Beleidigungen und Angriffe und direkte Akte der Benachteiligung von Angehörigen ethnischer Minderheiten im Wettbewerb um gesellschaftlich knappe Ressourcen wie Arbeit, Bildung und Wohnungen unter Strafe, sondern erklärte auch indirekte Formen der Diskriminierung für gesetzwidrig. Neben der halbstaatlichen Commission for Racial Equality - in Anlehnung an die US-amerikanische Civil Rights Commission eingerichtet - wurden im Gesetz die Kommunen als Implementationsträger des Gesetzeswillens besonders hervorgehoben: Nach Absatz 71 des Gesetzes obliegt den Kommunen die besondere Pflicht, Vorkehrungen zu treffen "with due regard to the need (a) to eliminate unlawful

discrimination; and (b) to promote equality of opportunity, and good relations between persons of different racial groups".

Das Anti-Diskriminierungsgesetz von 1976 bietet zwar einen wichtigen Legitimationsrahmen für lokale minderheitenpolitische Initiativen: Ausgeschöpft wurde er in größerem Umfang jedoch erst nach dem Sommer von 1981. Erst die "race riots" von 1981 in Brixton, Bristol und Liverpool rüttelten die kommunalpolitischen Akteure wach und bewirkten eine Abkehr von der bis dahin üblichen Praxis des Laissez-Faire und der "colour-blindness". Insbesondere der Greater London Council, die Kommunalverwaltung des Großraums London, die 1986 der anti-sozialistischen Politik der Thatcherregierung zum Opfer fiel, und die Labour-regierten Londoner Boroughs mit hohem Einwandereranteil wie z.B. Brent, Lambeth und Haringey, aber auch einige nördlichere Großstädte wie Manchester, Birmingham und der im folgenden näher betrachtete Bradford Metropolitan Council arbeiteten Konzepte und Durchsetzungsstrategien einer multikulturellen Minderheitenpolitik aus, die für viele andere Kommunen Pionierfunktion bekommen sollten.

Das Beispiel der nordenglischen Stadt Bradford

Einige Umsetzungsprobleme und nicht-intendierte Folgen der kommunalen "race relations policy" sollen im folgenden am Beispiel der Minderheitenpolitik der nordenglischen Stadt Bradford näher erläutert werden. Für eine exemplarische Evaluation sind die Bradforder Erfahrungen aus verschiedenen Gründen aufschlußreich:

Die Yorkshire-Kommune war die erste Stadt Englands, in der 1981 Multikulturalismus parteiübergreifend, d.h. als Konsens der fast gleichstarken Ratsfraktionen von Labour und Conservative Party als Leitziel kommunaler Politik proklamiert wurde. Hier erlebte er aber auch seine spektakulärsten Krisen bis hin zur weltweit bekannt gewordenen Rushdie-Affäre von 1989, die in Bradford ihren Ausgang nahm. Im Juni 1995 kam es dort zu den ersten militanten Krawallen moslemischer Jugendlicher in Großbritannien.

Deutlichstes Zeichen der multikulturellen Politik für die Außenwelt war die auch in der

bundesrepublikanischen Presse nicht unbeachtet gebliebene Ernennung eines pakistanischen Einwanderers zum Lord Mayor, dem ersten asiatischen Oberbürgermeister einer britischen Großstadt, im Jahr 1985.

Nach der Volkszählung von 1991 sind von den 457.344 Einwohnern des Bradford Metropolitan Districts ca. 70.000 den nicht-weißen ethnischen Gemeinschaften zuzurechnen. Allein ca. 50.000 sind Muslime aus Pakistan (45.280) und Bangladesch (3.653), hinzu kommen ca. 11.713 indische Sikhs und Hindus.

Die Bradforder Reformmaßnahmen zeichnen sich, wie die kommunalen minderheitenpolitischen Initiativen anderer Städte auch, durch eine Mischung im Prinzip gegenläufiger Strategien aus: Grundsätzlich ging es in dem integrationspolitischen Reformvorhaben um eine Neuauflage klassischer Fragen wohlfahrtsstaatlicher Interventionspolitik. Aufgrund der Einwanderungsprozesse, der zunehmenden ethnischen Segmentierung der Bevölkerung wie der rassistischen Ausgrenzungsversuche durch Teile der Aufnahmegesellschaft waren die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit neu zu bestimmen und das Verhältnis der klassischen Antipoden von Freiheit und Gleichheit, Anerkennung von Differenzen und Solidarität neu auszutarieren.

In Orientierung an den nationalen Race Relations Act stellten die Bradforder Stadtvertreter im Rahmen ihres Reformkonzepts dabei auf der einen Seite aus dem moralischen Universalismus abgeleitete Regeln und Sanktionen zum Abbau von Diskriminierungen auf, d.h. zur Verhinderung von persönlichen Benachteiligungen aufgrund der ethnischen oder nationalen Herkunft von Bewerbern um öffentliche Stellen oder Antragstellern auf öffentliche Dienstleistungen. Auf der anderen Seite folgte man jedoch auch durchaus partikularistischen, tendenziell ethnisierenden Zielen, indem man den spezifischen Bedürfnissen der ethnischen Gemeinschaften nach einem besonderen Minderheitenschutz, insbesondere deren Ruf nach Förderung ihrer differentiellen Gruppenidentität, Rechnung trug.

Unter der Fragestellung "Wer bekommt was?" wurde die Allokation öffentlicher Gelder und Dienstleistungen einer kritischen Revision unterzogen. Dies betraf z.B. die Vergabe öffentlicher Wohnungen und Häuser, die "council houses", oder die

finanzielle Förderung ethnischer Selbstorganisationen. Voraussetzung der Gewährleistung von Chancengleichheit war die nicht unumstrittene Einführung des sog. "ethnic monitoring" oder "ethnic record keeping", wodurch die Vergabe städtischer Leistungen nach ethnischen Gesichtspunkten erfaßt und kontrolliert wurde, um so eventuell vorhandene Benachteiligungen nachweisen und korrigieren zu können.

Entsprechend der Formel "no taxation without equal services" hatten die Maßnahmen jedoch nicht nur einen quantitativen Charakter. Sie bezogen sich auch auf die qualitative Seite der Dienstleistungen, etwa in Form eines spezifischen Angebots im Bereich der Jugend- und Altenarbeit oder vor allem auch im Bereich der multikulturellen Erziehung in den der Local Education Authority unterstellten Schulen. In den Schulen folgen die Küchen den besonderen religiösen Essensvorschriften der Gemeinschaften und bieten nach anfänglichem Widerstand auch Halal-Fleisch, d.h. nach islamischen Sitten geschlachtetes Fleisch an. Einige Schulen experimentieren im Rahmen eines Programms des "Community Language Teaching" in den Grundschulen mit bilingualen Unterrichtsmodellen, und in den Sekundarschulen wurden Minderheitensprachen in den Kanon der Unterrichtsfächer aufgenommen.

Ein umfassendes Konsultationsprogramm wurde konzipiert und umgesetzt, um die Partizipation ethnischer Minderheiten am kommunalpolitischen Entscheidungsprozess zu verbessern.

Die kommunalen Reformen brachten in vielen Bereichen nicht zu leugnende positive Effekte: Dies gilt für die gerechter gestaltete Personalpolitik, die verbesserten Partizipation von Organisationen der ethnischen Minderheiten am Willensbildungsprozeß sowie die Öffnung und Diversifikation kommunaler Dienstleistungen für das wachsende Klientel der ethnischen Gemeinschaften. Insgesamt ist das Ergebnis aber ambivalent, zumal neben den Erfolgen auch die Schattenseiten betrachtet werden müssen. Wie die Rushdie-Affäre oder die moslemischen Jugendkrawalle von 1995 belegen, ist die angestrebte Harmonie zwischen einheimischer Aufnahmegesellschaft und eingewanderten Gemeinschaften seit 1981 keineswegs näher gerückt. Zwei segregative Tendenzen, die die

kommunalen Reformen mithervorbrachten, sollen im folgenden ausführlicher diskutiert werden. Die eine Tendenz artikuliert sich vor allem zu Beginn der 80er Jahre in der Polarisierung der Bevölkerung nach dem Paradigma einer schwarz-weiß-Distinktion und einer Trennung von kommunalen Beschäftigten entlang der Binärcodierung von Rassisten und Antirassisten. Die andere Trennungslinie, die seit Mitte der 80er Jahre zunehmend den öffentlichen Diskurs bestimmt, folgt primär religiösen Zuordnungen.

Zur Dopplung des Rassismus im Antirassismus

Vor allem in der Anfangsphase der Reformpolitik wurden insbesondere die rassistischen und ethnozentrischen Vorurteile der weißen Mehrheitsbevölkerung als Quellen der sozialen Benachteiligung attackiert. Dabei wurde "Rassismus" in Anlehnung an das US-amerikanische Konzept des "institutional racism" verstanden als eine spezifische Verbindung individueller Stereotypisierungen mit vorgegebenen sozialen und politischen Machtstrukturen. Entsprechend der Formel "Rassismus = Macht plus Vorurteil" wurde eine konstante Opfer-Täter-Dichotomie vorgegeben und Rassismus a priori nur als Problem der Weißen definiert.

Lange Zeit ging man davon aus, daß gezielte Fortbildungskurse für Mitarbeiter in strategisch wichtigen Stellen der Verwaltungsorganisation über eine Bewußtseinsveränderung bei den Teilnehmern langfristig eine Veränderung der gesamten Verwaltungsstruktur in Richtung auf eine Verwirklichung des "Rassen"gleichheitspostulats bewirken könnten. Grundlage der positiven Gesamteinschätzung der Kurse waren die Ergebnisse entsprechender Maßnahmen in der amerikanischen Armee, in der die Antirassismuskurse Mitte der 60er Jahre zuerst eingeführt worden waren.

Die erhofften Ziele des RAT wurden von der Commission for Racial Equality 1984 noch euphorisch ausgemalt als Beitrag "...to ferment a determination to resist and actively confront racism both personally and institutionally and in wider society".

Die Erfolge der antirassistischen Umerziehung waren jedoch im Verwaltungsbereich höchst zweifelhaft: In den Selbsterfahrungsgruppen sollten die Teilnehmer lernen,

Täter und Opfer des Rassismus zu identifizieren und sich selbst der Spezifik ihrer Hautfarbe bewußt werden. Die Suggestion der eigenen Täterschaft und die unmittelbare Konfrontation mit dem zum Teil direkt, zum Teil indirekt formulierten Rassismusbegriff provozierte bei vielen weißen Teilnehmern starke emotionale Reaktionen. Die Scham- und Schuldgefühle wurden jedoch selten in produktive Handlungsorientierungen umgesetzt. Bei den Skeptikern gegenüber den Minderheitenpolitischen Reformen stieß allein schon das Wort "Rassismus" auf inneren Widerstand und Abwehrreaktionen. Solange die Teilnahme an RAT-Kursen jedoch karriereförderlich war, wurden die missionarischen Aufklärungsseminare absolviert. Nach außen hin demonstrierte man Anpassung an den neuen Geist der Verwaltung, tiefergehende Einstellungsänderungen blieben in der Regel jedoch aus. Zudem hatte die moralisierende Einteilung in "goodies" und "badies", Antirassisten und Rassisten einen überaus polarisierenden Effekt auf die Mitarbeiterschaft. Sie provozierte offenen Protest unter den Mitarbeitern, die dem Projekt der "Race Relations Policy" von Beginn an kritisch gegenüberstanden. Die Dopplung des Rassismus im Anti-Rassismus entfremdete langfristig auch liberalere Geister der Verwaltung von dem Reformprojekt, die für die erfolgreiche Umsetzung der Minderheitenpolitik von zentraler Bedeutung gewesen wären. Immer offener artikulierte Kritik in den Reihen der Verwaltung wie der breiteren Öffentlichkeit machten die anfänglich hochgesteckten Hoffnungen auf eine Systemtransformation durch individuelle Bewußtseinsveränderung zunichte. Der Rückgriff auf disziplinarische Mittel als einzig wirksame Instrumente der Verhaltenskontrolle ersetzte am Ende den Glauben an die innovative Kraft des RAT. Der Übergang zu einem pragmatisch-behaviouristischen Ansatz der Organisationsveränderung hatte den Vorteil, daß sich die Umsetzung der Politik allein auf das Ergebnis der Verwaltungsarbeit und die disziplinarischen Verhaltenskontrollen konzentrierte, ohne daß unnötige Schuldgefühle geweckt oder Polarisierungen unter den Mitarbeitern gefördert wurden.

Die Zunahme religiöser Selbstzuordnungen

Die Trennung in Rassisten und Antirassisten folgt einer Dichotomisierung, die trotz ihres polarisierenden Effekts in gewisser Hinsicht leichter in das etablierte liberale politische System Großbritanniens zu integrieren ist als eine seit Mitte der 80er Jahre stärker artikulierte Selbst- und Fremddefinition entlang religiöser Zuordnungskriterien. Der mit der "race"-Kategorie eng verbundene Antidiskriminierungsdiskurs zielt im Kern auf gesellschaftliche Umverteilungen. Wird "race", wie in der angelsächsischen Literatur nicht unüblich, primär mit "underclass" assoziiert, so können, wie in der Subsumption unter "equal opportunities" ausgedrückt, die daraus abgeleiteten politischen Forderungen als Teil einer umfassenden Politik der Chancengleichheit konzipiert und damit im Rahmen einer allgemeinen sozialen Redistributionspolitik artikuliert werden. Viel schwieriger in die lokale Politik- und Verwaltungspraxis zu inkorporieren sind demgegenüber kollektive Selbstdefinitionen, die nicht einer säkularisierten zivilen Gesellschaft entsprechen. Dies gilt, wie die Bradforder Praxis gezeigt hat, insbesondere für religiös artikulierte Gruppenansprüche. Trotz antirassistischer Tendenzen, wie im RAT umgesetzt, hat die lokale Politik unter der vor allem pakistanischen Einwanderergemeinschaft weniger eine Ausrichtung kollektiver Selbstdefinitionen entsprechend einer ethnübergreifenden "black identity" gefördert, als eine reaktive islamische Identität gestärkt.

Dies gilt nicht, wie zu vermuten wäre, nur für die ältere Generation. Auch unter den jungen Bradfordians pakistanischer Herkunft hat sich in der letzten Dekade ein politisch radikaliserter Islam als Orientierungslinie interner Vergemeinschaftungsprozesse und als zentrale Artikulationsform politischen Protests herausgebildet, die andere Loyalitäten etwa nach "class-" oder "race"-Gesichtspunkten überlagerte.

Diese in der Rushdie-Affäre gipfelnde zunehmende Selbstdefinition der großen Mehrheit der Bradforder Einwanderer als Muslime muß auf dem Hintergrund verschiedener Faktoren gesehen werden: Dabei ist zum einen das kulturelle Erbe von Herkunftsland und -region bedeutsam. Allein 40.000 der 50.000 Bradforder Muslime

stammen aus dem Mirpur-Distrikt im Nordosten Pakistans und gehören der streng islamischen Sekte der Brelvis an. Die islamische Orientierung der Herkunftskultur kann jedoch nicht ausschließlich für die zunehmende religiös artikulierte Selbstidentifikation der Bradforder Immigranten verantwortlich gemacht werden. Dies belegt, wie Yunas Samad überzeugend hervorgehoben hat, schon allein die Tatsache, daß etwa die 60.000 Bangladeschis in Greater London, die aus einer ähnlich streng islamischen Kultur eingewandert sind, im Gegensatz zu den Bradforder Muslimen im Kontext der Rushdie-Affäre keineswegs als "Scharfmacher" aufgetreten sind. Wie auch die meisten islamischen Gruppen anderer Länder, etwa aus Indien, der Türkei oder Zypern waren sie sowohl an den Anti-Rushdie-Demonstrationen als auch an den Protestaktivitäten gegen den militärischen Einsatz der Alliierten im Golfkrieg relativ gering beteiligt.

Fragt man nach den besonderen lokalen Faktoren, die eine Islamisierung unter den Einwanderern Bradfords befördert haben, so ist neben den desolaten sozioökonomischen Lebensbedingungen auch die spezifische Konsultationspraxis und lokale Aushandlungsstrategie der Kommunalpolitiker hervorzuheben.

Zuweilen agierte die Kommune wie ein integrationspolitischer Zauberlehrling, der die Geister, die er rief, am Ende nicht mehr loszuwerden scheint. Illustratives Beispiel ist die Bildung des Bradforder Moscheenrates "Council for Mosques". Dieser Moscheenrat, ist ein Zusammenschluß der Anfang der 80er Jahre über 30 örtlichen Moscheen und verdankt seine Entstehung einer Initiative des Stadtrates. Finanziell unterstützt wurde dessen Gründung durch Gelder der Manpower Services Commission. Begründet wurde diese Finanzierung des Moscheenrates aus öffentlichen Geldern damit, daß die politisch und administrativ Verantwortlichen einen repräsentativen Ansprechpartner auf seiten der asiatischen Bevölkerung haben und die Moscheen zu stärkerer Koordination untereinander anregen wollten.

Faktisch gesehen, wurde damit aber zugleich der Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre aktiven Asian Youth Movement, die auf säkularer Basis arbeitend immer lautstarker den herrschenden Rassismus in der Kommune anprangerte, eine einflußreiche Organisation entgegengesetzt, die das Sprechermonopol, das die junge

und ethnienübergreifende Asiatenbewegung für die Gesamtheit der Einwanderer reklamierte, wirksam infragestellte.

Die Aufwertung der traditionellen Moscheenvertreter in der kommunalpolitischen Arena machte diese zu den einflußreichsten Ansprechpartnern der Kommune bei der Planung und Umsetzung der multikulturellen Reformen. Aus den zahlreichen Umsetzungskonflikten gingen die Muslimvertreter, wenn auch nicht immer siegreich, so aber doch organisatorisch gestärkt hervor. Dies gilt vor allem für den langen und heftigen Konflikt um die Entlassung des örtlichen Schulleiters Ray Honeyford. Nachdem Honeyford öffentlich die multikulturelle Schulpolitik des Stadtrats kritisiert hatte, erklärte die Muslimorganisation dessen Entlassung zu einer Sache der Ehre. Gegen den Willen der britischen Mehrheitsmedien und gegen die Unterstützung Honeyford durch die damalige Premierministerin Magret Thatcher gelang es dem Council for Mosques die örtlichen Einwanderer zu mobilisieren und am Ende eine Entlassung des mißliebigen Schulleiters durchzusetzen. Im Rahmen heftiger Debatten in der lokalen Öffentlichkeit und vor allem gegen den Widerstand lokaler Tierschutzgruppen hatten die Moscheenvertreter auch z.B. die Einführung von Halal-Fleisch in den Schulkantinen durchgesetzt. Auch die Einführung von Gebetsmöglichkeiten in den Schulen, die Befreiung vom Sportunterricht für muslimische Mädchen oder die allgemeine Suspendierung von muslimischen Schülern von Theaterbesuchen, Tanzveranstaltungen oder Tombolas wurden erst auf ihren Druck hin durchgesetzt.

Strategisch setzten die Moslemorganisationen als Bargaining-Joker und Erpressungsmittel der Kommunalpolitiker immer wieder die Androhung eines kollektiven Exits aus dem staatlichen Schulsystem ein. Die Möglichkeit der Etablierung privater Moslemschulen als Alternative zum staatlichen Schulsystem stellte eine dauerhafte latente Bedrohung der multikulturellen Öffnungsversuche der kommunalen Institutionen dar.

In Bradford hatte sich in den 80er Jahren ein muslimischer Elternverein gegründet, der öffentlichkeitswirksam die Einrichtung die Gründung einer islamischen Mädchenschule forderte. Der Moscheenrat rettete den Stadtrat vor einem offenen Konflikt in dieser

Frage, indem er die Forderung abmilderte und lediglich die Etablierung von reinen Mädchenschulen verlangte. Doch blieb die Androhung einer freiwilligen Segregation im Schulsystem bis heute ein wirksames Mittel im kommunalen Bargainingprozeß.

Je erfolgreicher die Moscheenvertreter im Laufe der 80er Jahre ihr Sprechermonopol innerhalb der ethnischen Gemeinschaften durchzusetzen vermochten, je geringer wurde der Einfluß säkularer antirassistischer Kräfte. Die Anfang der 80er Jahre noch einflußreiche antirassistische Asian Youth Movement wurde zunehmend marginalisiert und zerbrach am Ende an internen Auseinandersetzungen.

Die muslimische Identität wurde gegen Ende der 80er Jahre auch von einer wachsenden Zahl von Jugendlichen als symbolische Protestartikulation angenommen, und zwar in vieler Hinsicht noch radikaler und vehementer als von den Älteren. Die Unterstützung der britischen Öffentlichkeit für den wenig einwandererfreundlichen Schulleiter Honeyford und einige Jahre später für Salman Rushdie werden als Zeichen der gezielten Erniedrigung muslimischer Einwandererminoritäten gedeutet. Dagegen setzen die Muslime die selbstbewußte Selbstzuordnung zur diskriminierten Religionsgemeinschaft. In der politischen Auseinandersetzung beziehen sich auch die Jugendlichen auf die Autorität des Korans und der islamischen Tradition. Doch scheint deren Charakter weitgehend instrumentell zu sein. Denn weder hat sich die Zahl der Moscheegänger am Freitag signifikant erhöht, noch wird in den örtlichen Curry-Häusern der Ausschank von Alkohol reduziert.

Trotz der verbreiteten islamischen Selbstidentifikation der Jugendlichen scheinen die Mullahs und die traditionellen Sprecher der Moscheen jedoch ihren Einfluß auf die junge Generation der Bradforder Muslime tendenziell einzubüßen. Nicht nur in Bradford, sondern auch in anderen britischen Kommunen mit signifikantem Asiatenanteil bildet sich eine Clockwork-Orange-Mentalität heraus, in der sich Erfahrungen religiöser Diskriminierung mischen mit Frustrationen angesichts desolater Wohnbedingungen, hoher Jugendarbeitslosigkeit und düsterer Zukunftsaussichten. Unter dem Banner des Islam suchen sie sich einen militanten Ausdruck. Ganz deutlich wurde der wachsende Kontrollverlust der etablierten Sprecher der muslimischen Gemeinschaften als vom 9.-11. Juni 1995 nach einer Auseinandersetzung mit der

örtlichen Polizei eine Gruppe von 200 pakistanischen Jugendlichen auf den Straßen eines innerstädtischen Einwandererviertels Autos in Brand setzte und Schaufensterscheiben demolierte. Der bis dato bestehende ungeschriebene Vertrag zwischen traditionellen Moscheenvertretern und der Außenwelt, nach dem die Stadt das Repräsentationsmonopol der etablierten Sprecher anerkennt und ihnen Zugeständnisse macht, um auf der anderen Seite die Integration der Muslime in das bestehende politische System zu sichern und die muslimische Jugend zu pazifizieren, verliert an Geltungskraft. "...the events of the weekend", so ein treffender Kommentar des Independent vom 12.6.1995, "suggest that this bargain is breaking down. The community leaders are losing their grip on the communities they would like to lead".

Ausblick

In Bradford, einst Aushängeschild liberaler Multi-Kulti-Experimente, ist die anfängliche Reformeuphorie inzwischen vieler Orten in Katzenjammer umgeschlagen. Dabei ist jedoch vor vorschnellen Globalverurteilungen multikultureller Reformanstrengungen nur zu warnen. Die Ausgangsbedingungen für eine Reformpolitik waren in Bradford extrem ungünstig: Die asiatischen Einwanderer waren zu einem Zeitpunkt in die Stadt gekommen, als die einstmals blühende Textilindustrie, um teure Kapitalinvestitionen zu vermeiden, auf billige Arbeitskräfte setzte. Seit die nicht ausbleibenden Rationalisierungsprozesse der 70er Jahre ein Großteil der Arbeitnehmer der Textilfabriken freisetzte, ist die Arbeitslosigkeit insbesondere unter den wenig qualifizierten asiatischen Zuwanderern eklatant hoch. An der hohen strukturell bedingten Arbeitslosigkeit konnten auch die wohlmeinenden Kommunalpolitiker nichts ausrichten. Außerdem kommt die Mehrheit der Einwanderer aus einer Region Pakistans, in der es traditionell starke fundamentalistische Bewegungen gibt. Reislamisierungstendenzen können insofern nicht allein mit Entfremdungs- und Diskriminierungserfahrungen in der Aufnahmegesellschaft oder mit einer fehlgeleiteten politischen Verstärkung ethnischer und religiöser Abgrenzungen erklärt werden. Nichtsdestoweniger stellt sich anhand der Bradforder Reformpolitik die auch für multikulturelle Experimente in der Bundesrepublik signifikante Frage, in welchem Ausmaß Kommunen differenzialistischen kulturellen oder religiösen Gruppenbedürfnissen Rechnung tragen sollten.

II. Berichte / Informationen

Ausschreibungen

An der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Fachbereich Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie, ist vorbehaltlich der Freigabe voraussichtlich zum 1.4.1997 die Stelle einer/eines

Wissenschaftlichen Mitarbeiter/in (BAT IIa)

befristet für zunächst 3 Jahre zu besetzen.

Aufgaben:

Mitwirkung in Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Strukturanalyse moderner Gesellschaften, den Methoden der empirischen Sozialforschung und der Durchführung des surveys "Bürgerumfrage in Halle".

Voraussetzungen:

Qualifizierter Abschluß im Fach Soziologie, gute Kenntnisse in allgemeiner soziologischer Theorie und in den multivariaten Analyseverfahren.

Interessenten richten bitte ihre Bewerbung an Prof. Dr. H. Sahner, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Soziologie, Postfach 8, 06099 Halle.

Arbeitskreis Lokale Politikforschung
Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft
Programm der Tagung "Ressourcen lokaler Politik"
im Leibnizhaus (Holzmarkt 5) in Hannover
am 7. und 8. März 1997

Freitag, den 7. März 1997

10.00 - 11.00 Uhr

Hubert Heinelt/Margit Mayer: Begrüßung und Einführung in die Themenstellung und Tagungsplanung

Rüdiger Voigt/Nicolai Dose: Steuerung (in) der Kommunalpolitik

11.00 - 13.00 Uhr

I. VERTIKALE PROBLEMABWÄLZUNG, KOMMUNALE HANDLUNGSSCHRANKEN UND LOKALE HANDLUNGSSCHANCEN

Arthur Benz: Handlungsmöglichkeiten der örtlichen Ebene im Kontext der deutschen Politikverflechtung

Wolfram Lamping: Mit Phantasie die Ketten hierarchischer Entscheidungen abstreifen - am Beispiel kommunaler Handlungsstrategien im Umgang mit der TA Siedlungsabfall

Max Welch Guerra: Spezifische Funktionen von Städten als Ressourcen lokaler Politik

15.00-17.00 Uhr

II. RESSOURCENMOBILISIERUNG DURCH VERWALTUNGSREFORM

Frieder Naschold: (Kommunale) Verwaltungsreform. Diskussionen und Perspektiven

Jobst Fiedler: Kommunale Haushaltsprobleme als Modernisierungsspeitsche

18.00 - 20.00 Uhr

III. KOMMUNALE VERWALTUNGSMODERNISIERUNG ALS REFORMPOLITIK ?

Podiumsdiskussion u.a. mit Gerhard Banner, Günter Dill, Adalbert Evers, Heinrich Mäding und Herbert Schmalstieg

schader stiftung | gesellschaftswissenschaften < > praxis

Wir sind eine gemeinnützige Stiftung mittlerer Größe mit Sitz in Darmstadt.

Stiftungszweck ist die Förderung des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis mit dem Ziel, die Praxisorientierung in den

Gesellschaftswissenschaften zu stärken und damit einen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Aufgaben zu leisten.

Für den weiteren Ausbau unserer Fördertätigkeit im Bereich »Wohnen und Wohnumfeld« suchen wir eine/einen

Die Schwerpunkte Ihres Aufgabengebietes liegen in der Recherche, Konzeption, Planung, Durchführung und Evaluation von Projekten in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Kooperationspartnern. Hierzu gehört auch die Pflege von Kontakten zu Multiplikatoren sowie die Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen.

Wir erwarten von Ihnen den erfolgreichen Abschluß eines gesellschaftswissenschaftlichen Studiums sowie mehrjährige Berufserfahrung in dem o.a. Tätigkeitsfeld der Stiftung. Praxiserfahrungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit sind ebenfalls erwünscht.

Sie sollten sich schnell in anspruchsvolle Themenstellungen einarbeiten können.

Kontaktfreude, Engagement, Belastbarkeit und die Fähigkeit zum teamorientierten Arbeiten sind unerlässlich.

Die Position wird marktgerecht dotiert.

Wenn Sie diese Aufgabe interessiert und Sie dem skizzierten Anforderungsprofil entsprechen, senden Sie bitte Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen (tabellarischer Lebenslauf, Zeugniskopien, Lichtbild sowie Angabe Ihrer Gehaltsvorstellung und des evtl. Eintrittstermines) an die

Schader-Stiftung
- Geschäftsführung -
Karlstraße 85
64285 Darmstadt

wissenschaftliche Referentin /
wissenschaftlichen Referenten

Samstag, den 8. März 1997

9.00-12.00 Uhr

IV. EFFEKTIVITÄT, EFFIZIENZ UND LOKALE DEMOKRATIE

Oscar W. Gabriel: Vertrauen in und Unterstützung von lokalen politischen Institutionen im vereinigten Deutschland

Rolf Heinze/Christoph Strinck: Contract Management und kommunale Demokratie

NN: Verhandlungsdemokratie auf lokaler Ebene

Walther Jahn/Klaus Schmals: Effektive und partizipative Planung durch Stadtforen? Das Beispiel Berlin

13.00-14.00 Uhr

Abschlußdiskussion

International Conference „Urban Ecology“ Leipzig 1997

25. - 29. Juni 1997

Leipzig, Bundesrepublik Deutschland

Organisation: UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, unterstützt vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) und dem Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit (GSF)

Wissenschaftliche Leitung: Prof. Dr. Jürgen Breuste, Leiter des Projektbereiches „Urbane Landschaften“ des UFZ-Umweltforschungszentrums Leipzig-Halle GmbH

Inhalte: Das UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH wurde im Jahre 1992 als Forschungseinrichtung der Bundesregierung, des Freistaates Sachsen und des Landes Sachsen-Anhalt gegründet. Die Arbeit des UFZ ist eng mit der Tatsache verbunden, daß weite Landstriche Deutschlands und Osteuropas seit mehr als fünfzig Jahren wirtschaftlich genutzt worden sind, ohne ökologische Aspekte zu berücksichtigen. Um die enormen Umweltschäden zu beheben und gesunde Teile der Umwelt zu erhalten, werden wissenschaftliche Grundlagen für das Verständnis, die Analyse und Bewertung von Ökosystemen benötigt. Um diese Aufgaben zu koordinieren, wurden vier Projektbereiche gebildet: Urbane Landschaften, Agrarlandschaften, Naturnahe Landschaften sowie Industrie- und Bergbaufolgelandschaften.

Die *International Conference "Urban Ecology" Leipzig 1997* wendet sich an Wissenschaftler und Praktiker, die auf dem Gebiet der Stadtökologie tätig sind. Beiträge, die empirische Analyse mit theoretischen Grundlagen verbinden, Fallstudien spezieller Umweltprobleme oder fachwissenschaftliche Studien, welche sich mit der Lösung von Problemen im urbanen Raum beschäftigen, werden besondere Beachtung finden. Das fünftägige Programm beinhaltet Vorträge, Posterausstellungen, Workshops und Exkursionen zu folgenden Themen:

- Die ökologische Stadt - Leitbilder, Qualitätsziele, Standards
- Integration ökologischer, ökonomischer und soziokultureller Ansätze zur Verbesserung der Lebensumwelt in der Stadt
- Flächennutzung als stadtökologische Steuerungsgröße
- Ökologisch verträgliche Mobilität
- Naturintegration und Landschaftsbezug in der Stadtentwicklung.

Die Forderung nach einer wissenschaftlich begründeten, anwendungsbezogenen komplexen Stadtökologie ging seit den 50er Jahren mit dem stark zunehmenden Bevölkerungs- und Flächenwachstum insbesondere großer Städte einher. Viele Einzelansätze widmen sich disziplinär oder auch in Forschungsverbänden international seit einigen Jahren verstärkt diesem Anliegen. Dennoch fehlt bis heute eine gemeinsame Basis und ein vorwärtsreichender Wissenschaftsaustausch.

Allgemeine Informationen: Die Konferenzsprache ist Englisch. Für jedes Thema ist eine Posterausstellung vorgesehen. Alle angenommenen Beiträge werden in einem Abstract-Band zusammengestellt, der zu Beginn der Konferenz verteilt wird. Ein Tagungsband mit sämtlichen Vorträgen und Postern wird nach der Konferenz an alle Teilnehmer verschickt.

Tagungssekretariat: Dr. Hildegard Feldmann, Ogarit Uhlmann, Projektbereich Urbane Landschaften, UFZ - Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, Permoserstr. 15, 04318 Leipzig, Tel.: 0341/235-2264, Fax 0341/235-2534, e-mail: feldfrau@pro.ufz.de, internet: <http://www.ufz.de>

Sigrun Kabisch

Umweltverhalten und Lebensqualität in urbanen Räumen

I. Konzept und Ergebnisse der UFZ-Sommerschule '96

1. Organisatorischer Rahmen

Vom 24.6. bis 27.6.1996 fand am UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH eine Sommerschule mit dem Thema „Umweltverhalten und Lebensqualität in urbanen Räumen“ statt.

Das Ziel der Sommerschule bestand darin, aus sozialwissenschaftlicher Perspektive den Begriff der „Nachhaltigkeit“ zu diskutieren, der seit der Rio-Konferenz 1992 verbindliches Leitbild für nationale Entwicklungen und die Gestaltung des Verhältnisses zwischen dem Norden und dem Süden unserer Erde ist. Im zweiten Teil sollte die Praktikabilität der Leitidee „Nachhaltige Entwicklung“ anhand konkreter Vorhaben in urbanen Räumen untersucht werden. Dafür wurde der Agenda-21-Prozeß und seine Transformation auf die regionale und die lokale Ebene in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt. Anhand der Bemühungen um eine „Lokale Agenda 21“ konnte ein Ansatz diskutiert werden, der auf stadtreionaler Ebene verschiedene Aspekte der Kommunalpolitik, der Stadt- und Regionalplanung, der fachspezifischen Planung, Nutzungsmuster von Stadtregionen (Suburbanisierung, Segregation, Innenstadtentwicklung) und das Verhalten (Verkehr, Lebensstile, Produktionsweisen) institutioneller (Behörden, Kammern, Verbände), kollektiver (soziale Milieus) und individueller Akteure (Personen, Haushalte) einschließt. Diese Diskussion wurde zum Anlaß genommen, häufig am konkreten Fallbeispiel der Stadtregion Leipzig, die Entwicklungsziele und -strategien sowie die Konflikte und Barrieren zu diskutieren. Ergänzend wurden Initiativen weiterer Beispielstädte im Agenda-21-Prozeß vorgestellt.

Die inhaltliche Ausgestaltung der Sommerschule verantworteten die Abteilung Ökologische Ökonomie / Umweltsoziologie des UFZ (Sigrun Kabisch) und das Institut für Soziologie der Universität Hamburg (Jens S. Dangschat). Das Konzept wurde in der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie sowie in der Arbeitsgruppe Soziologie und Ökologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie vorgestellt.

Die organisatorische Betreuung erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Leipziger Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung. Diese übernahm die Kosten für die Hotelunterkunft, die Busexkursion und die Verpflegung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Außerdem gestaltete

sie den Auftakt der Sommerschule in Form eines Infomarktes, in dessen Mittelpunkt ein Vortrag des Vorsitzenden des wissenschaftlich-technischen Rates des UFZ, Ulrich Stottmeister, zum Thema „Umweltforschung als interdisziplinäre Herausforderung“ stand.

An dieser Stelle möchten die Organisatoren der Friedrich-Ebert-Stiftung für ihre umfangreiche Unterstützung danken.

Der Teilnehmerkreis der Sommerschule erstreckte sich auf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich aus soziologischer Perspektive mit dem Thema der Sommerschule auseinandersetzen. Darüber hinaus nahmen Kolleginnen und Kollegen anderer Fachdisziplinen teil, die im Rahmen ihrer spezifischen Forschungsarbeiten soziologische Fragestellungen tangieren. Dieses Angebot zum wissenschaftlichen Austausch nutzten Angehörige des UFZ, die die Fachgebiete Ökologische Ökonomie, Stadtökologie, Geographie und Ökosystemanalyse vertreten.

Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler wurden nachdrücklich aufgefordert, die Sommerschule als Podium zu nutzen, um ihre Qualifizierungsarbeiten vorzustellen und sie in längerfristige Forschungslinien einzuordnen. Dieses Angebot stieß auf ausgesprochen positive Resonanz, zehn Doktoranden nahmen es wahr.

Alle Interessenten an der Sommerschule sollten sich mit einem kurzem Exposé zu ihrer Forschungsarbeit (ca. 3 Seiten) um eine Teilnahme bewerben. Auf dieser Basis konnte eine Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und eine inhaltliche Strukturierung der Beiträge erfolgen. Die eingereichten Diskussionsangebote wiesen eine überaus große Vielfalt auf. Diese wurde für die erste UFZ-Sommerschule bewußt nicht reduziert, um damit die Bandbreite der zum Thema gehörenden inhaltlichen Fragestellungen zu verdeutlichen.

Die Teilnehmerzahl wurde auf 30 eingeschränkt, um ein kontinuierlich intensives Arbeitsklima zu gewährleisten. Der Teilnehmerkreis bestand zu zwei Dritteln aus auswärtigen Gästen und zu einem Drittel aus UFZ-Angehörigen.

Neben den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern waren zeitweise einzelne Vertreter der lokalen und regionalen Verwaltung (Stadtverwaltung Leipzig, Regierungspräsidium Leipzig) anwesend. Mit ihrer Teilnahme wurde eine enge Verbindung zwischen der theoretischen Diskussion und der praktischen Umsetzung der Untersuchungsergebnisse angestrebt.

Um die Arbeitsergebnisse der Sommerschule auch in die öffentliche Debatte um nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung einfließen zu lassen, veranstaltete die Friedrich-Ebert-Stiftung ein abendliches Forum, zu dem die interessierte Öffentlichkeit eingeladen war. Anschließend an

das einleitende Podiumsgespräch, moderiert durch Sigrun Kabisch, diskutierten Leipziger Bürgerinnen und Bürger mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Sommerschule, der Referentin im Dezernat Umwelt, Ordnung, Wohnen der Stadt Leipzig, Gisela Kallenbach, und dem Vertreter des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie, Jürgen Malley. Das Interesse an der Themenstellung wurde an der relativ großen Teilnehmerzahl und dem spannenden Verlauf der stellenweise durchaus kontrovers geführten Diskussion deutlich.

2. Inhaltliche Strukturierung

Die inhaltliche Diskussion war in drei Blöcke gegliedert:

1. Konzept der Nachhaltigkeit und Lokale Agenda 21 (Karl-Werner Brand, München)
2. Planung nachhaltiger Stadtregionen (Sigrun Kabisch, Leipzig)
3. Sozialverträglichkeit und Gerechtigkeit in Stadtregionen (Jens S. Dangschat, Hamburg)

Jeder Block wurde von den genannten Wissenschaftlern moderiert und mit einem inhaltlichen Beitrag eröffnet. Danach folgten jeweils sechs Referate, die je nach inhaltlichem Zusammenhang gemeinsam oder einzeln zur Diskussion standen.

1. Konzept der Nachhaltigkeit und Lokale Agenda 21

In das Zentrum dieses ersten Blocks wurde die theoretische Auseinandersetzung mit dem Konzept der Nachhaltigkeit gerückt. Dabei kam die Frage auf, was denn eigentlich neu an diesem Leitbild im Vergleich zu bereits bekannten Entwürfen sei. Die Antworten betonten den ganzheitlichen, integrierten Ansatz, der die ökologische, die ökonomische und die soziale Dimension gleichberechtigt einschließt. Die Nachhaltigkeitsdebatte läßt sich demnach nicht auf eine Naturschutzdiskussion reduzieren.

Doch dieses Postulat der nachhaltigen Entwicklung muß in gesellschaftliche Handlungsziele umgesetzt werden. Dieses wiederum scheint auf der lokalen Ebene am aussichtsreichsten zu sein, da hier konkrete Schritte entwickelt werden können und die Akteure vor Ort in überschaubare Vorhaben einzubeziehen sind. Zusätzlich kann eine Erfolgskontrolle vorgenommen werden. Doch dafür sind nachhaltigkeitsfördernde Rahmenbedingungen oft erst noch zu schaffen. Häufig führen wirtschaftliche Zwänge dazu, daß in den Kommunen, wie auf anderen Entscheidungsebenen, der Umweltschutz vernachlässigt wird. Typisch ist das Nacheinander von Entscheidungen - Reparatur der sozialen und Umweltprobleme aus den

Erträgen - anstatt des Nebeneinanders unter Beachtung der wechselseitigen Zusammenhänge. So wurde in der Diskussion darauf hingewiesen, daß zwar in den letzten Jahren in den neuen Bundesländern Investitionen zweckgebunden für Umweltschutzmaßnahmen in Abhängigkeit der verfügbaren staatlichen Mittel getätigt worden sind. Ihre teilweise Überdimensionierung läßt aber vermuten, daß vorrangig wirtschaftliche Interessen bei der Entscheidungsfindung im Vordergrund standen. Am Beispiel überdimensionierter Kläranlagen konnte dies eindeutig belegt werden. Weiterhin wurden in der Diskussion der Mietwohnungsbau in den neuen Bundesländern im Stadtumland aufgrund der günstigen Steuerabschreibungen sowie die Förderung des Pkw-Verkehrs in dicht bebauten Gründerzeitvierteln mit dem Argument der Existenzsicherung der ansässigen Händler exemplarisch für Ambivalenzen benannt.

Wenn also die Realität noch nicht nachhaltig ist, so bleibt die Frage, welche gesellschaftlichen Restriktionen dem entgegenwirken und was für Rahmenbedingungen gesetzt werden müssen, um individuellen und kollektiven Akteuren Anreize für nachhaltiges Handeln zu bieten. Ein Beitrag stellte in diesem Zusammenhang ausgewählte umweltökonomische Instrumente (z. B. Steuern und Gebühren) zur Stimulierung nachhaltiger Stadtentwicklung vor. Geld oder andere materielle Anreize und Sanktionsmechanismen seien in der Regel geeignete Mittel, um Verhaltensänderungen (sparsamerer Umgang mit Ressourcen) in Gang zu setzen. Dies funktioniert aber nur dann, wenn Verhaltensalternativen gegeben seien.

Darüber hinaus wurde das Beispiel lokaler Bankensysteme auf Stadtteilebene mit der Zielrichtung diskutiert, inwiefern auf lokaler Ebene Einheiten mit politischer und Verwaltungsbedeutung entstehen können. Beispielsweise könnten „neighborhood associations“, wie sie aus den Vereinigten Staaten bekannt sind, gegründet werden. Der gegenwärtig zu beobachtende Abbau von sozialen Sicherungssystemen in Europa erfordert auch, über neue Formen des sozialen Zusammenlebens nachzudenken, welche durch entsprechende Instrumente zu fördern sind.

Als konkretes Beispiel für Aktionsprogramme auf lokaler Ebene wurden kommunale Klimaschutzkonzepte mehrerer Städte und deren Entstehungsprozeß vorgestellt, wobei hier das Dilemma zwischen möglichst breiter Bürgerbeteiligung und nichtöffentlichen Sitzungen von Energiebeiräten im „geschützten Raum“ verdeutlicht wurde. An diese Überlegungen knüpfte der folgende Beitrag an, der sich mit dem Agenda-21-Prozeß in München beschäftigte. Hier wurde insbesondere thematisiert, wann wieviel Öffentlichkeit erforderlich ist und wer denn „Öffentlichkeit“ überhaupt darstellt.

Den Abschluß bildete der Beitrag des Vertreters des Stadtplanungsamtes Leipzig, der die konkreten Ausgangsbedingungen der Stadt Leipzig skizzierte und dabei auf die Restriktionen der Umsetzung nachhaltiger Stadtentwicklung aufmerksam machte. Der Vortrag diente zugleich als Vorbereitung auf die Exkursion in ausgewählte Teilräume Leipzigs und des Umlandes am folgenden Tag. Während der Tour konnte exemplarisch belegt werden, welche Kontraste zwischen theoretischen Überlegungen zum Leitbild nachhaltiger Entwicklung und der Praxis vor Ort existieren.

2. Planung nachhaltiger Stadtregionen

Anknüpfend an die Eindrücke, die die Exkursion hinterlassen hatte, wurde im zweiten Diskussionsblock die konkrete Umsetzbarkeit nachhaltiger Entwicklungskonzepte in lokalem und regionalem Kontext thematisiert. Denn gerade im Lokalen bricht sich das Globale, d.h. die Fülle der unterschiedlichen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Problematiken fokussiert sich in Großstadtregionen. Unmittelbar sicht- und erlebbare Probleme sowie eine relativ große Nähe zwischen Steuernden und Gesteuerten machen die Stadtregion zum idealen Labor gesellschaftlicher Modernisierungsbemühungen.

Den Ausgangspunkt der Diskussion bildeten Überlegungen zu der ökologischen Sichtweise, daß Nachhaltigkeit nur auf regionaler Ebene zu erreichen ist und eine Stadt prinzipiell nicht nachhaltig sein kann. Diese fanden eine Ergänzung durch die Darstellung nachhaltiger Entwicklungsmuster auf kleinräumiger, innerstädtischer Ebene aus soziologischer Perspektive. Hier wurde die soziale Dimension nachhaltiger Entwicklung näher betrachtet, wobei den Akteuren konkreter Vorhaben auf lokaler Ebene besondere Aufmerksamkeit zukam. Als Beispiel diente der beginnende Agenda-21-Prozeß in Leipzig.

Dem Thema der Stadt-Umland-Vernetzung, wiederum am Beispiel Leipzigs, war auch das Referat des Vertreters aus der Regionalplanung gewidmet. Er zeigte die konkreten Ausgangsbedingungen auf, mit welchen das Regierungspräsidium Leipzig bei der Umsetzung seiner Planungsstrategien konfrontiert ist. Dabei wurde hervorgehoben, daß diese faktische Vernetzung bisher noch nicht in entsprechende Kooperationsformen übertragen werden konnte. Besondere Betonung erlangte der Sachverhalt, daß in den neuen Bundesländern völlig neuartige Formen der Suburbanisierung entstanden sind (z. B. Prozeßkette wurde durch Wohnsuburbanisierung eingeleitet, es folgten Handels- und Versorgungseinrichtungen, Gewerbesuburbanisierung entsteht erst allmählich; letztere resultiert nur partiell aus Verlagerungen aus der Innenstadt, Neugründungen und Zweigstellen von Unternehmen aus

den alten Bundesländern dominieren). Diese massiven Suburbanisierungserscheinungen konzentrieren sich in unmittelbarer Nähe der Stadtgrenze. Steuereinnahmen und Einwohnergewinn verbuchen die Umlandgemeinden. Die Kernstadt sieht sich Problemen wie massivem Arbeitsplatzabbau, Einwohnerschwund und Kaufkraftverlust ausgesetzt. Die bevorstehende Gebietsreform im Freistaat Sachsen mit möglichen Eingemeindungsentscheidungen zugunsten der Kernstadt trägt gegenwärtig zur Verhärtung der kontroversen Positionen bei.

Die anschließende Diskussion verdeutlichte einmal mehr die Operationalisierungsprobleme des Leitbilds „Nachhaltige Entwicklung“ und dessen Umsetzung auf einer regionalen oder einer kommunalen Ebene. So sind die spezifischen Bedingungen (in den neuen Bundesländern z. B. der Transformationsprozeß mit seinen anfänglich oft nahezu „rechtsfreien Räumen“, die sich gerade im Hinblick auf Nachhaltigkeit als kontraproduktiv erwiesen haben) ebenso wie die tatsächlichen Einflußmöglichkeiten durch staatliche Institutionen und deren Beschränkungen (häufig nur „Schadensbegrenzung“) in die Betrachtung mit einzubeziehen.

Ebenfalls mit dem Operationalisierungs- und dem Umsetzungsaspekt befaßte sich der Vortrag über die Ergebnisse eines soziologischen Forschungsprojektes zum Thema „ökologisches Wohnen“. Dabei wurde die Hypothese untermauert, daß ökologischer Stadtbau auch einen Wandel der Lebensweise erfordert. Mögliche Verhaltensänderungen wurden unter einem sozialen, einem technischen und einem städtebaulichen Ansatz beleuchtet, wobei auf die Durchsetzungsschwierigkeiten auf der Ebene der Bewohner hingewiesen wurde.

Dieses Thema sollte am folgenden Tag in der Diskussion über den Zusammenhang von Ökologie und Lebensstilen noch einmal aufgegriffen werden.

An diese Beiträge schloß sich eine Diskussion zum Begriff „soziale Gerechtigkeit“ an. Dieser wurde als ein Kernindikator für den Zugang zur sozialen Dimension von nachhaltiger Stadtentwicklung bezeichnet. Die damit verbundene Bedeutung erfordere, diese Wertkategorie auf ihren Gehalt und auf ihren Anwendungsbezug zu hinterfragen.

Die Aufforderung zur kritischen Inhaltsbestimmung von Wertkategorien erfolgte auch im Zusammenhang mit der Bewertung ökologischer Baustrukturen. Am Beispiel der hohen Baudichte in innerstädtischen Gebieten im Vergleich zu Eigenheimsiedlungen wurde darauf verwiesen, daß bezüglich der Flächenversiegelung scheinbar das Gebiet mit der hohen Baudichte ökologischer ist. Im Sinne einer Gesamtbilanz, die das Freizeit-Verkehrsaufkommen am Wochenende, Artenreichtum an Pflanzen und Tieren, Naherholung im Grundstück, Anbau von Obst und Gemüse usw. einschließen, mußte dieses Urteil relativiert werden.

Zwei Beiträge befaßten sich mit stadtökologischen Zugängen zu urbaner Nachhaltigkeit. Im ersten wurde auf die unterschiedlichen räumlichen Ebenen vom Stadtteil bis zur Stadtregion Bezug genommen und aus ökosystemarer Sicht nachhaltige Entwicklung als ein Prozeß betont. Daran anschließend standen regionalisierte Umweltqualitätsziele als ein Instrument für die Unterstützung nachhaltiger Stadtentwicklung im Mittelpunkt der Betrachtung. Hier wurde die Frage diskutiert, wie in diesen Umweltqualitätszielen die soziale Umwelt eingebunden bzw. ob diese selbst auch als Bezugsebene neben der räumlichen eingeordnet werden kann.

Auch die beiden folgenden Beiträge widmeten sich der Frage der Umsetzung des Nachhaltigkeitskonzeptes und dabei vor allem den gesellschaftlichen und kulturellen Restriktionen am Beispiel des Verkehrsbereichs. Im ersten diente die städtische Mobilität als Beispiel für die Darstellung der interdisziplinären Problemlage der Umweltforschung, wobei für eine sozial- und naturwissenschaftliche Gesamtsicht plädiert wurde. Im zweiten standen kulturelle Restriktionen lokaler Verkehrspolitik unter Herausarbeitung der Konfliktfronten Ökonomie versus Ökologie im Mittelpunkt.

3. Sozialverträglichkeit und Gerechtigkeit in Stadtregionen

Im dritten Diskussionsblock wurde versucht, die Dimension des Sozialen stärker auszudifferenzieren. Da die internationalen Abkommen diesbezüglich sehr vage sind (Ausgleich zwischen Nord und Süd, Sicherung von Behausung und Arbeit, gesunde Umwelt, soziale Integration), ist ein relativ weiter Spielraum der Interpretation gegeben. Nähert man sich von der anderen Seite, nämlich von dem Verständnis einer Gesellschaft, sich nachhaltig zu entwickeln, dann werden weitere Gesichtspunkte relevant: das Aufheben sozialer Ungleichheit, die soziale, politische und kulturelle Integration, Formen und Aspekte sozialer Gerechtigkeit, Überlegungen zu den unterschiedlichen Nachhaltigkeitszielen und -strategien sowie die Möglichkeit, Bewohner und Bewohnerinnen zu mobilisieren und zu beteiligen. Eingebunden in nachhaltige Stadtentwicklung werden die genannten Gesichtspunkte in dem Begriff der Sozialverträglichkeit zusammengefaßt.

Auch die Entwicklung von Lebensstilen in Richtung Nachhaltigkeit vollzieht sich in Abhängigkeit von Aspekten sozialer Gerechtigkeit. So machen z. B. Vertreter von Unter- und Mittelschichtmilieus Veränderungen ihres Lebensstils davon abhängig, daß auch andere - namentlich Wohlhabende - ihren Lebensstil vorgängig bzw. gleichzeitig verändern (dem Luxus entsagen, Konsum beschränken). Die Diskussion zeigte, daß Veränderungen in den

Lebensstilen und Milieus in ein Gefüge ökonomischer, sozialer, kultureller und nicht zuletzt räumlicher Faktoren eingebunden sind. Zu letzterem soll über eine Typologie sozialer Räume ein Zugang entwickelt werden. Am Beispiel des Forschungsprojektes „Sozialatlas Leipzig“ wurde ein Erklärungsansatz für Lebensstile und Milieus mit ihren ökologischen Implikationen unter Beachtung der Raum-Zeit-Strukturen vorgestellt.

Im weiteren Verlauf konnten Argumente ausgetauscht werden, die Aspekte von Stabilität und Wandel von Milieus in zeitlicher Perspektive betrafen. Dabei kam es zu der kontroversen Diskussion darüber, ob nur im Generationenwechsel Veränderungen festzustellen sind oder ob wesentlich kürzere Zeiträume bedeutsam sind. Das konkrete Beispiel von ökologischen Denk- und Verhaltensweisen von Schülergruppen unterschiedlichen Alters diente der Untermauerung der These, daß gezieltes umweltbewußtes Verhalten wieder abgelegt werden kann, nicht zuletzt auch deshalb, weil das „Öko-Image“ nicht in allen gesellschaftlichen Milieus positiv besetzt ist. Das leitete über zu einem Problem, das der Beitrag zu ökologischen Lebensstilen aufgegriffen hatte: Nach wie vor gibt es eine große Diskrepanz zwischen den Umwelteinstellungen und dem Umweltverhalten. Jedoch seien diese Inkonsequenzen nicht (nur) auf „Bequemlichkeiten“ zurückzuführen, sondern eher mit soziokulturellen und situativen Merkmalen (beispielsweise den konkreten Bedingungen im Wohnquartier) verbunden.

Umweltfreundliches Konsumverhalten konnte anhand von Untersuchungsergebnissen der Kundenstruktur von Ökoläden in Leipzig als ein Bestandteil von Lebensstilen mit starkem ökologischem Bezug dargestellt werden. Die hier feststellbaren gruppenspezifischen Unterschiede bestätigten die These von der Differenziertheit von Umweltverhalten und der damit verbundenen Pluralität von Lebensstilen.

Der folgende Beitrag knüpfte an die Lebensstildebatte an und beschäftigte sich mit der Reproduktionsarbeit aus weiblicher Perspektive. Soziale Kohäsion und Fürsorglichkeit als unterbewertete Merkmale der Reproduktionsarbeit wurden in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung hervorgehoben. Anhand von Untersuchungsergebnissen konnten ökologische Potentiale von Frauen durch ihr konkretes Alltagshandeln im Vergleich zu männlichen Verhaltensweisen dargestellt werden. Die Bezugnahme auf geschlechterdifferenzierte Freizeitmobilität, in der Reproduktionsarbeit häufig versteckt ist und damit in ihrer räumlichen Dimension unterschätzt wird (z. B. Versorgung von Verwandten), machte auf den Zusammenhang von Reproduktionsarbeit und Mobilität aufmerksam.

Zwei weitere Vorträge beschäftigten sich mit sozialverträglicher Mobilität in Stadtregionen und mit Erfahrungen aus Verkehrsforen in Heidelberg und Tübingen bezüglich der Ergebnisse diskursiver Planungsprozesse. Im ersten Referat wurde die Interdependenz von Mobilität und

Lebensqualität betont und ein Gesamtkonzept zur Sicherung von Lebensqualität ohne schädliche Auswirkungen wachsender Mobilität gefordert. Der folgende Beitrag zeigte anhand von lokalen Verkehrsforen, wie die Akteure im Handlungskontext durch kommunikatives Aushandeln Wege für Problemlösungen finden konnten.

3. Ergebnisse und Forschungsbedarf

- a) Es konnte auf der theoretischen Ebene ein inhaltlicher Konsens zu dem Leitbild „Nachhaltige Entwicklung“ festgestellt werden. Demnach umfaßt dieses Leitbild die integrativen und sich wechselseitig durchdringenden Dimensionen Ökologie, Soziales und Ökonomie. Weiteres Wirtschaftswachstum soll abgekoppelt von fortgesetzter Ressourceninanspruchnahme erfolgen, um auch den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Zukunft, die diese nach ihren eigenen Vorstellungen einrichten können, zu gewährleisten. Nachhaltige Entwicklung ist ein stetiger Prozeß, der komplexe Phänomene (z. B. urbane Ökosysteme) erfaßt.
- b) Die Operationalisierung von nachhaltiger Entwicklung erfordert die Bestimmung geeigneter Indikatoren, auf deren Basis die Akteure vor Ort konkrete Vorhaben initiieren. Ein konkretes Beispiel sind die lokalen Agenda-21-Prozesse, die sehr unterschiedlich verlaufen. Sie müssen an den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten ausgerichtet werden. Deshalb sind Verallgemeinerungen der Erfahrungen nur auf relativ abstrakter Ebene möglich. Insbesondere Erfahrungen aus den alten Bundesländern sind nur sehr begrenzt auf die Bedingungen in den neuen übertragbar.
- c) Der Agenda-21-Prozeß braucht ein Forum (z. B. Agenda-Büro oder Bereich im Stadtentwicklungsamt), dessen Aufgaben in der Koordinierung und dem Management der Aktivitäten bestehen. Diese sind aus den Zielgrößen nachhaltiger Entwicklung abzuleiten. Diese Zielgrößen resultieren aus einer Bestandsaufnahme des Untersuchungsfeldes, welche die ökonomischen, ökologischen und sozialen Probleme aktueller Stadt- und Regionalentwicklung in ihrer Wechselwirkung erfaßt. Daran anknüpfend sind Handlungsstrategien zu erarbeiten. Die Frage nach der Reichweite dieser Strategien von segmentiert bis umfassend ist bislang offen.
- d) Konzepte für nachhaltige Stadtentwicklung bedürfen des räumlichen Bezugs. Ein geeigneter sozialwissenschaftlicher Zugang dafür ist die gruppenspezifische Untersuchung von Lebensstilen und Milieus. Hier kann soziologische Forschung ansetzen, um soziale Potentiale

für den Prozeß nachhaltiger Stadterneuerung zu erkunden. In die Betrachtung sind die Pluralität von Lebensstilen und ihre ambivalenten Folgen bezüglich nachhaltiger Entwicklung, die Diskrepanz zwischen Umweltbewußtsein und Umwelthandeln und die Diffusionsprozesse in den Milieus einzubeziehen.

- e) Nachhaltige Stadtentwicklung kann die Entstehung neuer Formen sozialen Zusammenlebens einschließen. Als Beispiele könnten die amerikanischen „neighborhood associations“ und die sogenannten „neuen Milieus“, deren Beiträge für veränderte Lebensstile in Richtung Nachhaltigkeit empirisch genau untersucht werden müssen, dienen. Eine weitere Frage in diesem Zusammenhang betrifft die möglicherweise veränderte Rolle tradierter Sozialformen, z. B. der Familie und ihrer „traditionellen“ Arbeitsteilung. Hier muß die Bedeutung der Reproduktionsarbeit als unbezahlte und gesellschaftlich bislang unterbewertete Arbeitsform und ihre geschlechterspezifische Ausdifferenzierung stärkere Beachtung finden.
- f) Freiwillige Verhaltensänderungen im Rahmen des ökologischen Stadtbbaus aufgrund von Appellen und persönlichen Einsichten sind nur punktuell und auf relativ kleine Gruppen beschränkt zu erwarten. Ökonomische Anreize, soweit ihr Einsatz sinnvoll und möglich ist, wirken unterstützend und verstärkend. In diesem Zusammenhang sind die Beziehungen zwischen Umwelt und Sozialpolitik zu beachten, um die Finanzmodelle so zu gestalten, daß mit ihrer Durchsetzung soziale Ungleichheit nicht weiter verfestigt wird. Dennoch ist der Weg zu weiterer Akzeptanzgewinnung und Mitwirkungsbereitschaft stärker zu erkunden, denn Maßnahmen und Projekte nachhaltiger Stadtentwicklung brauchen für ihren Erfolg ein komplementäres Verhalten und die Mitarbeit der Bewohner.
- g) Aus soziologischer Perspektive ist zu hinterfragen, welche unterschiedlichen Zugänge zu nachhaltiger Stadtentwicklung existieren, die möglicherweise miteinander konkurrieren. Es gilt herauszufinden, worin ihr Konsens besteht, um die Umsetzungsfähigkeit des Leitbildes nachhaltiger Entwicklung zu erhöhen. Dabei muß die Frage nach den möglichen Veränderungsstrategien beantwortet werden. Den theoretischen Anknüpfungspunkt dafür bietet die Debatte um die Effizienz-, Suffizienz- und Konsistenzstrategie, deren jeweilige Wichtung bzw. mögliche Kombination sowie die Abhängigkeit ihres Einsatzes vom Kontext (global, regional, kommunal).

h) Soziale Gerechtigkeit ist ein unabdingbarer Bestandteil nachhaltiger Entwicklung. Dabei muß genau der Inhalt und die Zielrichtung dieser Wertkategorie hinterfragt werden. Gerechtigkeit bedeutet nicht Gleichheit. Im globalen Kontext gesehen, erwarten die Entwicklungsländer Gerechtigkeit im Sinne von fairen Entwicklungschancen ihrer eigenen Potentiale. Auf regionaler und lokaler Ebene geht es um benachteiligende Strukturen im Zusammenhang mit sozialer Ungleichheit, die - in Abhängigkeit vom jeweils zugrundegelegten Gerechtigkeitskonzept - ausgeglichen oder abgebaut werden sollen.

i) Es existiert kein spezifischer soziologischer Begriff für Nachhaltigkeit. Neben „sozialer Gerechtigkeit“ findet als ein adäquater Terminus in stadtregiomalem Kontext der Begriff der „Sozialverträglichkeit“ Anwendung. Mit ihm soll die soziale Dimension in ihren verschiedenen Erscheinungsformen beschrieben werden. Weiterhin wird der Begriff der „sozialen Kohäsion“ verwendet. Dieser betont im Rahmen von nachhaltiger Entwicklung die gesellschaftlichen Bindungskräfte. Er ist innerhalb des lokalen Agenda-Prozesses auf einer überschaubaren, nachvollziehbaren und praktikablen räumlichen Ebene zu operationalisieren.

Diese Begriffe stehen nicht nebeneinander, sondern sie überschneiden sich. Eine Entscheidung für die jeweilige Begriffsverwendung sollte inhaltlich begründet werden.

j) In den Nachhaltigkeitsdiskurs muß der Mensch selbst als natürliche Ressource eingebunden werden. Die Frage nach dem Umgang mit den menschlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten, Wissen, Kunst usw., nach den Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens, nach Bildungs- und Qualifikationszielen u. a. Merkmalen menschlicher Existenz für die weitere Lebensgestaltung ist bisher noch zu wenig thematisiert worden.

k) Der Beitrag der Soziologie hinsichtlich der Analyse und Bewertung sozialer Potentiale nachhaltiger Entwicklung muß in eine reflexive interdisziplinäre Forschung eingebunden werden, um die Interdependenzen der einzelnen Einflußfaktoren zu erfassen. Sowohl die Zusammenarbeit mit anderen Fachdisziplinen als auch eine Kooperation unter den Vertretern der verschiedenen Zweigdisziplinen der Soziologie ist erforderlich, um Versimplifizierungen von komplexen Zusammenhängen zu vermeiden.

Werden anwendungsorientierte Ergebnisse erwartet, dann ist eine Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen Akteuren und Entscheidungsträgern unerläßlich.

Überdimensionierten Anforderungen an Forschungsprojekte, die zugleich eine Grundlagenforschung und den Anwendungsbezug einschließlich Umsetzung in die Praxis

beinhalten, kann kaum entsprochen werden, was letztlich zu insgesamt unbefriedigenden Ergebnissen führen würde.

4. Ausblick

Folgende Erfahrungen der UFZ-Sommerschule '96 sollten für weitere Vorhaben dieser Art genutzt werden:

- eine präzise Themenformulierung, um die Diskussionsschwerpunkte zielführend zu setzen,
- die Teilnahme an der Sommerschule von einer Bewerbung (Exposé zur Forschungsarbeit), auf deren Basis eine Auswahl der Themen und eine Strukturierung erfolgen kann, abhängig machen,
- die Einladung von Nachwuchswissenschaftlern und deren gezielte Einbindung in längerfristige Forschungslinien,
- die Zusammenarbeit mit Stiftungen, um den organisatorischen Rahmen gut abzusichern und finanzielle Engpässe auszuschließen,
- die Ausrichtung der Moderation nach vorgegebenen Hauptfragen,
- die Kopplung der Arbeit im Plenum mit zwischenzeitlicher thematischer Gruppenarbeit,
- die Verbindung der theoretischen Diskussion mit konkreten Fallbeispielen,
- die Durchführung einer Exkursion der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und eines Forums mit der interessierten Öffentlichkeit,
- die intensive Nachbereitung der Sommerschule durch Auswertung der Diskussionsprotokolle in einem zusammenfassenden Text, der gemeinsam mit den schriftlichen Beiträgen möglichst bald nach Abschluß der Sommerschule publiziert wird.

Voraussichtlich wird die Abteilung Ökologische Ökonomie/Umweltsoziologie am UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH aufgrund der positiven Erfahrungen der ersten UFZ-Sommerschule '96 weitere veranstalten.

Die Publikation des Tagungsberichtes und der wissenschaftlichen Beiträge der UFZ-Sommerschule '96 wird noch 1996 in der Reihe „UFZ-Berichte“ erfolgen. Sie ist direkt über das UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, Permoserstr. 15, 04318 Leipzig zu beziehen.

Sigrun Kabisch (Hrsg.)

Umweltverhalten und Lebensqualität in urbanen Räumen

Tagungsbericht und wissenschaftliche Beiträge der UFZ-Sommerschule '96

Inhalt

| | |
|---|----|
| I. Konzept und Ergebnisse der UFZ-Sommerschule '96 | |
| 1. Organisatorischer Rahmen | 3 |
| 2. Inhaltliche Strukturierung | 5 |
| 3. Ergebnisse und Forschungsbedarf | 10 |
| 4. Ausblick | 13 |
| | |
| II. Beiträge | |
| 1. Konzept der Nachhaltigkeit und Lokale Agenda 21 | |
| Karl-Werner Brand Konzept der Nachhaltigkeit und Lokale Agenda 21. Einführung in die Thematik | 15 |
| Christian Frey „‘Sustainable Development’ ist nicht gleich Ökologisierung!“ Anmerkungen zur Komplexität einer nachhaltigen Entwicklung | 28 |
| Roland Söker Geld und die „Nachhaltigkeit“ lokaler Gemeinwesen | 38 |
| Irene Ring Ökonomische Instrumente zur Stimulierung nachhaltiger Stadt- und Regionalentwicklung | 46 |
| Peter Moser Der Runde Tisch CO ₂ -Reduktion in Osnabrück | 56 |
| Frank Semrau Die Lokale Agenda 21 in München. Ergebnisse einer Begleituntersuchung zu Organisation und Erfahrungen des Forums Zukunftsfähiges München (FZM) | 67 |
| Dietmar Bez Nachhaltige Entwicklung - Anspruch und Realität am Beispiel der Region Leipzig | 87 |
| | |
| 2. Planung nachhaltiger Stadtregionen | |
| Sigrun Kabisch Die Planung nachhaltiger Stadtregionen und der Beitrag stadtsoziologischer Forschung. Einführung in die Thematik | 97 |

| | |
|--|-----|
| Dietmar Röhl Stadtregion als Aktionsraum des Regierungspräsidiums Leipzig zur Förderung nachhaltiger Entwicklungsstrategien | 108 |
| Hans-Norbert Mayer Strategien einer ökologischen Stadtentwicklung aus soziologischer Sicht | 115 |
| Jürgen Breuste Stadtökologische Aspekte urbaner Nachhaltigkeit | 122 |
| Peter Böhm und Evelyn Wickop Regionalisierte Umweltqualitätsziele für Leipzig. Ein Werkstattbericht | 134 |
| Stephan Elkins Kulturelle Rationalität als Restriktion ökologischer Verkehrspolitik in den Kommunen: Überlegungen zu einer vernachlässigten Problemdimension | 144 |
| Walter Seherer Die interdisziplinäre Problemlage in der Umweltforschung am Beispiel der städtischen Mobilität | 156 |
| | |
| 3. Sozialverträglichkeit und Gerechtigkeit in Stadtregionen | |
| Jens S. Dangschat Sozialverträglichkeit und Gerechtigkeit in Stadtregionen. Einführung in die Thematik | 174 |
| Karoline Schubert Ökologische Lebensstile zwischen Anspruch und Wirklichkeit | 202 |
| Dieter Rink Ökologie und Lebensstile im urbanen Raum (Projektskizze) | 211 |
| Leonhard Kasek und Torsten Kell Umweltfreundliches Einkaufen | 223 |
| Meike Spitzner und Ute Beik Reproduktionsarbeitsmobilität. Ein an Geschlechtergerechtigkeit orientierter Forschungsansatz zu nachhaltiger Mobilität in Stadtregionen und Beitrag zur Entwicklung von Konzepten zur Nachhaltigkeit | 239 |
| Mark R. Nerlich Nachhaltige und sozialverträgliche Mobilität in urbanen Räumen | 253 |
| Ingo Kronenberg Vom OB zum WIE. Diskursive und kooperative Planungsprozesse in Verkehrsforen | 266 |
| | |
| III. Verzeichnis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer | 279 |



Handeln in der Innenstadt

■ Bremer Handelssymposium
veranstaltet durch das
Bremer Institut für angewandte Handelsforschung



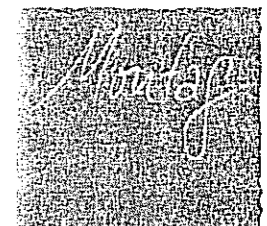
10. - 11.03.1997
Congress Centrum Bremen



Veranstaltungstermin Montag 10.03.1997

| Zeit | Referenten und Inhalte |
|-------------------------------------|---|
| ab 8.00 Uhr | Empfang und Kaffee, Registrierung und Ausgabe der Tagungsunterlagen |
| Plenum: 9.00 - 9.45 Uhr | Begrüßung und Einführung <ul style="list-style-type: none"> Prof. Dr. h.c. Ronald Mönch, Rektor der Hochschule Bremen Hartmut Perschau, Senator für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Europaangelegenheiten der Freien Hansestadt Bremen Hermann Krauß, Syndicus der Handelskammer Bremen Prof. Dr. Astrid Brunken, Bremer Institut für angewandte Handelsforschung |
| 9.45 - 11.00 Uhr | Thema: Die Innenstadt als Spiegelbild menschlicher Bedürfnisse und Werte Referent: Prof. Dr. Eugen Drewermann, Paderborn |
| 11.00 - 11.30 Uhr | Kaffeepause |
| 11.30 - 12.00 Uhr | Thema: Innenstadt und Einzelhandel - eine politische Herausforderung für das nächste Jahrtausend? Referent: N.N., Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau |
| 12.00 - 12.30 Uhr | Thema: Innenstadtvisionen zwischen Wagnis und Museum? Referent: Carl Fingerhuth, Basel |
| 12.30 - 14.00 Uhr | Mittagspause und Fachaussstellung |
| Workshops: | <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="width: 48%;"> <p>Workshop 1 „Planung und Innenstadt“ Chair: Detlef Schobeß, Leiter des Referates Stadtentwicklungsplanung und Stadtforschung beim Senator für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung der Freien Hansestadt Bremen</p> </div> <div style="width: 48%;"> <p>Workshop 2 „Einzelhandel und Innenstadt“ Chair: Bettina Schaper, Hans Hermann Schell, Bremer Institut für angewandte Handelsforschung</p> </div> </div> |
| 14.00 - 14.45 Uhr | Thema: Innenstadtplanung und Urbanität aus psychologischer Sicht Referent: Dr. Manfred Fischer, Trier |
| 14.45 - 15.30 Uhr | Thema: Ist die Innenstadt planbar? Neue Ansätze in der Stadtplanung - Wiener Modell Referent: Prof. Dr. Herbert Klima, Wien |
| 15.30 - 16.00 Uhr | Kaffeepause |
| Plenum: 16.00 - 16.30 Uhr | Resümee und Ausblick Referentin: Prof. Dr. Astrid Brunken, Bremen |
| 20.00 Uhr | Senatsempfang, Rathaus Bremen, Obere Rathaushalle |

HINWEIS: Sonntag 9.03.1997, ab 20 Uhr „Get together“ in der Handelskammer Bremen (Adresse siehe Rückseite)



Kongressveranstaltungstag

Dienstag 11.03.1997

| Zeit | Referenten und Inhalte | |
|--|--|---|
| Plenum: 9.00 – 9.15 Uhr | Begrüßung und Einführung - Prof. Dr. Astrid Brunken, Bremer Institut für angewandte Handelsforschung | |
| 9.15 – 10.00 Uhr | Thema: Standort Innenstadt: Welche Unternehmer und Unternehmungen werden gebraucht? Referent: Hartmut Bulwien, München | |
| 10.00 – 10.30 Uhr | Kaffeepause | |
| Workshops: | Workshop 3 „Innovation und Einzelhandel“ Chair: Prof. Dr. Astrid Brunken, Bremer Institut für angewandte Handelsforschung | Workshop 4 „Architektur und Einzelhandel“ Chair: Wilfried Turk, Präsident der Architektenkammer der Freien Hansestadt Bremen |
| 10.30 – 11.15 Uhr | Thema: Innovativer Einzelhandel – Leitbildfunktion für die Innenstadt Referentin: Josephine Siegrist, Rüsclikon | Thema: Handelsarchitektur im Spannungsfeld zwischen gestalterischer Freiheit, Stadtidentität und Corporate Identity-Konzept Referent: Carl Fingerhuth, Basel |
| 11.15 – 12.00 Uhr | Thema: Innovative Einzelhändler und Einzelhandelskonzepte in der Praxis Referenten: Koerber Wohnen, Nils Koerber, Bremen Ingo Löbert, Werbeagentur im Brasilhaus No. 8, Bremen | Thema: Passagen und Galerien – Erfolgskonzept für den Einzelhandel oder Einbahnstraße für die Innenstadt? Referent: Andreas Feldtkeller, Tübingen |
| 12.00 – 13.30 Uhr | Mittagspause und Fachausstellung | |
| Podiumsdiskussion: 13.30 – 15.00 Uhr | Thema: Handeln in der Innenstadt – nur ein Lippenbekenntnis? Moderation: Hermann Krauß, Syndicus der Handelskammer Bremen | |

Anmeldung

Kongreßbüro

Dr. W. Meyer-Meisner
Meyer & Partner
Bismarckstr. 34
28203 Bremen



Kongreß-Ankündigung

CITIES IN TRANSITION (Preliminary Program)

Conference sponsored by ISA-RC 21
Humboldt-University Berlin, 20-22 July 1997

Offers of (additional) papers should be sent to the panel-organizers.

Opening Session (Sunday, 20 July, 5 p.m.):

John Logan, Russell Sage Foundation: Introduction
Claus Offe, Berlin: Transformations of Post-communist Societies
H. Häußermann et al., Berlin: Berlin - 'Two Cities' in Transformation

Sessions on Monday and Tuesday (two sessions parallel):

1. Cities in Transition: Policies for Economic Competitiveness and Social Cohesion.
(organized by Nick Buck / Michael Harloe, Essex)

e-mail: nhb@essex.ac.uk, or: michh@essex.ac.uk

2. Neighbourhood Change in the Deregulated City
(organized by Ray Forrest, Tricia Kennett, University of Bristol)

e-mail: P.Kennett@bristol.ac.uk

3. Cities in Transition: East-Central European Case-Studies (2 slots)
(organized by Lúdek Sýkora, Praha / Zoltán Kóvacs, Budapest)

e-mail: h3971koc@ella.hu, or: sykora@mail.natur.cuni.cz

4. Income Inequality in Big Cities
(organized by Chris Hamnett, King's College, London)

e-mail: C.HAMNETT@kcl.ac.uk

5. The Politics of Urban Economic Development
(organized by Kuniko Fujita)

e-mail: 23199MGR@msu.edu

6. New York as a Global City, Then and Now.
(organized by John Logan)

Participants: Norman Fainstein, Lily Hoffman, John Logan, and Peter Marcuse "Space over time: continuity and change in ethnic urban patterns."

e-mail: JLOGAN@rsage.org

7. New Geographies of Urban Governance: Global Cities and Territorial States in the late 20th Century (2 slots)

organized by Margit Mayer (Berlin) and Roger Keil (Toronto), Neil Brenner (Department of Political Science, University of Chicago)

Peter J. Taylor (Loughborough/UK); Kevin Cox (Ohio State/USA); Graham Todd (York/Canada); Christian Schmid (Zuerich/Switzerland); Andrew Kirby (Phoenix/USA); Neil Brenner (Chicago/USA)

e-mail: RKEIL@Orion.YorkU.CA;

8. Social Activism and World City Formation in North America and Western Europe
(organized by Margit Mayer, Berlin)

Stefan Kipfer, Between Neo-Liberalism and Neo-Populism: Facing the Dilemmas of Progressive Urban Politics in Toronto; Roger Keil, Better Natures - Better Cities? Urban Environmental Activism in Toronto und Los Angeles; Christian Schmid, Global City Formation and Urban Social Movements in Zurich; Margit Mayer, Distinctive Patterns and Roles of Social Movements in the Global City of the 1990s; Discussant: Roland Roth

e-mail: mayer@zedat.fu-berlin.de

9. The Built Environment in Urban Transition

(organized by Ute Angelika Lehrer)

Robert A. Beauregard (New York); Heinz-Juergen Bremm (Dortmund); Anne Haila (Helsinki); Anthony King (Binghamton); Ute Angelika Lehrer (Los Angeles); Chair: Walter Prigge (Dessau)

e-mail: lehrer@ucla.edu

10. Migrants and Cities

(organized by Felicitas Hillmann, Berlin)

e-mail: felix@medea.wz-berlin.de

11. The Role of Urban Informal Economy in Post-Communist Transition

(organized by Endre Sik, Budapest)

e-mail: sik@tarki.hu

On Sunday, 20 July, a tour in Berlin will be offered (11 a.m. to 4. p.m.).

Registrations for participation to the local organizer: H. Haeussermann

(e-mail: rc21hub@sowi.hu-berlin.de)

The final program, including a hotel-list (with reservations), will be sent out on demand.

III. Literaturhinweise

Walter Prigge

**Urbanität und Intellektualität
im 20. Jahrhundert**

Wien 1900, Frankfurt 1930, Paris 1960

Urbanität durch Zerstreuung 7

Auf-Bruch. Wien um 1900:
Die philosophierenden Fußgänger 19

Kulturelle Modernität 24
Zur Diskursivierung des Raumes 35
Urbanität 41

Durchdringung. Frankfurt um 1930:
Die kritischen Sozialforscher 47

Frankfurter Fordismus 60
Raum-Zeit-Bilder 103
Urbane Soziologie 132

Zerstreuung. Paris um 1960:
Die Epistemologen des städtischen Alltags 139

Geschichte und Struktur 146
Zur Epistemologie des Raumes 156
„... daß das Städtische zur Episteme
der Zeit wird“ 168

Literatur 176

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Gothard Fuchs, Bernhard Moltmann, Walter Prigge,
Dieter Rexroth (Hg.)

Frankfurter Aufklärung

Politische Kulturen einer Stadt

Modernität

Aufgeschobene Reform und Stadtpolitik

Blockierte Kommunalpolitik
Claus-Jürgen Göpfert

Frankfurter Großstadtpolitik: Reformmehrheit, aber keine
politische Mehrheit
Frank Herterich

Reformlücken. Zur politischen Kultur in Frankfurt 1976-96
Walter Prigge

Rot-Grün. Versuch einer Zwischenbilanz
Peter Bartelheimer

Weltstadt und Quartier. Zur Transformation des sozialen Raumes ..
Klaus Ronneberger

Das Sossenheim-Syndrom. Politische Kultur, Planung und
städtische Peripherie
Wilfried Körner

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Liberalität

Gefährdete Demokratie und Gesellschaftspolitik

Liberalität, Mehrheiten, Minderheiten. Soziologische Thesen
Karl Otto Hondrich

Von der »Zivil-« zur »Bürgergesellschaft«. Etappen eines
anscheinend unaufhaltsamen Abstiegs
Joachim Hirsch

Zur Unverzichtbarkeit der liberalen Demokratie
Micha Brumlik

Liberalität und Wissenschaft
Ludwig von Friedeburg

Gefährliches Denken und die Zeit des Vergessens
Hauke Brunkhorst

Urbanität

Intellektuelle Milieus und Kulturpolitik

»Adorno hatte recht, die Welt ist wirklich schlecht.«
Aufklärung im Jahrhundert der Gegenklärung
Heinz Steinert

Mythos Frankfurter Schule?
Kritische Theorie zwischen Lokalität und Universalität
Alex Demirović

Theorie-defizite und Kulturverwaltung
Publikum und Mitarbeiter bei der »Kultur für Alle«
Dieter Kramer

Zur »legitimen Kultur« in der Feuilletonkritik
Bernd Wagner

»Frankfurter Aufklärung«
Anmerkungen zur Kulturgeschichte einer Stadt
Andreas Hansert

STADT- ENTWICKLUNG

Herausgegeben von
Martin Wenz

ASPEKTE VON PLANUNG

Martin Wenz
Strategien und Rahmenbedingungen von
Stadtenwicklung
Seite 12

Klaus Selle
An der Entwicklung der Stadt mitwirken
Seite 21

Walter Prigge
Urbanität als Stadtentwicklungsmodell
Seite 32

Werner Heinz
Stadtentwicklungsplanung
Seite 38

STADT- ENTWICKLUNGEN

Dieter Hoffmann-Axthehn
Planung, Investment, Politik: Kassel
Seite 48

Thomas Sieverts/Roland Wick
Von der alten Stadt zur Stadt-Region:
Stuttgart
Seite 63

Hartmut Häubermann
Stadtentwicklung im Labor: Berlin-Mitte
Seite 76

Dieter Krcin
Vorstädte in der metropolitanen Region:
London, Paris, Berlin
Seite 90

Len de Klerk
Stadtentwicklung durch Regionalisierung:
Rotterdam
Seite 106

Max van den Berg/Maurits Schaafsma
Planung zwischen Regierungen, Unterneh-
mern und Bürgern: Amsterdam-Schiphol
Seite 114

Sebastian Müller
Raum-Zeit-Maschinen der Metropolen:
Airports in Lyon, Barcelona, Madrid
Seite 122

Wolfgang Kunz
Stadtentwicklung Ost: Leipzig
Seite 131

FRANKFURT
AM MAIN



| | |
|---|-----------|
| Martin Wentz Stadtentwicklungsplanung für Frankfurt am Main | Seite 140 |
| Planungswerkstatt Ein Bericht zur Entwicklungsplanung | Seite 149 |
| Dierk Hausmann Entwicklung durch Gewerbebau | Seite 160 |
| Martin Hunscher Entwicklung durch Wohnungsbau | Seite 190 |
| Klaus Janz Verkehrsentwicklung | Seite 204 |
| Manuel Cuadra In der amerikanischen Tradition der Moderne: Investoren und Architektur | Seite 212 |
| Wolfgang Bick Die deutsche Einwanderungsstadt | Seite 221 |
| Peter Lieser GrünGürtel: Neue Strategie oder letztes Gefecht für Natur in der Stadt? | Seite 232 |
| Autoren | Seite 239 |

CAMPUS

SPESSART

Bilanz einer Kulturlandschaft

VORWORT 6

EINLEITUNG 8

SPESSART-PROJEKT 9

Erklärung 10

Eröffnung des Kongresses 11

Szenarien zum Spessart 29

Thesen der Arbeitskreise

NATUR UND LANDSCHAFT

Arbeitskreis Wissenschaftliche Landeskunde

WIRTSCHAFTSSTANDORT

Arbeitskreis Wirtschaftsstandort

Arbeitskreis Touristik

KULTURGESCHICHTE

Arbeitskreis Kulturgeschichte

Arbeitskreis Archäologie

Arbeitskreis Spessart-Dorf

SOZIALE KULTUREN

Arbeitskreis Kulturarbeit

Arbeitskreis Soziales

ANHANG

Verlag Orbensien Bad Orb
ISBN 3-927176-06-0

Stadtentwicklung in Ostdeutschland

Soziale und räumliche Tendenzen

Westdeutscher Verlag

| | |
|---|-----|
| <i>Hartvig Dieser</i> Resitution: Wie funktioniert sie und was bewirkt sie? | 129 |
| <i>Annette Harth/Ulfert Herlyn</i> „... und dann geht's doch 'n bißchen auseinander“ Zum Wandel städtischer Wohnumfeld in den neuen Bundesländern | 139 |
| <i>Christine Weiske</i> Die langen Wellen und die kurzen Momente – Dimensionen der sozialen Zeit und des sozialen Raums in der Stadtentwicklung Erfurts | 163 |
| <i>Ute Lenssen</i> Wieder die gleichen Fehler? Verkehrssituation und -planung in ostdeutschen Städten | 189 |
| <i>Thomas Krämer-Badon/Elke Wiegand</i> Bürgerinitiativen nach der Wende. Zur Entstehung von Stadtteil- und Bürgerinitiativen in der Stadt Leipzig seit 1989 | 205 |
| <i>Thomas Olk/Doris Rentzsch</i> Kommunale Armutspolitik in Ostdeutschland – Armutslagen und Strategien ihrer Bekämpfung in ausgewählten Kommunen im Land Sachsen-Anhalt | 219 |
| <i>Joachim Frick/Herbert Lahmann</i> Verbesserung der Wohnqualität und Entwicklung der Mieten in den neuen Bundesländern seit der Vereinigung | 249 |
| <i>Marta Doehler/Dieter Rink</i> Stadtentwicklung in Leipzig: zwischen Verfall und Deindustrialisierung, Sanierung und tertiären Großprojekten | 263 |
| <i>Hartmut Usbeck</i> Verlieren die Kernstädte? Konkurrenz zwischen Stadt und Umland bei der Gewerbeentwicklung am Beispiel Leipzig | 287 |
| <i>Werner Rietdorf</i> Probleme der Transformation städtischen Lebens und Wohnens in kleinen und mittleren Städten der neuen Bundesländer | 305 |
| <i>Die Autoren</i> | 325 |

Inhalt

| | |
|---|-----|
| <i>Hartmut Häußermann</i> Von der Stadt im Sozialismus zur Stadt im Kapitalismus | 5 |
| <i>Rainer Neef/Uta Schäfer</i> Zusammenleben und Auseinanderleben. Veränderungen sozialer Lagen und Beziehungen in Ostdeutschland | 49 |
| <i>Christine Hännemann</i> Entdifferenzierung als Hypothek – Differenzierung als Aufgabe: Zur Entwicklung der ostdeutschen Großsiedlungen | 87 |
| <i>Renate Borst</i> Volkswohnungsbestand in Spekulantenthand? Zu den möglichen Folgen der Privatisierung von ehemals volkseigenen Wohnungen in den neuen Bundesländern | 107 |

Arbeiten zur sozialwissenschaftlich orientierten Freiraumplanung

herausgegeben von Prof. Dr. Gert Gröning (Hochschule der Künste Berlin) und Prof. Dr. Ulfert Herlyn (Universität Hannover)

Gert Gröning; Ulfert Herlyn (Hrsg.)

Landschaftswahrnehmung und Landschaftserfahrung

Der vorliegende Sammelband soll dazu beitragen, die gesellschaftlichen und individuellen Voraussetzungen zu klären, die notwendig sind, um Natur in Landschaft zu verwandeln. Landschaft ist keine naturgesetzliche Kategorie, sondern ist historisch wandelbar je nach dem Standpunkt, den das betrachtende Subjekt einnimmt und somit eine sozio-kulturelle Kategorie.

In den Beiträgen von Philosophen und Sozialwissenschaftlern (Ritter, Freyer, Simmel, Riehl, Hellpach, Bahrdt, Burckhardt, Schelsky, Krysmanski, Wormbs) werden aus verschiedenen wissenschafts-theoretischen Ansätzen und gesellschaftspolitischen Positionen die Bedingungen diskutiert, die Landschaftserlebnisse fördern bzw. sie behindern.

Es sind in diesem Band vor allem verstreut publizierte und z.T. schwer erreichbare Arbeiten aufgenommen. Da bei dem Prozeß der Landschaftserlebnisse die Landschaftsmalerei eine besondere Rolle spielt, unterstützen ausgewählte Bilder die textlichen Aussagen. Sie sollen den Leser zum weiteren Nachdenken anregen.

Bd. 10, Herbst 1996, 174 S.,

br., ISBN 3-8258-2682-1

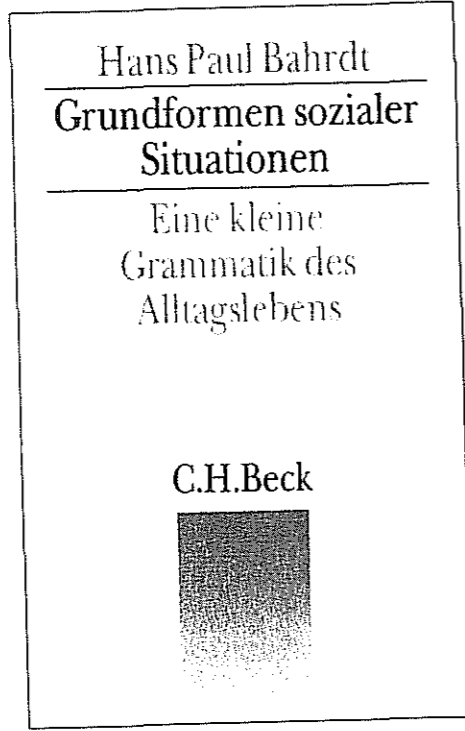
Aus dem Inhalt:

| | Seite |
|--|-------|
| Gert Gröning, Ulfert Herlyn Zum Landschaftsverständnis im ausgehenden 20. Jahrhundert | 7 |
| Joachim Ritter Landschaft. Zur Funktion des Ästhetischen in der modernen Gesellschaft (1978) | 28 |
| Hans Freyer Landschaft und Geschichte (1966) | 69 |
| Georg Simmel Philosophie der Landschaft (1913) | 91 |
| Willy Hellpach Landschaft und Seele (1950) | 106 |
| Wilhelm Heinrich Riehl Das landschaftliche Auge (1850) | 144 |
| Hans Paul Bahrdt "Natur" und Landschaft als kulturspezifische Deutungsmuster für Teile unserer Außenwelt (1974) | 163 |
| Lucius Burckhardt Landschaftsentwicklung und Gesellschaftsstruktur (1977) | 193 |
| Helmut Schelsky Freizeit und Landschaft (1970) | 206 |
| Renate Krysmanski Die Nützlichkeit der Landschaft (1971) | 223 |
| Brigitte Wormbs Über den Umgang mit Natur (1976) | 243 |
| Quellenverzeichnis | 258 |
| Die Herausgeber und Autoren der Beiträge | 260 |
| Verzeichnis der Abbildungen | 266 |

Es ist Ziel dieses Buches, mit dem Instrumentarium der Phänomenologie eine Reihe von typischen Gegebenheiten sozialer Situationen zu untersuchen. Es erweist sich, daß sie mit dieser Methode besser verstanden werden können, als dies mit einer unreflektierten Weise des »Sich-Einfühlens« möglich wäre. Nach einer ausführlichen theoretischen Einleitung geht es zunächst darum, allgemeine Strukturen menschlicher Situationen aufzuweisen. Im Vordergrund stehen hier zum Beispiel Fragen der zeitlichen Struktur der Situation, der Verknüpfung von Situationen untereinander, der sogenannten »unmittelbaren« Wahrnehmung und schließlich der symbolisch – zum Beispiel sprachlich – vermittelten Situationsgegebenheiten. Ein zweiter Abschnitt befaßt sich mit der Sozialität von Situationen. Welche Situationen sind »sozial« und nicht nur »sozial bedingt«? Welche »sozialen Leistungen« sind erforderlich, wenn aus dem Tun zweier Menschen eine »Interaktion« werden soll? Danach wird auf situationsübergreifende Verhaltensdeterminanten eingegangen, die für das Alltagshandeln konstitutiv sind und Erwartungen eines bestimmten Verhaltens ermöglichen, also zum Beispiel auf Wertvorstellungen, Normen, Bräuche und Rollen. Das Ziel ist hier nicht, eine Theorie der Normen oder eine neue Rollentheorie vorzulegen. Vielmehr kommt es darauf an, in welcher Weise Wertvorstellungen, Normen, Rollenvorschriften und dergleichen in die Definition von Situationen eingehen, wie sie sich miteinander verflechten, oder auch, wie sie in Gewohnheiten übergehen, die nicht mehr reflektiert werden.

Der letzte Teil des Buches widmet sich dem Problem »Identität«. Es gilt, darin zu zeigen, wie das Subjekt ständig, auch in alltäglichen Situationen, dazu gezwungen ist, sich als Person mit sich selbst zu identifizieren, beziehungsweise beiläufig sich selbst so etwas wie Identität zuzuschreiben. Identität ist ein vielschichtig verlaufender kontinuierlicher Prozeß, der nur manchmal – gewissermaßen als Spitze eines Eisbergs – dramatische Krisen, Augenblicke der »Selbstverwirklichung«

Vom Autor des
Standardwerkes
»Schlüsselbegriffe der
Soziologie«



Hans Paul Bahrtdt
Grundformen sozialer Situationen
Eine kleine Grammatik des Alltagslebens
Herausgegeben von Ulfert Herlyn
1996. Etwa 240 Seiten.
ISBN 3-406-41176-2
Erscheint Anfang Oktober

Das Interesse an einer phänomenologischen Betrachtungsweise sozialer Gegenstände ist in neuerer Zeit stetig gewachsen. Der 1994 verstorbene Soziologe Hans Paul Bahrtdt entwickelt in diesem nachgelassenen Text eine phänomenologische Situationstheorie, die zu einem besseren Verständnis unseres Alltagshandelns beiträgt. Wie es die Leser der Werke von Hans Paul Bahrtdt gewohnt sind, argumentiert der Autor auch in diesem Buch luzide, voller Humor und ohne jeden soziologischen Jargon.



oder auch nur der »Selbstbespiegelung« hervortreibt.
Das Buch ist ein nachgelassener Text des im Jahre 1994 verstorbenen Soziologen Hans Paul Bahrtdt. Sein Standardwerk »Schlüsselbegriffe der Soziologie« (1984) ist in sechster Auflage in der Reihe C.H. Beck Studium lieferbar.

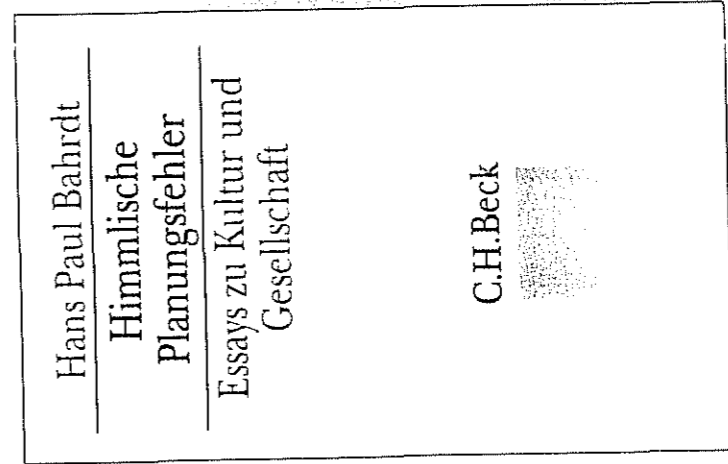
Der Herausgeber
Ulfert Herlyn ist Professor für Soziologie an der Universität Hannover.

Inhalt

| | |
|---|-----|
| Vorwort | 7 |
| Einleitung von U. Herlyn | 9 |
| Über sich selbst | |
| I. Selbst-Darstellung. Autobiographisches | 21 |
| Zu Geschichte und Kultur | |
| II. Himmliche Planungsfehler. Gedanken zu einer Evolutionstheorie, die als Wissenschaft nicht wird auftreten können | 57 |
| III. Christentum und Gentilstrukturen. Eine kultursoziologische Betrachtung | 91 |
| IV. Gesellschaftliche Voraussetzungen von Judenfeindschaft und Antisemitismus in Deutschland | 135 |
| V. Die Vergangenheit in der Gegenwart | 150 |
| Zu Öffentlichkeit in der Stadt | |
| VI. Soziologische Überlegungen zum Begriff der »Distanz« | 179 |
| VII. Öffentlichkeit und Privatheit. Überlegungen zu ihrer Kommunikations- und Interaktionsstruktur | 195 |
| VIII. Die neuen Medien und die lokale Öffentlichkeit | 217 |
| Zu Arbeit und Bildung | |
| IX. Entmythologisierung der Arbeit | 232 |
| X. Literarische Bildung und technische Intelligenz | 247 |
| Märchenhaftes | |
| XI. Der Kaiser, der Gelehrte und das Buch mit den richtigen Wörtern | 262 |
| XII. Der Himmelsdietch | 273 |

Bibliographischer Nachweis 283
Chronologisches Verzeichnis der Veröffentlichungen von Hans Paul Bahrtdt (zusammengestellt von Brigitte Bahrtdt) 284

»Planungsfehler«
im Himmel
wie auf Erden



Hans Paul Bahrtdt
Himmliche Planungsfehler
Essays zu Kultur und Gesellschaft
Herausgegeben von Ulfert Herlyn
1996. Etwa 210 Seiten.
ISBN 3-406-41175-4
Erscheint Anfang Oktober

Wendelin Strubelt, Joachim Genosko, Hans Bertram,
Jürgen Friedrichs, Paul Gans, Hartmut Häußermann,
Ulfert Herlyn, Heinz Sahner

Städte und Regionen – Räumliche Folgen des Transformationsprozesses

unter Mitarbeit von
Annette Becker, Annette Harth, Andreas Kapphan,
Thomas Ott und Uta Schäfer

Leske + Budrich, Opladen 1996

Inhalt

| | |
|---|------------|
| Editorial..... | XIII |
| Vorwort..... | 1 |
| Regionalentwicklung..... | 9 |
| I Regionale Disparitäten zwischen Wandel und Persistenz..... | 11 |
| <i>(Wendelin Strubelt)</i> | |
| 1. Vorbemerkung..... | 11 |
| 2. Die räumliche Entwicklung der DDR bis 1989..... | 15 |
| 3. 1989 – Die DDR zum Zeitpunkt der Wende..... | 31 |
| 4. Entwicklung der fünf neuen Länder nach der deutschen Einheit: Bestandsaufnahme und künftige Perspektiven..... | 40 |
| 5. Ein Blick zu den östlichen Nachbarn – zurück und nach vorne ... | 63 |
| 6. Schlußbemerkung..... | 104 |
| II Regionale Differenzierung der Wirtschaftsstrukturen..... | 111 |
| <i>(Joachim Genosko)</i> | |
| 1. Einführung..... | 111 |
| 2. Zur Empirie der regionalen Differenzierung..... | 113 |
| 2.1 Vorbemerkungen..... | 113 |
| 2.2 Die Infrastrukturausstattung..... | 114 |
| 2.3 Die Lage auf den regionalen Arbeitsmärkten als Divergenzindikator..... | 116 |
| 2.3.1 Regionale Unterschiede in der Arbeitslosigkeit..... | 116 |
| 2.3.2 Die regionale Beschäftigungsentwicklung..... | 119 |

| | |
|--------------------|--|
| VI | Inhalt |
| 2.4 | Die wirtschaftsstrukturelle Komponente der regionalen Divergenz..... 122 |
| 2.5 | Anmerkungen zum Betriebsgründungs-geschehen..... 125 |
| 2.6 | Zur Demographie als Merkmal regionaler Disparitäten – ein Exkurs..... 129 |
| 2.7 | Eine Zusammenfassung der Empirie regionaler Disparitäten..... 131 |
| 3. | Zur zukünftigen Entwicklung der regionalen Differenzierung..... 134 |
| 3.1 | Der Ansatz zirkulärer und kumulativer Verursachung..... 135 |
| 3.2 | Der Wachstumspol-Ansatz..... 136 |
| 3.3 | Zur Exportbasistheorie..... 137 |
| 3.4 | Einige Bemerkungen zum „innovativen Milieu“..... 138 |
| 3.5 | Ein Resümee..... 139 |
| 4. | Schlußbemerkungen..... 140 |
| III | Demographische Entwicklung seit 1980..... 143 |
| <i>(Paul Gans)</i> | |
| 1. | Einleitung..... 143 |
| 2. | Bevölkerungsentwicklung in Deutschland..... 144 |
| 2.1 | Bevölkerungsentwicklung in den neuen und alten Ländern..... 144 |
| 2.2 | Regionale Differenzierung der Bevölkerungsentwicklung in den neuen und alten Ländern..... 148 |
| 3. | Altersstrukturelle Veränderungen in Deutschland..... 151 |
| 3.1 | Altersstrukturelle Unterschiede in den neuen und alten Ländern.. 151 |
| 3.2 | Regionale Differenzierung und Veränderung der Altersstruktur.. 154 |
| 4. | Die natürliche Bevölkerungsentwicklung in Deutschland..... 157 |
| 4.1 | Veränderung der Geburtenhäufigkeit in den neuen und alten Ländern..... 157 |
| 4.2 | Regionale Unterschiede in der Fertilitätsentwicklung..... 163 |
| 4.3 | Veränderungen der Mortalität in den neuen Ländern..... 168 |
| 4.4 | Regionale Unterschiede in der Mortalität..... 170 |
| 5. | Wanderungsbewegungen..... 174 |
| 5.1 | Internationale Migrationen..... 174 |
| 5.2 | Interregionale Migrationen, insbesondere zwischen neuen und alten Ländern..... 176 |
| 6. | Zukünftige Bevölkerungsentwicklung in den neuen Ländern..... 180 |

| | |
|--|--|
| Inhalt | VII |
| IV Familienentwicklung und Haushaltsstrukturen..... | 183 |
| <i>(Hans Bertram)</i> | |
| 1. | Familie und Familienentwicklung in regionaler Perspektive..... 183 |
| 2. | Die regionale Differenzierung familiärer Lebensformen..... 185 |
| 3. | Heirat, Familiengründung und Bevölkerungsentwicklung: Historische und politische Effekte..... 189 |
| 4. | Familiäre Lebensformen: Regionale Tradition und Wandel im Lebensverlauf..... 193 |
| 5. | Soziale Beziehungen in regionaler Perspektive..... 203 |
| 6. | Schluß..... 213 |
| V Wandel der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum..... | 217 |
| <i>(Andreas Kapphan)</i> | |
| 1. | Problemstellung und Vorgehensweise..... 217 |
| 2. | Wirtschafts- und Sozialstruktur der ländlichen Gebiete in der DDR..... 219 |
| 2.1 | Die Bedeutung der ländlichen Gebiete in der DDR..... 219 |
| 2.2 | Die Entwicklung der Agrarstruktur in der DDR..... 220 |
| 2.3 | Soziale und räumliche Differenzierung in der DDR..... 221 |
| 3. | Die Transformation der Landwirtschaft nach 1989..... 225 |
| 3.1 | Die Struktur der Landwirtschaft..... 225 |
| 3.2 | Die Privatisierung der LPG..... 227 |
| 3.3 | Die Privatisierung der volkseigenen Flächen und der VEG..... 230 |
| 4. | Arbeitsplatzabbau in den ländlichen Gebieten..... 232 |
| 4.1 | Sektorale Schwerpunkte des Arbeitsplatzabbaus..... 233 |
| 4.2 | Soziale Differenzierung und Problemgruppen des Arbeitsmarktes..... 234 |
| 4.3 | Regionale Schwerpunkte des Arbeitsplatzabbaus..... 236 |
| 5. | Bevölkerungsentwicklung der ländlichen Räume..... 238 |
| 6. | Pendelmigration..... 241 |
| 7. | Einkommen..... 242 |
| 8. | Wohneigentum..... 244 |
| 9. | Entwicklung der Infrastruktur..... 245 |
| 10. | Gewerbeentwicklung in den ländlichen Gebieten..... 246 |
| 11. | Die strukturelle Förderung der ländlichen Gebiete..... 247 |

| | | | |
|-----------------------|---|--------|--|
| VIII | | Inhalt | |
| 12. | Fazit | 250 | |
| 13. | Zusammenfassung..... | 252 | |
| Stadtentwicklung..... | | 255 | |
| VI | Soziale Differenzierung und soziale Segregation..... | 257 | |
| | <i>(Ulfert Herlyn/Annette Harth)</i> | | |
| Einleitung | 257 | | |
| 1. | Zum theoretischen Rahmen | 258 | |
| 2. | Zum Ausmaß sozialer Segregation in der DDR..... | 261 | |
| 3. | Zur Differenzierung der Sozialstruktur und der Wohnbedingungen | 264 | |
| 4. | Mobilitäts- und Segregationsprozesse in ostdeutschen Städten | 270 | |
| 5. | Segregation aus der Sicht der Betroffenen..... | 276 | |
| | a) Zu den Wohnverhältnissen | 277 | |
| | b) Zu den segregationsrelevanten Erwartungen..... | 278 | |
| 6. | Segregation: Potentiale und Perspektiven..... | 283 | |
| VII | Die Transformation des Wohnungswesens | 289 | |
| | <i>(Hartmut Häußermann)</i> | | |
| 1. | Von der staatlichen zu einer marktwirtschaftlichen Wohnungsversorgung | 289 | |
| 2. | Die Restitution von Privateigentum | 291 | |
| 2.1 | Rechtliche Regelungen des Vermögensgesetzes..... | 292 | |
| 2.2 | Vorrang von Investitionen | 295 | |
| 2.3 | Das Verfahren | 295 | |
| 2.4 | Die Verfügungssperre | 296 | |
| 2.5 | Grundstücksverkehrsgenehmigung | 297 | |
| 2.6 | Praktikabilität und Effizienz | 298 | |
| 2.7 | Umfang und Stand der Restitution..... | 299 | |
| 2.8 | Neue Eigentümerstruktur | 302 | |
| | a) Folgen für die Stadtentwicklung..... | 302 | |
| | b) Folgen für die Mieter von Wohnungen | 303 | |
| 2.9 | Wirkungen der Restitution für die Stadtentwicklung..... | 304 | |
| 3. | Die Großsiedlungen | 307 | |

| | | | |
|-----|--|-----|----|
| | Inhalt | | IX |
| 4. | Privatisierung von ‚Volkseigentum‘ | 310 | |
| 4.1 | Das ‚Altschuldenhilfegesetz‘ | 310 | |
| 4.2 | Stand der Privatisierung | 312 | |
| 4.3 | Verkaufserlöse | 315 | |
| 4.4 | Kaufpotential | 315 | |
| 4.5 | Verkauf an Zwischenerwerber | 317 | |
| 4.6 | Auswirkungen auf die Wohnungsversorgung..... | 319 | |
| 4.7 | Stadräumliche Auswirkungen..... | 320 | |
| 5. | Vermögenstransfer in den Westen | 321 | |
| 6. | Wohnungsversorgung in den neuen Bundesländern..... | 323 | |

VIII Veränderungen in der wohnungsnahen Infrastruktur

(Uta Schäfer)

| | | |
|-------|---|-----|
| 1. | Einführung | 327 |
| 2. | Infrastruktureinrichtungen in der DDR..... | 329 |
| 2.1 | Betriebliche Infrastruktur..... | 329 |
| 2.2 | Kommunale Infrastruktur..... | 331 |
| 2.3 | Räumliche Verteilung von Infrastruktureinrichtungen | 332 |
| 2.3.1 | Innerstädtische Altbaugebiete..... | 334 |
| 2.3.2 | Neubaugebiete | 335 |
| 3. | Die Transformation von Infrastruktureinrichtungen..... | 336 |
| 4. | Folgen der Transformation auf die Infrastrukturausstattung in verschiedenen Wohngebietstypen..... | 340 |
| 4.1 | Innerstädtische Altbaugebiete | 342 |
| 4.2 | Neubaugebiete am Stadtrand | 343 |
| 5. | Beispiel Halle..... | 344 |
| 5.1 | Ausstattung der Untersuchungsbereiche | 344 |
| 5.2 | Nutzung und Bewertung durch die Bewohner | 349 |
| 6. | Resümee..... | 353 |

IX Die Entwicklung der Innenstädte: Chemnitz, Erfurt und Leipzig

(Jürgen Friedrichs)

| | | |
|------------------|--|-----|
| Einleitung | 357 | |
| 1. | Die Situation ostdeutscher Innenstädte | 359 |
| 2. | Drei Beispiele: Chemnitz, Erfurt und Leipzig | 363 |

| | | | |
|--------------|--|--------|--|
| X | | Inhalt | |
| 2.1 | Die empirische Untersuchung | 366 | |
| 2.2 | Strukturdaten zu drei Innenstädten | 368 | |
| 2.3 | Die räumliche Struktur der Innenstädte | 370 | |
| | Innenstadt von Chemnitz | 370 | |
| | Innenstadt von Erfurt | 373 | |
| 2.4 | Einzelhandelsbesatz in den Innenstädten | 376 | |
| 2.5 | Die Innenstädte im Urteil der Bewohner | 379 | |
| 2.6 | Subzentren und Einkaufszentren..... | 382 | |
| 2.7 | Erreichbarkeit und Häufigkeit des Zentrenbesuchs | 386 | |
| 2.8 | Aktivitäten in den Zentren | 390 | |
| 2.9 | Gewünschte Aktivitäten | 394 | |
| 2.10 | Erklärungen des Innenstadtbetriebs | 402 | |
| 3. | Zusammenfassung und Folgerungen | 402 | |
| Anhang | 406 | | |

X Die lokale Dimension der Raumstruktur und ihre Dynamik – Das Beispiel Erfurt.....

(Paul Gans/Thomas Ott)

| | | |
|-------|--|-----|
| 1. | Einführung | 409 |
| 2. | Allgemeine Tendenzen des Flächennutzungswandels | 412 |
| 3. | Veränderungen der Flächennutzung am Beispiel der Stadtregion Erfurt | 419 |
| 3.1 | Das Stadtzentrum | 419 |
| 3.2 | Altbaugebiete | 424 |
| 3.3 | Großsiedlung Rieth | 428 |
| 3.4 | Wandel der Flächennutzung im Umland | 433 |
| 3.4.1 | Landwirtschaftliche Brachen und Umnutzung landwirtschaftlicher Objekte | 434 |
| 3.4.2 | Gewerbe- und Bürosiedlungen..... | 436 |
| 3.4.3 | Wohnungsbau | 439 |
| 3.4.4 | Fallbeispiele: Waltersleben und Alach..... | 442 |
| 4. | Zusammenfassung und Ausblick | 444 |

XI Städte im Umbruch.....

(Heinz Sahner)

| | | |
|-----|--|-----|
| 1. | Die Stadt im ‚Sozialismus‘ | 447 |
| 1.1 | Leitbilder und Bedingungen der Stadtentwicklung in der DDR | 447 |

| | | | |
|---|--|-----|----|
| | Inhalt | | XI |
| 1.2 | Steingewordene gesellschaftliche Randbedingungen: „In der Krise der Stadt offenbart sich die Krise der Gesellschaft“ | 450 | |
| 1.3 | Die Situation zum Zeitpunkt der Wende..... | 452 | |
| 2. | Der Wechsel der gesellschaftlichen Randbedingungen: Die Zeit nach der Wende | 459 | |
| 2.1 | Vom demokratischen Zentralismus zur Selbstverwaltung..... | 459 | |
| 2.2 | Die finanzwirtschaftliche Abhängigkeit ostdeutscher Städte..... | 463 | |
| 2.3 | Bevölkerungsentwicklung, Wanderung und Suburbanisierung..... | 466 | |
| 2.4 | Stadt-Umland-Beziehungen | 471 | |
| 3. | Schlußbemerkung | 473 | |
| Anhang | 475 | | |
| Verwendete Studien und Datensätze | 480 | | |

XII Die Entwicklung ostdeutscher Städte und Regionen: Ergebnisse, Folgerungen und Perspektiven

(Jürgen Friedrichs/Joachim Genosko/Hartmut Häußermann/Wendelin Strubelt)

| | | |
|-----|--|-----|
| 1. | Vorbemerkungen | 482 |
| 2. | Regionale Rahmenbedingungen | 483 |
| 3. | Städtische Rahmenbedingungen | 485 |
| 4. | Perspektiven der Regionalentwicklung..... | 487 |
| 5. | Perspektiven der Stadtentwicklung..... | 493 |
| 5.1 | Demographische Entwicklung | 493 |
| 5.2 | Stadtentwicklung..... | 494 |
| 5.3 | Innenstadtentwicklung | 496 |
| 5.4 | Sozialstrukturelle Entwicklung und räumliche Segregation | 496 |
| 5.5 | Großsiedlungen | 498 |
| 5.6 | Infrastruktur | 500 |
| 5.7 | Klein- und Landstädte..... | 500 |
| 6. | Schlußbemerkungen..... | 502 |

| | |
|--------------------------------|-----|
| Literatur..... | 503 |
| Die Autoren dieses Bandes..... | 527 |

JENA . DESSAU . WEIMAR

STÄDTEBILDER DER TRANSFORMATION

1988 - 1990 . 1995 - 1996

Herausgegeben von Wendelin Strubelt

Fotografien von Jürgen Hohmuth

mit Texten von Jürgen Hohmuth,
Dietmar Ebert, Iris Reuther,
Christine Weiske, Alfred Schwandt
und Rainer Mackensen

Leske + Budrich, Opladen 1997

EDITORIAL 6

VORWORT 8

BILDER UND IHRE HINTERGRÜNDE 13
Ein Gespräch zwischen Jürgen Hohmuth (Fotograf)
und Wendelin Strubelt (Sozialwissenschaftler)

DIE INNENSTÄDTE. Fotografien 37
Jürgen Hohmuth

FREMD SEHEN IN DER EIGENEN STADT 59
Dietmar Ebert

BILDER VOM TRANSIT 73
Über den Zustand ostdeutscher Städte
Iris Reuther

DIE ALTBAUGEBIETE. Fotografien 89
Jürgen Hohmuth

BILDNIS HANNAH ARENDT VOR DER SILHOUETTE
EINES NEUBAUGEBIETES 111
Christine Weiske

DIE NEUBAUGEBIETE. Fotografien 133
Jürgen Hohmuth

WOHNZUFRIEDENHEIT VERSUS ALLTAGSERFAHRUNG 157
Wie Umfrageergebnisse in der DDR nicht verwertet werden durften
Alfred Schwandt

STÄDTE VERÄNDERN IHR ALLTAGSGESICHT 167
Soziologische Gedanken zu Bildern der Transformation
Rainer Mackensen

DIE STADTRÄNDER. Fotografien 179
Jürgen Hohmuth

DIE STADT JENA 189

DIE STADT DESSAU 193

DIE STADT WEIMAR 197

ANHANG 201

Kurzbiographien
Werkübersicht des Fotografen Jürgen Hohmuth

INHALT

- 92 -

Der heutige Eschberg

INHALTSVERZEICHNIS

| | | |
|---------|---|-----|
| 1. | Einleitung | 1 |
| 1.1 | Untersuchungsmethoden | 8 |
| 1.2 | Vorliegendes schriftliches Material über den Eschberg | 10 |
| 1.2.1 | Der Eschberg als Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchung | 10 |
| 1.2.2 | Weiteres Material zum Eschberg | 13 |
| 2. | Die Eschbergbebauung als „Kind ihrer Zeit“ | 15 |
| 2.1 | Anlaß der Bebauung | 15 |
| 2.2 | Städtebauliche Leitbilder und Planungsziele | 18 |
| 2.2.1 | Die „gegliederte und aufgelockerte Stadt“ als Leitbild | 19 |
| 2.2.1.1 | Das Konzept der Gartenstadt | 20 |
| 2.2.1.2 | Das Städtebaukonzept der „Charta von Athen“ (Funktionalismus) | 21 |
| 2.2.1.3 | Neues Bauen | 22 |
| 2.2.1.4 | Traditionelles Bauen | 23 |
| 2.2.2 | Das Demonstrativbauvorhaben | 24 |
| 2.3 | Die Bebauung des Eschbergs | 29 |
| 2.4 | Kritik an der Bebauung | 36 |
| 2.5 | Vergleich mit anderen neuen Stadtteilen | 38 |
| 2.6 | Bebauungsplanänderungen | 40 |
| 3. | Die Bewohner des neuen Stadtteils | 41 |
| 3.1 | Planung des Eschberggebietes - für wen? | 41 |
| 3.2 | Die Vergabe der im Demonstrativbauprogramm Eschberg errichteten Wohnungen | 43 |
| 3.3 | Herkunft der Bewohner aus Saarbrücker Stadtteilen | 48 |
| 3.4 | Bewohnerstrukturen 1970 | 50 |
| 3.5 | Bevölkerungsfuktuation auf dem Eschberg | 56 |
| 3.6 | Bewohnerstrukturen 1987 | 59 |
| 4. | Zur Lebenssituation und ihrer Veränderung im neuen Stadtteil | 67 |
| 4.1 | Wohnungssituation | 68 |
| 4.2 | Einkaufsmöglichkeiten auf dem Eschberg | 74 |
| 4.3 | Kinder auf dem Eschberg | 87 |
| 4.3.1 | Kindergarten | 87 |
| 4.3.2 | Kinderhort | 89 |
| 4.3.3 | Spielplätze | 90 |
| 4.3.4 | Der Abenteuerspielplatz | 91 |
| 4.3.5 | Sonstige Angebote für Kinder auf dem Eschberg | 96 |
| 4.4 | Zur Situation von Jugendlichen | 96 |
| 4.4.1 | Allgemeine Aussagen zur Jugend | 96 |
| 4.4.2 | Einrichtungen/Angebote für Jugendliche auf dem Eschberg | 98 |
| 4.4.2.1 | Jugendarbeit der Kirchengemeinden | 98 |
| 4.4.2.2 | Jugendzentrum Eschberg | 99 |
| 4.5 | Zur Situation älterer Menschen | 102 |
| 4.5.1 | Allgemeines | 102 |

- 93 -

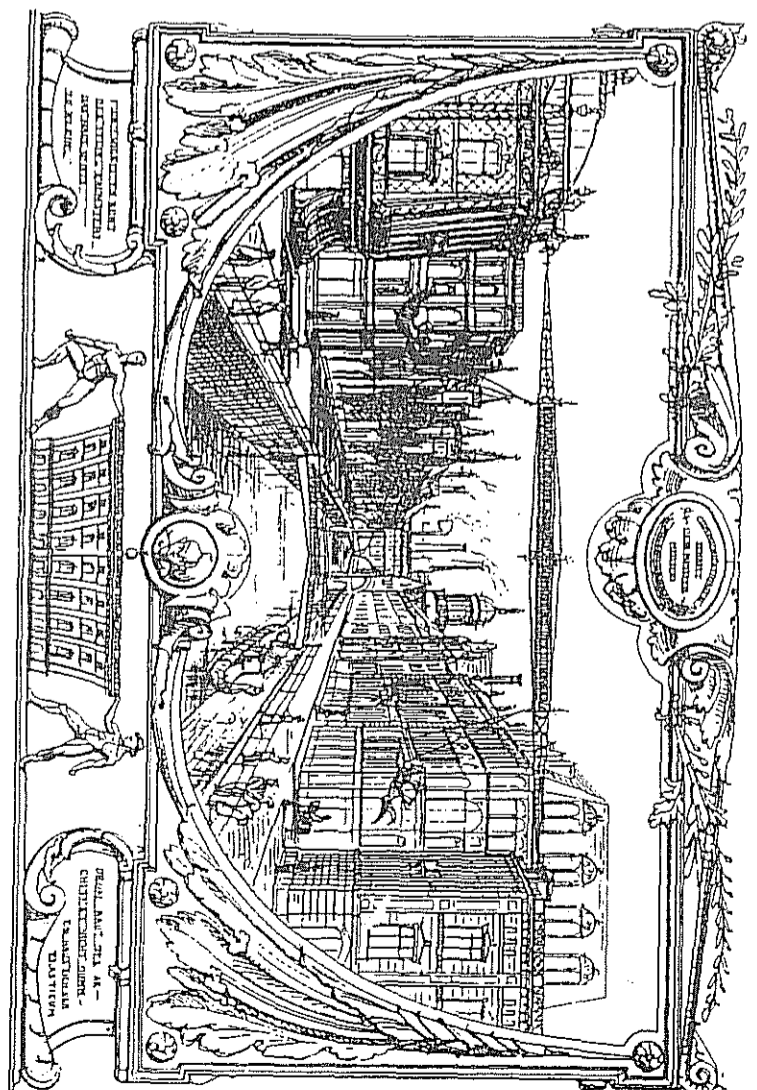


Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Simon, Franz-Josef:
Der heutige Eschberg : kultursoziologische Beschreibung des Neubauviertels
Eschberg-Saarbrücken 1960 - 1990 / Franz-Josef Simon. [Hrsg.: Freunde und
Förderer des Eschberger Hofplatzes e.V.] - Saarbrücken : SDV, Saarbrücker
Dr. und Verl., 1995
ISBN 3-925036-99-7

| | | |
|---------|--|-----|
| 4.5.2 | Altenwohnanlagen auf dem Eschberg | 104 |
| 4.5.2.1 | Altenwohnanlage Mecklenburgring | 104 |
| 4.5.2.2 | Altenwohnstift Egon-Reinert-Haus | 104 |
| 4.5.3 | Offene Altenhilfe auf dem Eschberg | 105 |
| 4.5.3.1 | Die Arbeit der evangelischen Kirchengemeinde Eschberg mit älteren Menschen. | 105 |
| 4.5.3.2 | Die Altenarbeit der katholischen Kirchengemeinde | 108 |
| 4.5.3.3 | Die Altenarbeit der Arbeiterwohlfahrt, Ortsverein Eschberg | 110 |
| 4.5.4 | Resümee | 110 |
| 4.6 | Gesundheitsversorgung | 112 |
| 4.7 | Weiterbildungsmöglichkeiten auf dem Eschberg | 113 |
| 4.8 | Kontakt- und Kooperationschancen | 115 |
| 4.9 | Sport auf dem Eschberg | 118 |
| 4.10 | Lebensbedingungen auf dem Eschberg - ein Resümee | 120 |
| 5. | Institutionen auf dem Eschberg und ihre Geschichte | 124 |
| 5.1 | Die Katholische Kirchengemeinde und die Evangelische Kirchengemeinde Eschberg | 124 |
| 5.1.1 | Zur Rolle von Religion in modernen Gesellschaften | 124 |
| 5.1.2 | Die katholische Kirchengemeinde St. Augustinus, Saarbrücken-Eschberg | 127 |
| 5.1.3 | Die evangelische Kirchengemeinde Eschberg | 135 |
| 5.2 | Parteien auf dem Eschberg | 142 |
| 5.2.1 | Zur Rolle von Parteien in der Kommunalpolitik | 142 |
| 5.2.2 | Der SPD-Ortsverein Eschberg | 143 |
| 5.2.3 | Der CDU-Ortsverband Eschberg | 144 |
| 5.2.4 | Der FDP-Ortsverband Eschberg | 145 |
| 5.2.5 | Mitgliederzahlen der Eschberger Ortsverbände der Parteien im Vergleich mit übergeordneten Organisationseinheiten | 145 |
| 5.2.6 | Der Eschberg in der Wahlstatistik | 150 |
| 5.3 | Die Geschichte des Eschberger Hofplatzes und des Vereins „Freunde und Förderer des Eschberger Hofplatzes e.V.“ | 153 |
| 5.4 | Der Ortsverein Eschberg der Arbeiterwohlfahrt | 167 |
| 5.5 | Eschberg-Schule(n) und Schulstreit | 167 |
| 5.6 | Der Mieterverein Eschberg | 178 |
| 5.7 | Das Haus der „Lebenshilfe“ auf dem Eschberg | 180 |
| 5.8 | Das „Carl-Duisberg-Haus“ | 180 |
| 5.9 | Der Saarbrücker Zoo | 182 |
| 5.10 | Das Haus der Blinden | 183 |
| 5.11 | Das Fernmeldeamt | 183 |
| 6. | Schluß | 186 |
| 6.1 | Stadtteilkultur auf dem Eschberg | 186 |
| 6.2 | Rahmenbedingungen für zukünftige „Stadtteilkultur“ auf dem Eschberg | 188 |
| 6.2.1 | Zunehmende „Veralterung der Bewohner“ | 189 |

| | | |
|-------|--|-----|
| 6.2.2 | Kleinere Haushalte und veränderte Familienstrukturen | 190 |
| 6.2.3 | Zunehmende Individualisierung als abnehmende Bindung an traditionelle Organisationen und Institutionen | 190 |
| 6.2.4 | Zunehmende Bedeutung der Nichterwerbszeit gegenüber der Erwerbsarbeitszeit | 190 |
| 6.2.5 | Soziale Polarisierung im Stadtteil | 191 |
| 6.3 | Überlegungen zu möglichen Maßnahmen | 191 |
| 7. | Literatur | 193 |



HARALD BODENSCHATZ

» DER ROTE KASTEN «

ZU BEDEUTUNG, WIRKUNG UND ZUKUNFT
VON SCHINKELS BAUAKADEMIE

Einleitung 7

Abbruch des Außenministeriums der DDR 9

Varianten der Wahrnehmung der Schinkelschen Bauakademie 24

Bauakademie - Institution und Gebäude 33

Deutsche Hochschule für Politik 47

Deutsche Bauakademie der DDR 53

Schinkel, Bauakademie und bürokratischer Absolutismus 59

Bauakademie im Spannungsfeld zwischen sozialer Praxis 66

Zwischenresümee 78

Für und Wider des Wiederaufbaus der Bauakademie nach 1989 79

Perspektiven einer Architektursoziologie 90

Programmatrische Perspektiven einer Europäischen Bauakademie:
Bau und Institution 94

Programmatrische Perspektiven einer Europäischen Bauakademie:
Städtebauliche Bedeutung 98

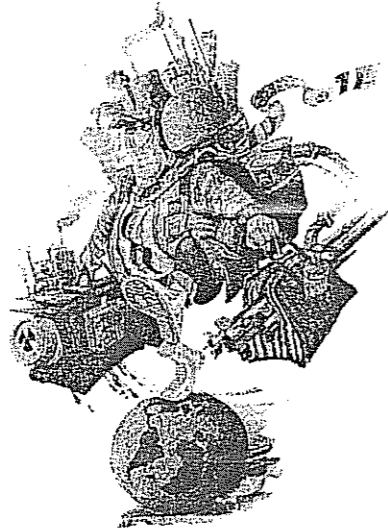
Ausblick 102

Dortmunder Beiträge zur Raumplanung

78

Klaus M Schmals (Hg.)

Ökologische Planung der Gesellschaft - Gesellschaftliche Planung der Ökologie



IRPUD

Editorial

Klaus M Schmals:
Zivilgesellschaftliche Wege aus der ökologischen Krise? 7

Prolog

Ernst Ulrich von Weizsäcker:
Neuausrichtung des technischen Fortschritts? 37

Paradigmatische Überlegungen zum Verhältnis von Natur und Gesellschaft bzw. Raumplanung

Gabriele Sturm:
Gesellschaftliche Ökologiekonzepte als sekundärer Patriarchalismus? 46

Lothar Finke:
Das Prinzip der Nachhaltigkeit und seine Bedeutung für
die räumliche Planung 59

Jürgen d'Alleux:
Die raumverträgliche Stadt als Zukunft - Kriterien zur Beurteilung der
ökologischen, ökonomischen und sozialen Verträglichkeit alter
und neuer Strukturen 72

Peter Zlonicky:
Solarenergie in einer Kohleregion? Zu den Strategien der
Internationalen Bauausstellung Emscher Park 96

Ökonomie und Ökologie - Ein kulturhistorisches Zerwürfnis?

Gerd Hennings, Christiane Ziegler-Hennings:
Ökologische Orientierung der Gewerbeflächenplanung 108

Hermann Bömer:
Zur Politischen Ökonomie nachhaltigen Wirtschaftens -
Bemerkungen zur Umweltpolitik und Umweltökonomie aus der
Sicht einer alternativen Wirtschaftspolitik 126

Arno Netzbandt, Claudia Temps:
Reproduktive Effektivität im Mensch-Natur-Verhältnis 135

Gerd Held:
Das „Trotzdem“ der mediterranen Welt - Ökologische und räumliche
Zusammenhänge an einem Beispiel der Mittelmeerregion 143

Rechtsschöpfung, Rechtssicherung und Rechtsverfall im Spannungsverhältnis von Planungs- und Umweltrecht?

Volker Kleinschmidt:
Spannungsfeld Beschleunigung von Planungsverfahren und
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) 162

Verkehr und Ökologie - Ein Miteinander könnte das Verhältnis Mensch-Natur prinzipiell verändern

Paul Baron:
Die neue Mobilität der Gesellschaft verlangt eine neue Verkehrspolitik? 170

Jürgen Brunsing:
Die Umsetzung einer Stadt der kurzen Wege -
verkehrsökologische Ansätze und kommunale Aufgaben 184

Oscar Reutter, Ulrike Reutter:
Nachgefragt - Autofreies Leben in der Stadt 198

Heinz-Josef Pohlmann:
Verkehrsvermeidende ÖPNV- und Siedlungsentwicklung -
Determinanten einer ökologischen Raumplanung..... 214

**Lokal Handeln, Global Denken: Erst viele kleine Schritte lassen das
Konzept eines ökologischen Umbaus unserer Gesellschaft erkennen**

Wilfried Kühling:
Beurteilungsmaßstäbe für eine gesundheitsverträgliche Luftqualität
bei Umweltverträglichkeitsprüfungen 224

Irmgard Kucharzewski:
Abfallwirtschaft in Nordrhein-Westfalen -
Auf dem Weg zu mehr Ökologie? 240

Mathias Kaiser, Gerold Caesperlein:
Stadtökologie und Wasser - oder der weite Weg vom ökologischen
Redefluß zum ökologischen Einfluß 249

Manfred Voigt:
Umwelttechnik sowie Wasser-, Energie- und Abfallwirtschaft in der
Raumplanung - Eigenständiges Profil oder allgemeinbildendes Additiv?
Problemdarstellung und Lösungsansatz 257

Reiner Staubach:
Ökologisches Bauen und Wohnen in Nordrhein-Westfalen und andernorts -
Handlungsbedarf und Handlungsperspektiven für die
Weiterentwicklung der Praxis hierzulande 271

Gesellschaftliche Planung der Ökologie

Ruth Becker:
Ökologie und Frauenemanzipation oder: Was haben Frauen in Europa
mit Indien zu tun? 300

Sebastian Müller:
Unter der Last ökologischer Verantwortung: PlanerInnenmoral 308

Epilog

Heinz Jürgen Bremm:
Das Dilemma einer ökologischen Raumplanung oder: Anmerkungen zum
Mensch-Natur-Verhältnis in der Postmoderne 319

Ingo Kronenberg, Christian Frey:
Bedeutungs...los!? Hat die Raumplanung eine Zukunft zwischen
„Ökologisierung“ und „Sustainable Development“? 327

Angaben zu den AutorInnen 332

Jürgen Friedrichs, Robert Kecskes (Hrsg.)

Gentrification

Theorie und Forschungsergebnisse

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Gentrification : Theorie und Forschungsergebnisse / Hrsg. Jürgen Friedrichs ; Robert
Kecskes. – Opladen : Leske und Budrich, 1996
ISBN 3-8100-1662-4
NE: Friedrichs, Jürgen [Hrsg.]

© 1996 Leske + Budrich, Opladen

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung
außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages
unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mi-
kroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Satz: Leske + Budrich
Druck: Druck Partner Rübemann, Hemsbach
Printed in Germany

Leske + Budrich, Opladen 1996

| | |
|---|-----|
| Inhalt | |
| <i>Jürgen Friedrichs/Robert Kecskes</i> | |
| Einleitung | 7 |
| Theorie | |
| <i>Jürgen Friedrichs</i> | |
| Gentrification: Forschungsstand und methodologische Probleme | 13 |
| <i>Frank Warmelink/Klaus Zehner</i> | |
| Sozialräumliche Veränderungen in der Großstadt – Eine faktorökologische Untersuchung von Stabilität und Wandel städtischer Quartiere am Beispiel von Köln | 41 |
| <i>Robert Kecskes</i> | |
| Die Dynamik der Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel. Zur Begründung unterschiedlicher Prozeßverläufe der Gentrification | 55 |
| <i>Monika Alisch/Jens S. Dangschat</i> | |
| Die Akteure der Gentrifizierung und ihre „Karrieren“ | 95 |
| Studien zum Verlauf | |
| <i>Rolf Küppers</i> | |
| Gentrification in der Kölner Südstadt | 133 |
| <i>Annette Harth/Ulfert Herlyn/Gitta Scheller</i> | |
| Ostdeutsche Städte auf Gentrificationkurs? Empirische Befunde zur „gespaltenen“ Gentrification in Magdeburg .. | 167 |
| <i>Christine Weiske</i> | |
| Gentrification und Incumbent Upgrading in Erfurt | 193 |
| Wandel der Infrastruktur | |
| <i>Gabriele Franzmann</i> | |
| Gentrification und Einzelhandel. Gibt es die „neuen“ Geschäfte? | 229 |
| Tertiäre Nutzungen als Auslöser der Gentrification | |
| <i>Heike Herrmann</i> | |
| „Und plötzlich war alles anders“. Die Effekte des Gruner & Jahr-Pressehauses auf die südliche Neustadt von Hamburg | 261 |
| <i>Carola Hardt</i> | |
| Gentrification im Kölner Friesenviertel. Ein Beispiel für konzerngesteuerte Stadtplanung | 283 |
| Literaturverzeichnis | 313 |

Social Polarization in Post-Industrial Metropolises

Edited by
John O'Loughlin and Jürgen Friedrichs

Table of Contents

| | |
|--|---|
| Chapter 1 | |
| Polarization in Post-Industrial Societies: Social and Economic Roots and Consequences | |
| | 1 |
| <i>John O'Loughlin and Jürgen Friedrichs</i> | |
| I | The Concept of Polarization |
| | 1 |
| II | The Causes of Polarization: Economic Restructuring |
| | 3 |
| III | The Changing Nature of Employment and the Polarized Nature of Cities |
| | 5 |
| IV | Linking Groups and Economic Change |
| | 12 |
| V | Relating Social to Spatial Polarization |
| | 13 |
| VI | Propositions for the Study of Social Polarization |
| | 16 |
| VI.a | Propositions |
| | 17 |
| VII | Conclusions |
| | 18 |
| Chapter 2 | |
| Social Polarization in Post-Industrial London | |
| | 19 |
| <i>Emrys Jones</i> | |
| I | From Pre-Industrial to Post-Industrial City |
| | 19 |
| II | The Emergence of the Post-Industrial City |
| | 22 |
| III | Social Polarization in London |
| | 27 |
| IV | Race and Ethnicity in London |
| | 32 |
| V | Issues of Policy |
| | 43 |
| Chapter 3 | |
| Social Segmentation and Spatial Polarization in Greater Paris | |
| | 45 |
| <i>Catherine Rhein</i> | |
| I | The Economic and Political Roles of Paris |
| | 46 |
| I.a | Paris as an International and National Metropolis |
| | 46 |
| I.b | Paris as a National Capital |
| | 47 |
| II | Regional and Local Forms and Processes of Polarization and Segregation |
| | 51 |
| II.a | Processes of Social Polarization |
| | 52 |



| X | | Table of Contents | |
|---|--|-------------------|--|
| II.b | Residential Segregation | 54 | |
| III | Social Policies against Polarization and Residential Segregation | 58 | |
| III.a | Urban Renewal in Paris and Social Polarization in the Metropolis | 60 | |
| III.b | The District of La Défense | 61 | |
| III.c | New Towns as Growth Centers | 61 | |
| III.d | Social Housing: Is there a Duality in the Suburban Housing Market? | 62 | |
| IV | Present Stakes and Future Challenges of Segregation | 65 | |
| IV.a | Suburban Crisis: Social Crisis or Housing Crisis? | 65 | |
| IV.b | Urban Dynamics and Relations between Metropolization and Segregation | 68 | |
| V | Conclusion | 69 | |
| Chapter 4 | | | |
| Amsterdam: Urban Change and the Welfare State | | 71 | |
| <i>Sako Musterd and Wim Ostendorf</i> | | | |
| I | Introduction | 71 | |
| II | Changes Affecting Dutch Society in the Last Quarter-Century | 71 | |
| II.a | Economic Restructuring in the Netherlands | 72 | |
| II.b | Changing Household Composition in the Netherlands | 74 | |
| II.c | International Migration to the Netherlands | 74 | |
| II.d | The Growth of the Dutch Welfare State | 77 | |
| III | Socio-Spatial Consequences of Immigration in a Welfare State | 80 | |
| III.a | Amsterdam and its Urban Region | 80 | |
| III.b | The Urban Mosaic of the City of Amsterdam | 84 | |
| IV | State Policies as Reaction to Population Trends | 88 | |
| IV.a | Compact City Model to Stop Urban Decline | 88 | |
| IV.b | The Restructuring of the Welfare State | 91 | |
| V | The Future of Amsterdam: A Hard City? | 93 | |
| Chapter 5 | | | |
| Zürich Goes Global: Economic Restructuring, Social Conflicts and Polarization | | 95 | |
| <i>Hansruedi Hitz, Christian Schmid and Richard Wolff</i> | | | |
| I | Introduction | 95 | |
| II | The Swiss Model of Development | 97 | |
| II.a | Swiss Fordism | 97 | |
| II.b | The Rise of the Headquarter Economy | 99 | |
| II.c | The Crisis of the 1990s | 100 | |
| III | The Urbanization Process | 102 | |
| III.a | The Economy of the Centers | 102 | |

| XII | | Table of Contents | |
|--|--|-------------------|--|
| V | Summary: Has Polarization Occurred? | 162 | |
| V.a | Structural and Dynamic Aspects | 164 | |
| V.b | Relating Economic Change to Inequality | 165 | |
| V.c | Integrating the Findings | 166 | |
| VI | Discussion | 170 | |
| Chapter 7 | | | |
| Economic Change, Immigration, and Social Polarization in Sydney | | 173 | |
| <i>Seamus Grimes</i> | | | |
| I | Sydney's Economy: From Local to International | 173 | |
| II | Physical Development of the City | 180 | |
| III | Immigration and Ethnicity in Sydney | 182 | |
| IV | Immigrants of the 1950s and 1960s | 184 | |
| V | Indochinese Concentrations in Sydney | 188 | |
| VI | Conclusion | 191 | |
| Chapter 8 | | | |
| Resegregation within a Process of Desegregation: Social Polarization in Johannesburg | | 195 | |
| <i>Graeme H.T. Hart</i> | | | |
| I | Introduction | 195 | |
| II | Background to the Study of Racially-Based Residential Location | 196 | |
| III | Flatland 1960-1990 | 198 | |
| III.a | Rent Control in Johannesburg | 199 | |
| IV | Problems of Flatland | 203 | |
| V | Conclusion | 205 | |
| Chapter 9 | | | |
| Economic Restructuring and Social Polarization in Toronto | | 207 | |
| <i>Robert Murdie</i> | | | |
| I | The Emergence of Toronto as the Dominant Metropolitan Center in Canada | 207 | |
| II | Toronto in the Changing Global and National Economy | 210 | |
| II.a | Decline in Manufacturing and Increase in Service Employment | 210 | |
| II.b | Rapid Growth of Financial Activities and Producer Services | 213 | |
| II.c | Decentralization of Manufacturing and Routine Office Functions | 214 | |
| II.d | Toronto as a Post-Industrial Metropolis | 216 | |
| II.e | Toronto in the 1990s | 217 | |
| III | The Effects of Economic Restructuring on Immigrant Groups in Toronto | 219 | |

| Table of Contents | | XI | |
|---|---|-----|--|
| III.b | The Development of Urban Regions | 104 | |
| IV | Politics and Planning: From the Growth Coalition to the Territorial Compromise | 106 | |
| IV.a | Zürich in the Fordist Boom | 106 | |
| IV.b | The Urban Crisis and the End of the Growth Coalition | 108 | |
| IV.c | The Territorial Compromise | 110 | |
| V | Zürich as a Global City | 111 | |
| V.a | The Urban Revolt | 111 | |
| V.b | The Culture of the Headquarter Economy | 112 | |
| V.c | The Selective Housing Crisis and the Struggle for Affordable Housing | 113 | |
| V.d | The New Stalemate of Urban Development | 114 | |
| V.e | A City of Jobs versus a City of Housing | 115 | |
| VI | The Urban Periphery | 116 | |
| VI.a | Spatial Fragmentation and Flexibilization | 116 | |
| VI.b | The City Belt in Zürich-North | 117 | |
| VI.c | New Frontlines and Fracture Zones | 118 | |
| VII | Socio-Economic and Territorial Restructuring | 119 | |
| VII.a | Polarization and Segmentation | 119 | |
| VII.b | Small-Scale Social Segregation | 122 | |
| VIII | The Constraints of a Red-Green Government | 124 | |
| VIII.a | Fiscal Crisis | 124 | |
| VIII.b | Right-Wing Rhetoric Sets the Agenda | 127 | |
| IX | The New Model of Urban Development | 129 | |
| IX.a | Flexibilization and Fragmentation: The New Configuration of Center and Periphery | 129 | |
| IX.b | Polarization and Segmentation: The Urban Region as a Super-Market | 130 | |
| Chapter 6 | | | |
| Intra-Regional Polarization: Cities in the Ruhr Area, Germany | | 133 | |
| <i>Jürgen Friedrichs</i> | | | |
| I | A Brief Historical Sketch of the Ruhr | 134 | |
| I.a | Historical Preconditions for Urban Change after 1970 | 140 | |
| II | Propositions and Methodology | 141 | |
| II.a | Propositions | 141 | |
| III | Comparing the Ruhr Area to Changes in Northrhine-Westphalia and the Federal Republic of Germany | 142 | |
| IV | Changes in the Ruhr Cities 1970-1993 | 144 | |
| IV.a | Economic Change in the Ruhr Area | 146 | |
| IV.b | Fiscal Change in the Ruhr Cities | 151 | |
| IV.c | Social Change in the Ruhr | 154 | |

| Table of Contents | | XIII | |
|--|---|------|--|
| III.a | Concentration of Selected Ethnic Groups in Industry and Occupation Categories | 221 | |
| III.b | Inequalities Among Ethnic Groups in the Toronto Labor Market | 223 | |
| III.c | The Case of Recent Immigrants | 224 | |
| III.d | Differential Experiences of the Portuguese and Blacks | 226 | |
| IV | Efforts of Governments to Remove Barriers to Employment | 229 | |
| V | Future Outlook | 230 | |
| V.a | Social Ecology of Metropolitan Toronto | 230 | |
| V.b | Group Relations | 231 | |
| Chapter 10 | | | |
| New York City: Caribbean Immigration and Residential Segregation in a Restructured Global City | | 235 | |
| <i>Dennis Conway and Thomas J. Cooke</i> | | | |
| I | Introduction | 235 | |
| II | Immigration and Residential Segregation of "Non-White" Immigrants | 237 | |
| III | Caribbean Immigration and Residential Segregation Since the 19th Century | 240 | |
| III.a | The Formative Phase of Non-White, Caribbean Enclave Communities | 241 | |
| III.b | An Interruption in the Consolidation Process of Non-White Caribbean Enclaves | 243 | |
| III.c | The Third Phase of "New Caribbean Immigration" to New York City | 244 | |
| IV | Residential Separation of Caribbean Enclaves in New York City, 1980 | 250 | |
| IV.a | Indices of Racial Segregation | 252 | |
| IV.b | Comparative Enclave Residential Ecologies | 254 | |
| V | Conclusions | 257 | |
| Chapter 11 | | | |
| Economic Restructuring, Job Opportunities and Black Social Dislocation in Detroit | | 259 | |
| <i>Donald R. Deskins</i> | | | |
| I | The Cyclical Nature of U.S. Automobile Industry Employment | 260 | |
| II | Automotive and Other Selective Employment Trends | 262 | |
| III | Changing Job Opportunities Structure | 263 | |
| IV | Financial Rewards from Automobile Industry Employment | 266 | |
| V | Japan and the U.S. Automobile Market | 268 | |
| VI | Social and Spatial Dislocation | 270 | |

| | | |
|------------|--|-----|
| VI.a | Class Separation Within the City | 271 |
| VI.b | Race and Class Divisions in the Metropolitan Area | 272 |
| VII | Detroit's Changing Resource Base and Social Well-Being | 277 |
| VIII | Future Prospects for a City Struggling to Survive | 281 |
| IX | Conclusions | 281 |
| Chapter 12 | | |
| | Ethnicity, Class, and the Economic Internationalization of Miami | 283 |
| | <i>Jan Nijman</i> | |
| I | Miami's Socio-Cultural Metamorphosis | 284 |
| II | Economic Restructuring and Internationalization | 287 |
| III | Social Polarization in Miami | 291 |
| IV | Conclusions | 297 |
| | References | 301 |
| | Authors and Affiliations | 331 |
| | Index | 333 |

Bernhard Schäfers/Göttrik Wewer (Hrsg.)

Die Stadt in Deutschland

Aktuelle Entwicklung und Probleme

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Die Stadt in Deutschland: soziale, politische und kulturelle Lebenswelt/Bernhard Schäfers; Göttrik Wewer (Hrsg.). – Opladen: Leske + Budrich, 1996

ISBN 3-8100-1567-9

NE: Schäfers, Bernhard [Hrsg.]

© 1996 by Leske + Budrich, Opladen

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Satz: Leske + Budrich
Druck: Druck Partner Rübelmann, Hemsbach
Printed in Germany

| | |
|---|-----|
| V. Städte und Gemeinden als Kultur- und Lebensraum | 143 |
| <i>Hans Joachim Klein</i> | |
| Kultur für alle oder: Jedem das Seine? – Differenzierungen der Stadtkultur | 145 |
| <i>Eva Maria Eckel</i> | |
| Wandel des Verhaltens im veränderten großstädtischen öffentlichen Raum | 163 |
| <i>Jörg Blasius</i> | |
| Neue Lebensstile und Wohnformen. Der Wandel von innerstädtischen Wohngebieten infolge der Wiederaufwertung | 183 |
| VI. Politische Steuerung und neue Leitbilder der Stadtentwicklung | 201 |
| <i>Götrik Wewer</i> | |
| Mit dem neuen Steuerungsmodell aus der kommunalen Finanzkrise? Städte und Gemeinden zwischen Einnahmeverlusten und Sozialhilfe, Kulturangeboten und Sparzwängen | 203 |
| <i>Gabriele Köhler</i> | |
| Neue Urbanität: Stadtplanung, Architektur und Ästhetik für die kommerzialisierte Stadt? | 233 |
| <i>Ekhart Hahn</i> | |
| Ökologischer Stadtbau – Herausforderung Ostdeutschland | 249 |
| VII. Materialien | 271 |
| <i>Simone Farys/Sabina Misoch</i> | |
| Städte und Gemeinden in der Kultur- und Sozialstatistik | 273 |
| Herausgeber, Autorinnen und Autoren | 291 |

| | |
|---|-----|
| I. Zur Konzeption des Bandes | 7 |
| <i>Bernhard Schäfers/Götrik Wewer</i> | |
| Stadt im Wandel: kulturell, ökonomisch, sozial, politisch | 9 |
| II. Die Stadt in Deutschland im Spannungsfeld von Tradition und Globalisierungsprozessen | 17 |
| <i>Bernhard Schäfers</i> | |
| Die Stadt in Deutschland. Etappen ihrer Kultur- und Sozialgeschichte | 19 |
| <i>Jens S. Dangschat</i> | |
| Lokale Probleme globaler Herausforderungen in deutschen Städten | 31 |
| III. Auswirkungen demographischer Veränderungen | 61 |
| <i>Klaus Peter Strohmeier</i> | |
| Die Polarisierung der Lebensformen in den Städten und Gemeinden – demographische Strukturbrüche, soziale Hintergründe und sozialpolitische Probleme | 63 |
| <i>Hartmut Häußermann/Ingrid Oswald</i> | |
| Stadtentwicklung und Zuwanderung | 85 |
| IV. Sozialhilfe, Arbeitslosigkeit und Armut | 103 |
| <i>Gunter E. Zimmermann</i> | |
| Armut in der Großstadt. Zur Konzentration von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Sozialhilfe | 105 |
| <i>Henning Schridde</i> | |
| Von der Arbeitsmarkt- zur Armutspolitik? – Wandel lokaler Arbeitsmarktpolitik in den 90er Jahren | 123 |

BAUHAUS - UNIVERSITÄT WEIMAR

Fakultät Architektur
Soziologie und Sozialgeschichte der Stadt
Prof. Dr. Dieter Hassenpflug

AidA

Forschungsprojekt:
Die Arena in der Arena - Weimar,
Kulturstadt Europas 1999

PUBLIKATIONSHINWEIS

Seit Ende 1994 läuft am Lehrstuhl "Soziologie und Sozialgeschichte der Stadt" (Prof. Dr. Dieter Hassenpflug) der Bauhaus Universität Weimar das Forschungs-projekt "Arena in der Arena" (AidA). Das Forschungsprojekt untersucht die Vorbereitungen zu *Weimar '99* unter stadt- und öffentlichkeitssoziologischen Gesichtspunkten und legt nun seinen ersten Zwischenbericht vor.

Johannes Boettner/Katja Rempel: Kleine Stadt was nun? Weimar auf dem Weg zur Kulturstadt Europas, Weimar 1996.

Das Buch informiert über die Ziele und die Vorgehensweise des Projektes und stellt auf rund 200 Seiten erste Forschungsergebnisse vor. Es richtet sich nicht nur an FachwissenschaftlerInnen, sondern an alle, die sich für das Thema *Weimar '99* interessieren und mit der bisherigen (nicht immer erfreulichen) Planungsgeschichte *nicht* nach der Methode "Schwamm drüber!" verfahren wollen.

Gestützt auf eine umfangreiche Dokumentenanalyse und vor allem auf 46 Interviews mit Personen, die an der Kulturstadt-Diskussion dauernd oder zeitweilig beteiligt waren, wird den Lesern zunächst ein kurzer Abriß der bis in die letzten Jahre der DDR zurückreichenden "Vorgeschichte" des Großereignisses gegeben. Im weiteren werden dann einzelne Aspekte der bisherigen Entwicklung her-ausgegriffen und näher beleuchtet. Diese Einzelanalysen betreffen zum Beispiel

- die konzeptionellen Vorstellungen zu *Weimar '99* und den Bedeutungswandel, den der Begriff "Kulturstadt" im Laufe der Zeit durchgemacht hat;
- die positiven und negativen Erwartungen, die anfangs mit dem Großereignis verbunden wurden, und deren rückblickende Bewertung;
- das Spektrum der beteiligten, bzw. beteiligungswilligen Akteure und dessen Veränderung;
- Vorstellungen über das Fern- und Binnenimage der Stadt Weimar.

Der zweite Teil der Publikation ist stärker theoretisch orientiert. Die Leserinnen und Leser werden mit der "Theorie des öffentlichen Lebens", zu deren Weiterentwicklung das Forschungsprojekt AidA einen Beitrag leisten soll, vertraut gemacht.

Das Buch kann bezogen werden über:

Redaktion & Verlag
Bauhaus-Universität Weimar
Coudraystr. 7
99421 Weimar
Tel.: 03643/581152 Fax.: 03643/581156

Ungleichheitssemantiken
im Globalisierungsdiskurs
Widersprüche und räumliche Implikationen

Peter Franz


Oktober 1996

Nr.: 48

Erscheint in: Stefan Hradil (Hrsg.): Differenz und Integration. Die Zukunft moderner
Gesellschaften, Bd. 1 des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie vom
7. - 11. Oktober 1996 in Dresden, Frankfurt/New York 1997 (Campus)

Diskussionspapiere

Discussion Papers

 Neuerscheinung

Suburbanisierung von Handel und
Dienstleistungen

Ostdeutsche Innenstädte zwischen erfolgreicher
Revitalisierung und drohendem Verfall

Peter Franz
Martin Junkernheinrich
Konrad Lammers
Raimar Richert
Manfred Weillepp

Aus dem Inhalt

Kapitel I:

Räumlicher und sektoraler Strukturwandel in Stadtregionen
Ostdeutschlands

1. Grundzüge des sektoralen und regionalen Strukturwandels
2. Standortentscheidungen der Dienstleistungs- und Handelsunternehmen

Kapitel II:

Kriterien zur Beurteilung der räumlichen Wirtschaftsstruktur in
Stadtregionen Ostdeutschlands

1. Das Leitbild der belebten Innenstadt
2. Die gesamtwirtschaftliche Perspektive
3. Die regionalpolitische Perspektive
4. Die stadtökonomische Perspektive
5. Die raumordnungspolitische Perspektive
6. Fazit

Kapitel III:

Dienstleistungs- und Handelsentwicklung in ostdeutschen
Stadtregionen - Fallstudien

1. Untersuchungsziele und methodische Vorgehensweise
2. Stadtregion Leipzig
3. Stadtregion Halle
4. Stadtregion Erfurt
5. Stadtregion Rostock
6. Zusammenfassende Betrachtung der Ergebnisse aus den Fallstudien

Kapitel IV:

Zukünftige Entwicklungspfade der Stadtregionen und Maßnahmen
zur Steigerung innerstädtischer Standortattraktivität

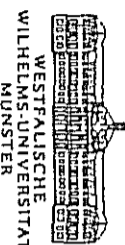
1. Pfade zukünftiger Entwicklung
2. Maßnahmen zur innerstädtischen Attraktivitätssteigerung
 - 2.1. Maßnahmen der Städte
 - 2.2. Kooperation zwischen Stadt und Umland
 - 2.3. Unterstützende Maßnahmen durch Bund und Länder
 - 2.4. Resümee

Literaturverzeichnis

Leitfaden für die Befragung von Unternehmen

Leitfaden für Interviews mit Verwaltungen, Verbänden und anderen Institutionen





Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen

DIREKTOR: PROF. DR. RAINER THOSS

NEUERSCHEINUNG

Strukturelle Arbeitslosigkeit und Mismatch

Messung und Erklärung für die Arbeitsmarktregionen Nordrhein-Westfalens

Thomas Mülthaupt

In der Regionalwissenschaft und der Regionalpolitik wird die Bekämpfung der interregionalen Beschäftigungsdifferenzen seit langem als eines der Hauptziele wirtschaftspolitischen Eingreifens angesehen. Eine rationale Ausgestaltung der regionalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik setzt Informationen über die wesentlichen, regional u. U. unterschiedlichen Bestimmungsgründe der Arbeitslosigkeit voraus. Dabei ist zu beachten, daß die Arbeitslosigkeit nicht monokausal zu erklären ist, sondern auf mehrere Ursachen zurückgeführt werden kann, über deren empirische Bedeutung kaum quantitative Schätzungen vorliegen.

Die vorliegende Arbeit leistet auf der Grundlage eines theoretischen Arbeitsmarktmodells einen wichtigen Beitrag zur Bestimmung verschiedener Arbeitslosigkeitskomponenten in den Arbeitsmarktregionen Nordrhein-Westfalens. Dabei knüpft die Arbeit an makroökonomische und aus der neueren Arbeitsmarktforschung stammende Ansätze an, die erstmals für eine kleinräumige regionale Gliederung ökonomisch geschätzt werden. Zudem geht die Arbeit auf bisher noch offene Fragen der Bestimmungsgründe struktureller Arbeitslosigkeit ein.

Band 173 - Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung
ISBN 3-88497-139-5, Münster 1996, XVI, 271 S.

Schriftenreihe des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen und des Zentralinstituts für Raumplanung der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Bezugsadresse: Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen
- Buchversand -
Am Stadtgraben 9, 48143 Münster
Tel.: (0251) 83-29 69 - Fax: (0251) 83-29 70

Neuerscheinung

Angewandte
Umweltforschung

Band 4

Stadtökologie und Stadtentwicklung: Das Beispiel Leipzig

Herausgegeben von
Jürgen Breuste

Aus dem Inhalt

- Grundzüge des Wandels von Umwelt und Stadtstruktur in Leipzig - ein Überblick (*Jürgen Breuste*)
- Planungsbezogene Aspekte der sozialökonomischen und ökologischen Stadtentwicklung
 - Wirtschafts- und Großstadtentwicklung Leipzigs (*Dieter Scholz*)
 - Raumstruktur und Raumentwicklung in der Region Leipzig-Halle (*Hans Neumann u. Hartmut Usbeck*)
 - Flächennutzung und ihre Veränderungen in der Stadtregion Leipzig (*Brigitte Usbeck*)
 - Erarbeitung einer Umweltkartenserie für das Stadtgebiet Leipzig zur Darstellung stadtoökologischer Untersuchungsergebnisse (*Annegret Kindler*)
 - Das ambivalente Erbe der Stadt-Umland-Entwicklung: Der Südraum Leipzig (*Sigrun Kabisch, Irene Ring u. Dieter Rink*)
 - Entwicklungsperspektiven gründerzeitlicher Wohngebiete (*Sigrun Kabisch*)
 - Probleme der Freiraumentwicklung der Großsiedlung Leipzig-Grünau (*Thomas Keidel, Michael Winkler u. Jürgen Breuste*)
 - Leipziger Ostraum-Projekt: Modellprojekt einer ökologisch orientierten Stadt-Umland-Entwicklung (*Ekhart Hahn u. Christoph Richter*)
- Klima und Luftbelastung
 - Untersuchungen zu Stadtklima und ausgewählten Luftschadstoffen unter Berücksichtigung der Flächennutzung am Beispiel der Stadtregion Leipzig (*Klaus Freyer, Ulrich Müller, Peter Popp, Hans-Christian Treutler u. Gudrun Schuhmann*)
 - KlZ-bedingte Luftbelastungen in der Stadt Leipzig und Maßnahmen zu ihrer Reduzierung (*Erhard Geisler*)
 - Erfassung der Wirkung der SO₂-Belastung der Luft in Leipzig mit epiphytischen Flechten unter Berücksichtigung von Stadtstrukturtypen (*Michael Zierdt u. Sebastian Dippmann*)
- Vegetation und Tierwelt
 - Flora und Vegetation von Leipzig - Ein Überblick unter besonderer Betrachtung ihrer Dynamik (*Peter Gute*)
 - Gehölze in Leipzig (*Horst Schaarschmidt*)
 - Spezielle Bedingungen für die Großstadtfauna in Leipzig (*Bernhard Klausnitzer*)
 - Stadtbiotopkartierung Leipzig als Grundlage für die Naturschutzfachplanung in Leipzig (*Thomas Blachnik-Göller, Thomas Konopka u. Monika Wächter*)
 - Naturschutzprobleme der Leipziger Auenlandschaft (*Jörg Haferkorn*)
 - Arthropodengemeinschaften auf Ruderalflächen in Leipzig (*Erik Arndt u. Hans Pellmann*)
 - Parasitische Arthropoden in Leipzig (*Antje Vater*)
- Boden
 - Schadstoffe in Böden verdichteter Siedlungsformen - Stadtböden (*Guido Schulte*)
 - Untersuchungen zum Versickerungsverhalten durchlässig befestigter Flächen in Leipzig (*Michael Schramm, Birgit Münchow, Jürgen Breuste*)



Arbeitsgruppe

Empirische

Planungsforschung

1981 - 1996

Ein Bericht

Stadt- und Regionalsoziologie

Kontaktadresse

Universität Gesamthochschule Kassel
Arbeitsgruppe Empirische Planungsforschung

FB 13

Mönchebergstraße 17

34109 Kassel

Tel. 0561-804 35 54

Fax 0561-804 24 85

eMail: aep@hrz.uni-kassel.de

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Detlev Ipsen

Dr. Herbert Glasauer

15 Jahre AEP

4

Grenzgänge...

8

Humboldts Alltag

16

Projekte

16

Forschung

27

Planung und Praxis

30

Publikationen

Impressum

Herausgeber:

Arbeitsgruppe Empirische Planungsforschung

Redaktion: Dr. Thomas Fuchs & Ulrike Janke M. A.

Gestaltung: Dialogo, Kassel

Druck: Druckerei Rudert, Espenau

VERÖFFENTLICHUNGEN DER ZWE ARBEIT UND REGION, UNIVERSITÄT BREMEN

Arbeitspapiere der ZWE

Nr. 1

Gornig, M.; Schwarze, J. (1992): Möglichkeiten und Grenzen regionaler Einkommensanalysen mit dem Sozio-ökonomischen Panel - deskriptive und regressionsanalytische Ergebnisse -

Nr. 2

Häußermann, H.; Küchler, M. (1992): Wohnen und Wählen. Zum Einfluß von Wohneigentum auf die Wahlentscheidung

Nr. 3

Sackmann, R. (1992): Regionale Unterschiede der Frauenerwerbstätigkeit

Nr. 4

Pfau-Effinger, B. (1992): Women's work and new forms of employment in West-Germany

Nr. 5

Gestring, N. (1992): Auf dem Weg zu einer polarisierten Gesellschaft? Thesen zur Verteilung der Einkommen in den Großstädten der USA, Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland

Nr. 6

Osterland, M.; Wahsner, R. (1992): Der schwierige Weg zur Demokratie. - Zur Reinstitutionalisierung der kommunalen Selbstverwaltungen in der Ex-DDR -

Nr. 7

Gornig, M.; Häußermann, H. (1993): Vom Süd-Nord- zum West-Ost-Gefälle? - Zum Wandel der Regionalstruktur und des Städtesystems nach der Vereinigung Deutschlands -

Nr. 8

Nowak, F. (1993): Bremer Wohnungsmarkt im Umbruch (I): Der Mietwohnungsmarkt

Nr. 9

Projekt 'StadtAuto'-Analyse (1993): Car-sharing - Ein Beitrag zum ökologischen Stadtverkehr? - Eine empirische Untersuchung der Bremer 'StadtAuto'-Initiative

Nr. 10

Pfau-Effinger, B. (1993): Teilzeitarbeit von Frauen im soziokulturellen Kontext - am Beispiel von Westdeutschland und Finnland

Nr. 11

Tempel, G. (1993): Regionale Kulturen in Deutschland - Ergebnisse einer Sekundärauswertung von Umfragedaten

Nr. 12

Krämer-Badoni, Th. (1993): Venzia Expo 2000: Aus der (Alp-) Traum. Eine Untersuchung zum Planungsprozeß von Großereignissen, kommunaler Politik und kommunalen Entwicklungsstrategien

Nr. 13

Krämer-Badoni, Th.; Söffler, D. (1994): Die Rolle der städtischen Bürgerinitiativen in Westdeutschland und Ostdeutschland bei der Ausprägung lokaler Demokratie. Ansatz einer vergleichenden Untersuchung städtischer Konfliktlinien von Bürgerinitiativen der Städte Bremen und Leipzig

Nr. 14

Nowak, F. (1994): Strukturelle Entwicklungen der Wohnungskündigungen im Bestand der ehemals gemeinnützigen Wohnungsunternehmen im Land Bremen

- Nr. 15
Nowak, F. (1994): Bremer Wohnungsmarkt im Umbruch (II): Neuere Tendenzen auf dem Bauland- und Immobilienmarkt
- Nr. 16
Pohlan, J. (1994): Finanzielle Disparitäten zwischen Städten in der Bundesrepublik Deutschland
- Nr. 17
Bahrenberg, G.; Pohlan, J. (1995): Eine Untersuchung der Finanzkraft der Stadt Bremen im Vergleich mit den niedersächsischen Umlandgemeinden für den Zeitraum 1982 bis 1992
- Nr. 18
Pfau-Effinger, B. (1995): Geschlechterkontrakt und Frauenarbeit im europäischen Vergleich
- Nr. 19
Projekt 'StadtAuto'-Analyse (1995): Car-sharing (II) - Eine Follow-Up-Analyse der Bremer 'StadtAuto'-Initiative
- Nr. 20/1
Nowak, F. (1995): Wohnungsversorgung in Bremen
- Nr. 20/2
Zarsteck, R. (1995): Wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Bremen - Vergleich von Daten der Arbeitsstättenzählungen 1970 und 1987
- Nr. 20/3
Pohlan, J. (1995): Wandel sozialräumlicher Strukturen der Stadt Bremen zwischen 1970 und 1987
- Nr. 20/4
Warsewa, G. (1995): Soziale Verantwortung und leere Kassen - Personalentwicklung im öffentlichen Dienst Bremens während der 80er Jahre
- Nr. 20/5
Petrowsky, W.; Tempel, G. (1995): Ausländer in der Stadt Bremen
- Nr. 20/6
Pfau-Effinger, B. (1995): Zwischen Herd und Büro. Zum Wandel der Arbeitsmarkt-Integration von Frauen in Bremen
- Nr. 20/7
Bahrenberg, G.; Prieb, A. (1995): Bremen und sein Umland - eine schwierige Beziehung
- Nr. 20/8
Bahrenberg, G.; Krämer-Badoni, Th. (1995): Arbeit und Wohnen, Berufs- und Ausbildungsverkehr in der Stadt Bremen und Region Bremen. Eine Analyse der Entwicklung von 1970 bis 1987
- Nr. 20/9
Taubmann, W. (1995): Bremen - Siedlungsentwicklung und Flächennutzung
- Nr. 20/10
Heseler, H. (1995): Maritime Wirtschaft in Bremen. Regionale Entwicklungstendenzen und Beiträge zum Strukturwandel des Stadtstaates
- Nr. 21
Bögenhold, D. (1995): Arbeitsteilung im Wandel. Die Formierung sozialer, beruflicher und organisatorischer Strukturkompositionen in Wirtschaft und Gesellschaft in längerfristiger Perspektive als Thema der Wirtschaftssoziologie
- Nr. 22
Pfau-Effinger, B. (1996): Analyse des Wandels der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im internationalen Vergleich - theoretischer Ansatz und empirische Ergebnisse
- Nr. 23
Albers, K. (1996): Der Einfluß der ÖPNV-Qualität auf die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel am Beispiel der Berufspendler in der Stadt Bremen (1970 - 1987)

- Nr. 24
Arbeitsgruppe Personenverkehr im Forschungsverbund „Ökologisch verträgliche Mobilität“ (1996): Die Mobilität von autolosen Haushalten. Forschungsziele, Annahmen, Methoden, Ergebnisse
Zugleich Arbeitspapier Nr. 3 des vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie geförderten Verbundprojektes „Ökologisch verträgliche Mobilität in Stadtregionen“ im Förderschwerpunkt „Ökologische Forschung in Stadtregionen und Industrielandschaften (Stadtökologie)“
- Nr. 25
Farwick, A. (1996): Armut in der Stadt - Prozesse und Mechanismen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern

ISSN-Nr.: 0948-3683

Forschungsberichte der ZWE

- Nr. 1
Bredtmann, K.-J. (1992): Die Einnahmen der kreisfreien Städte. - Aspekte der interkommunalen Vergleichbarkeit städtischer Haushaltslagen
- Nr. 2
Tempel, G. (1993): Die Stadt als Einkaufsort für die Bevölkerung im städtischen Umland. Eine Untersuchung von Einkaufsorientierungen in einer Umlandgemeinde der Region Bremen
- Nr. 3
Kupka, P. (1993): Arbeit und Persönlichkeitsentwicklung im Jugendalter: Theoretische Aspekte und empirische Analysen beruflicher Übergänge im internationalen Vergleich
- Nr. 4
Brandt, E. (1995): Nutzungspotentiale und Zielgruppenanalyse für Car-sharing - Eine Zielgruppenanalyse auf Basis von Daten über Car-sharing-Teilnehmerinnen und -teilnehmer in mehreren deutschen Städten und einer qualitativen Befragung umstiegsbereiter Haushalte
- Nr. 5
Kuhm, K. (1996): Städtische Mobilität und Moderne - Eine kultur- und techniksoziologische Rekonstruktion der Durchsetzung des automobilen Mobilitätssystems

Die Arbeitspapiere und die Forschungsberichte der ZWE bestellen Sie bitte zum jeweiligen Kostenbeitrag bei der:

Universität Bremen (KUA), ZWE 'Arbeit und Region', -Verwaltung-
Postfach 33 04 40, 28334 Bremen
Bankverbindung: Bremer Landesbank
Konto Nr.: 10 70 11 50 00
BLZ: 290 500 00
Überweisung nach Rechnungserhalt unter Angabe des
Kassenzeichens: 2501/119 01-9 KUA 06 und der Rechnungsnummer

Auszug aus den „Schnellinformationen“ der BfLR über neu erworbene Literatur

Healey, Patsy (Hrsg.); Cameron, Stuart (Hrsg.); Davoudi, Simin (Hrsg.); Graham, Stephen (Hrsg.); Madni-Pour, Ali (Hrsg.)
Univ. of Newcastle-upon-Tyne, Department of Town and Country Planning, Centre for Research in European Urban Environments (Hrsg.)
Managing cities. The new urban context.
Chichester: Wiley 1995. X, 322 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg.
Stadtentwicklung, International, Kultur, Sozialwandel, Stadtökonomie, Kommunalpolitik, Stadterneuerung, Kommunale Wirtschaftspolitik, Öffentliche Aufgabe, Privatisierung, Infrastrukturpolitik, Kooperation, Regional
Europa, USA
BfLR; B 13 008

Whitehand, Heremy W.R.
Institute of British Geographers, London (Hrsg.)
The making of the urban landscape.
Oxford: Blackwell 1992. X, 239 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.; Reg.=Spec.Pub.Ser. 26
Stadtgestaltung, Stadtlandschaft, Architektur, City, Öffentliche Einrichtung, Öffentliche Grünfläche, Wohngebiet, Stadtgeschichte
Großbritannien
BfLR; B 13 110

Bade, Klaus J.
Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn (Hrsg.); Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung, Hannover (Hrsg.)
Ausländer, Aussiedler, Asyl in der Bundesrepublik Deutschland. 3., neubearb.u.aktual.Aufl.
Bonn 1994. 223 S., Abb., Lit.
Ausländer, Aussiedler, Bevölkerungspolitik, Gesellschaft, Sozialbeziehung, Grundrecht, Arbeitsmarkt
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; C 23 821

Eekhoff, Johann
Der Einfluß der Wohnungspolitik auf Mobilität und Flächennutzung.
in: Langfristige Kred., Frankfurt/M. 46(1995)15, S. 494-498, Abb.
Wohnungspolitik, Wohnungsmobilität, Arbeitsplatzmobilität, Sozialwohnung, Wohneigentum, Mietrecht, Wirkungsanalyse, Raumstruktur, Flächennutzung
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; Z 517

Hamm, Walter
Frankfurter Institut - Stiftung Marktwirtschaft und Politik, Bad Homburg (Hrsg.)
Zeit zum Umsteuern. Wohnungspolitik im Spannungsfeld von Wirtschaft u. Gesellschaft.
Bad Homburg 1994. 92 S., Abb.; Lit.=Kleine Handbibl. Bd. 11
Wohnungspolitik, Wohnungsversorgung, Wohnungswirtschaft, Wohnungsbau, Wohneigentum
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; A 12 486

Schaefer, Thomas
Friedrich-Ebert-Stiftung, Forschungsinstitut, Abteilung Wirtschaftspolitik, Bonn (Hrsg., Verant.)
Mieten in Ostdeutschland. Zwischen Instandsetzungsstau u. Mieterinteressen. Eine Tagung am 14. April 1994 in Erfurt.
Bonn 1994. ca. 61 S., Lit.=Wirtschaftspolit.Diskurse. Nr. 59
Miete, Regional, Wohnungsmodernisierung, Investition, Wohnungsbauunternehmen, Wohnungswirtschaft, Wohnungspolitik, Mietrecht
Ostdeutschland
BfLR; A 12 473

Rosenkranz, Christa (Red.)
Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn (Hrsg.)
Wohneigentumsbildung in den neuen Bundesländern.=Wohneigentum in den neuen Bundesländern; Umschlagtitel
Bonn 1995. 95 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Mater.z.Raumentwickl. H. 70
Wohnungspolitik, Wohneigentum, Wohnungsbau, Regional, Modellvorhaben, Wohnungsbaukosten, Wohnungsbaufinanzierung,
Selbsthilfe, Bebauung, Flächenverbrauch
Ostdeutschland
BfLR; C 24 444

Brouwer, F.M. (Hrsg.); Thomas, A.J. (Hrsg.); Chadwick, M.J. (Hrsg.)
International Institute for Applied Systems Analysis, Laxenburg (Verant., Auftr.); Stockholm Environment Institute (Auftr.); Polish Academy of Science, Institute of Geography and Spatial Organization, Warsaw (Verant.)
Land use changes in Europe. Provinces of change, environmental transformations and future patterns.
Dordrecht: Kluwer Academic Publ. 1991. XIV, 528 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.; Reg.=The GeoJournal Library. Vol.18
Flächennutzung, International, Landwirtschaftliche Bodennutzung, Agrarstruktur, Raumressource, Umweltverträglichkeit, Umweltökonomie, Klimaänderung, Raumentwicklung, Geschichte, Szenario
Europa
BfLR; B 13 079

Bertram, Hans (Hrsg.); Hradil, Stefan (Hrsg.); Kleinhenz, Gerhard (Hrsg.)
Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e.V., Halle/Saale (Hrsg.)
Sozialer und demographischer Wandel in den neuen Bundesländern.
Berlin: Akademie Verl. 1995. X, 390 S.; Kt.; Abb.; Tab.; Lit.; Reg.=Transformationsprozesse
Sozialwandel, Regional, Bevölkerungsentwicklung, Bevölkerungswanderung, Interregional, Sozialstruktur, Wertvorstellung, Lebensqualität
Ostdeutschland, DDR
BfLR; B 13 115

Wiegandt, Claus-Christian (Red.)
Nutzungsmischung im Städtebau. Themenheft.
In: Inform.z.Raumentwickl., Bonn (1995)H.6/7, S. 391-532, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
Stadtstruktur, Städtebauziel, Flächennutzung, Mischgebiet, Gemischte Baufläche, Sozialwandel, Strukturwandel
Bundesrepublik Deutschland
BfLR, Z 703

Malmberg, Anders (Hrsg.)
Regional and urban restructuring in Europe. Themenheft.
In: Eur.urban and regional Stud., Harlow/Essex 3(1996) Nr.2, S. 96-176, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
Strukturwandel, Regional, International, Wirtschaftsentwicklung, Bevölkerungsentwicklung, Arbeitsmarkt, Regionale Disparität, Stadtentwicklung, Zukunft
Europa
BfLR; Z 2565

Scherf, Konrad (Hrsg.); Viehig, Hans (Hrsg.)
Berlin und Brandenburg auf dem Weg in die gemeinsame Zukunft. Mit einem Anhang: Fakten - Zahlen - Übersichten.
Gotha: Perthes 1995. 479 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.; Reg.=Parthes Länderprofile
Regionalanalyse, Hauptstadt, Bundesland, Verwaltungsorganisation, Raumgliederung, Raumentwicklung, Raumstruktur, Lage(Raum), Raumplanung
Berlin, Brandenburg, DDR, Deutschland
BfLR; B 13 144

Berry, James (Hrsg.); McGreal, Stanley (Hrsg.)
European cities, planning systems and property markets.
London: Spon 1995. IX, 417 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.; Reg.
Stadtentwicklung, International, Stadtplanung, Planungsprozeß, Stadtökonomie, Investition, Immobilienmarkt, Städtebaupolitik
Europa
BfLR; B 12 987

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e.V., Bonn (Hrsg., Verant.)
Die Stadt - Ort der Gegensätze. Kongreß der Bundes-SGK vom 25.-27. Okt. 1995 in Berlin.
Bonn: Vorwärts Verl. 1996. 216 S., Abb.; Lit.=Demokr.Gemeinde. S.-Nr.
Stadtentwicklung, Kultur, Regional, Gesellschaft, Stadtökonomie, Stadtgestalt, Stadtverkehr, Umwelt, Städtebaupolitik, Kommunalpolitik,
Tagung
Bundesrepublik Deutschland, Europa
BfLR; C 24 865

Grabow, Busso (Hrsg.)
Deutsches Institut für Urbanistik -Difu-, Berlin (Hrsg., Verant.); Usbeck GmbH, Büro für Stadt- und Regionalentwicklung, Leipzig
(Verant.)
Die Zukunft des Dienstleistungssektors in der Stadt. Dokumentation eines Workshops im Rahmen des Projekts „Entscheidungsfelder städtischer Zukunft“ am 22.u.23.Juni 1995 in Mannheim.
Berlin 1996. 181 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Difu-Materialien. 1/96
Tertiärer Sektor, Wirtschaftsentwicklung, Strukturwandel, Beschäftigte, Dienstleistungsstandort, Dezentralisation, Unternehmenspolitik,
Stadtentwicklung, Zukunft, Stadtplanung
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; C 24 954

Schwedt, Herbert
Gesellschaft für Volkskunde in Rheinland-Pfalz e.V., Mainz (Hrsg.)
Probleme ländlicher Kultur. Gesammelte Aufsätze zum 60. Geburtstag.
Mainz 1994. 217 S., Kt.; Lit.=Stud.z.Volkskultur in Rheint.-Pfalz. Bd.17
Kultur, Regional, Ländlicher Raum, Dorf, Sozialwandel, Verein, Verstädterung
Bundesrepublik Deutschland, Rheinland-Pfalz
BfLR; A 12 578

Cities, enterprises and society at the eve of the 21st century. Themenheft.
In: Urban Stud., Abingdon 32(1995)Nr.2, S. 205-423, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
Stadtentwicklung, International, Stadtökonomie, Wirtschaftsentwicklung, Wettbewerb, Kommunale Wirtschaftspolitik, Kooperation, Innovation, Unternehmen, Raumstruktur, Funktionsraum
Europa, USA, Japan
BfLR; Z 2457a

Sibum, Doris

Forum Umwelt und Entwicklung, Bonn (Hrsg.)
Habitat II. Die 2. Wertsiedlungskonferenz, Istanbul, 1996. Ein Leitfadens.
Bonn 1996. 37 S., Abb.; Tab.; Lit.
Stadtentwicklung, International, Siedlungsentwicklung, Städtebaupolitik, Wohnungsversorgung, Kommunalpolitik, Umweltverträglichkeit, Entwicklungsland, Tagung
BfLR; A 12 937

Häupl, Michael (Hrsg.)

Zukunft Stadt. Europas Metropolen im Wandel.
Wien: Promedia Druck-u. Verlagsgesellschaft 1996. 174 S., Tab.; Lit.=Ed.Forschung
Stadtentwicklung, International, Großstadt, Sozialwandel, Kultur, Wirtschaftsentwicklung, Freizeit, Städtebaupolitik, EU, Zukunft
Österreich, Europa
BfLR; A 12 924

Danielszyk, Rainer; Krüger, Rainer; Schäfer, Benjamin

Ostfriesland: Leben in einer „besonderen Welt“. Eine Untersuchung zum Verhältnis von Alltag, Kultur u. Politik im regionalen Maßstab.
Oldenburg/Oldb.: Bibliotheks- und Informationssystem d.Univ. Oldenburg 1995. 367 S., Kt.; Abb.; Tab.;
Lit.=Wahrnehmungsgegr.Stud.z.Regionalentwicl. H.13.
Räumliche Identität, Regionalentwicklung, Lebensstil, Kultur, Regionalpolitik, Sozialökologie
Ostfriesland
BfLR; A 12 665

Meurer, Bernd (Hrsg.)

Laboratorium der Zivilisation - Akademie Deutscher Werkbund, Darmstadt (Hrsg.)
Die Zukunft des Raums. Dt.; Engl.=The future of space; Paralleltitel, engl.
Frankfurt/M.: Campus Verl. 1994. 222S., Abb.; Lit.=Schriftenr.d.Lab.d.Zivilis.Dt.Werkbund. Bd.1
Raum, Zeit, Raummobilität, Technologie, Zukunft, Raumwirksamkeit, Sozialverträglichkeit, Telekommunikation
BfLR; B 13 085

Werlen, Benno

Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen. Band 1: Zur Ontologie von Gesellschaft u. Raum.
Stuttgart: Steiner 1995. X, 262 S., Abb.; Lit.=Erdkundl.Wiss.H.116
Sozialgeographie, Gesellschaft, Theorie, Gesellschaftsordnung, Raummodell, Sozialbeziehung, Aktionsraum, Raumwirksamkeit, Kultur-
geographie, Wirtschaftsgeographie
BfLR; X 378/35

Nachhaltige Stadtentwicklung. Schwerpunktthema.

In: Politische Ökologie. München Nr.44/Jg.14(1996), S.19-74, Abb.; Lit.
Stadtentwicklung, Zukunft, Gesellschaft, Umweltverträglichkeit, Sozialverträglichkeit, Stadtforschung, Stadt-Land-Beziehungen, EU,
Flächennutzung, Stadtökologie, Städtebaupolitik
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; C 24 794

Feministische Organisationen von Plannerinnen und Architektinnen e.V. (Hrsg.)

Zwischen Abgrenzung und Annäherung. Planerinnen u. Planungspraxis in den neuen Bundesländern.
Bielefeld: Kleine 1995. 204 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Frei-Räume. Bd.8
Frau, Planer, Planung, Raumplanung, Stadtplanung, Frauenerwerbstätigkeit, Biographie, Fachplanung, Forschung, Hochschule
Ostdeutschland, DDR, Bundesrepublik Deutschland
BfLR; B 13 060

Bucher, Hansjörg; Gatzweiler, Hans-Peter; Kocks, Martina; Siedhoff, Mathias

Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn (Bearb., Hrsg.); Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen
und Städtebau, Bonn (Auftr.)
Raumordnungsprognose 2010. Teilbereich regionalisierte Bevölkerungsprognose.
Bonn 1995. 32 S., Kt.; Tab.; Lit.
Bevölkerungsprognose, Bevölkerungsentwicklung, Regional, Raumordnung, Prognose, Bevölkerungskarte
Bundesrepublik Deutschland, Ostdeutschland
BfLR; C 24 024

Reuter, Brigitte (Hrsg.); Simmedinger, Renate (Hrsg.)

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. -ISS-, Frankfurt/Main (Hrsg.)
Katastrophe Wohnungsmarkt? Konzepte einer sozialen Wohnungsversorgung.
Frankfurt/M. 1996. II, 68 S., Lit.=ISS-Pontifex. Ber.u.Mater. aus Wiss.u.Prax. 2/1996
Wohnungsmarkt, Wohnungsversorgung, Sozialwohnung, Wohnungspolitik, Sozialpolitik, Städtebaurecht
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; B 12 223

Arlt, Günter; Petzold, Hans; Siedentop, Stefan

Institut für Ökologische Raumentwicklung e.V. -IÖR-, Dresden (Hrsg.)
Grundzüge einer Sustainability-Konzeptes für die Siedlungs- und Flächenentwicklung in Großstadregionen.
Dresden 1995. 21 S., Abb.; Tab.; Lit.=IÖR-Texte. 85
Umweltverträglichkeit, Ökologie, Wirtschaftsentwicklung, Gesellschaft, Zukunft, Theorie, Raumplanungsziel, Städtebauziel, Stadregion
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; Y 1015/36

Denmark, Ministry of Environment and Energy, Spatial Planning Department, Copenhagen (Hrsg., Verant.); European Union, Commis-
sion, Directorate General for the Environment, Nuclear Safety and Civil Protection, Brussels (Verant.); European Academy of the Urban
Environment, Berlin (Verant.)

The European city - sustaining urban quality. Conference papers, 24-28 April 1995, Copenhagen. Workshop 5: Urban environment
indicators.
Copenhagen 1995. 86 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
Umweltbelastung, Regional, Umweltverträglichkeit, Stadtentwicklung, Stadtplanung, Lebensqualität, Indikator
Europa
BfLR; C 24 223/5

Glatzer, Wolfgang (Hrsg.); Noll, Heinz-Herbert (Hrsg.)

Deutsche Gesellschaft für Soziologie, Sektion Soziale Indikatoren (Hrsg.)
Getrennt vereint. Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung.=Soziale Indikatoren 18. Konzepte und Forschungsan-
sätze; Gesamttitel
Frankfurt/M.: Campus Verl. 1995. 330 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
Lebensqualität, Regional, Indikator, Arbeit, Arbeitsmarkt, Einkommen, Lebenshaltung, Lebensstil, Wertvorstellung
Bundesrepublik Deutschland, Ostdeutschland
BfLR; B 6999/18

Bertram, Hans (Hrsg.)

Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e.V., Halle/Saale (Bearb., Hrsg.)
Ostdeutschland im Wandel: Lebensverhältnisse - politische Einstellungen.
Opladen: Leske u.Budrich 1995. XI, 315 S., Abb.; Tab.; Lit.=Transformationsprozesse. Bd. 7

Agrarsoziale Gesellschaft e.V. -ASG-, Göttingen (Hrsg.); Förderwerk Land- und Forstwirtschaft e.V., Arbeitsbereich Dorfentwicklung,
Göttingen (Verant.)

Dorf- und Regionalentwicklung in den neuen Bundesländern. Beiträge aus der Praxis. Dokumentation einer Seminarreihe zur Situation
der Dorfentwicklung in den neuen Bundesländern.
Göttingen 1995. 243 S., Abb.; Tab.; Lit.=ASG-Kleine Reihe. Nr.54
Regionalentwicklung, Ländlicher Raum, Strukturwandel, Agrarstruktur, Dorf, Landwirtschaft, Arbeitsmarkt, Dorferneuerung, Modellvorha-
ben
Ostdeutschland
BfLR; A 12 583

Ipsen, Detlev (Hrsg.)

Hessische Gesellschaft für Demokratie und Ökologie e.V., Frankfurt/Main (Hrsg.)
Stadt und Region - StadtRegion. Dokumentation einer Tagung am 3.u.4.Nov. 1994 in Kassel.
Frankfurt/M. 1994. 144 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
Verdichtungsraum, Stadregion, Regionalentwicklung, Randzone, Stadtlumland, Siedlungsstruktur, Dezentralisation, Kooperation, Zen-
tralität, Raumplanungspolitik, Regionalisierung
Frankfurt am Main/Raum, Kassel/Raum, Hannover/Großraum, Berlin/Raum, Athen/Raum, Griechenland, Rotterdam/Raum, Niederlande
BfLR; B 13 090

Federal Research Institute for Regional Geography and Regional Planning, Bonn; Federal Ministry for Regional Planning, Building and
Urban Development, Bonn (Hrsg.)

Habitat II. Global best practices initiatives in improving the living environment. German best practices.
Bonn 1996. 45 S., Abb.; Tab.; Lit.
Städtebaupolitik, Stadterneuerung, Umweltverträglichkeit, Wohnungsbau, Regional, Freiflächenplanung, Flächenrecycling, Konversion
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; C 24 985

Lessat, Vera; Gaulke, Klaus-Peter (Mitarb.); Rother, Josef (Mitarb.)

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung -DIW-, Berlin (Hrsg.); Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau,
Bonn (Auftr.)
Expertise über die Anstoßwirkungen öffentlicher Mittel in der Städtebauförderung
Berlin: Duncker u. Humblot 1996. ca. 94 S., Abb.; Tab.; Lit.=Beitr.z.Strukturforsch. H.164
Städtebaupolitik, Öffentliche Investition, Stadtanlieferung, Wirkungsanalyse, Investition, Regional, Erhebung
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; C 25 152

Europäische Union, Kommission, Brüssel (Hrsg., Verant.); Europarat, Straßburg (Hrsg., Verant.)
Entwicklungsperspektiven für den größeren europäischen Raum. Dokumentation der Gemeinsamen Konferenz in Dresden, 15.-16. Nov. 1993.

Luxemburg: Amt für Amtl. Veröff. 1995. IV, 117 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
Raumentwicklung, International, Regionalentwicklung, Regionale Disparität, Verkehrsweg, Stadtentwicklung, Kooperation, Wirtschaftskooperation, EU
Europa
BfLR; C 24 745

Bazac-Billaud, Laurent (Hrsg.)
Centre Francais de Recherche en Sciences Sociales, Prague (Hrsg., Verant.)
Questions urbaines: Prague et ses nouveaux quartiers.
Prague 1994. 157 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Cah.duCEFRES. No.7
Stadtentwicklung, Bevölkerungsentwicklung, Regional, Verwaltung, Wohnsiedlung, Neuer Stadtteil, Städtebau, Wohnungspolitik, Lebensqualität, Stadtsoziologie
Trag, Tschechische Republik
BfLR; A 12 744

Gebhardt, Hans (Hrsg.), Schweizer, Günther (Hrsg.); Reuber, Paul (Hrsg.)
Univ. Köln, Geographisches Institut (Hrsg.)
Zuhause in der Großstadt. Ortsbindung u. räumliche Identifikation im Verdichtungsraum Köln.
Köln 1995. VIII, 107 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Kölner geogr. Arb. H.61
Räumliche Identität, Großstadt, Stadtviertel, Wohnumfeld, Ausländer, Wohnungsmobilität, Sozialbeziehung, Regional, Umweltpsychologie, Sozialgeographie
Köln
BfLR; C 455/32

Wittmann, Fred-Tore (Bearb.)
Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn (Hrsg.)
Laufende Raumbewertung. Städtebaulich relevante Raumdaten 1996.
Bonn 1996. III, 50 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg.=Arbeitspapiere. 8/1996
Regionale Daten, Statistik, Geoinformationssystem, Raumentwicklung, Bevölkerungsentwicklung, Arbeitsmarkt, Lebenshaltung, Infrastruktur, Wohnungsversorgung, Großstadt
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; Y 1006/45

Lanz, Stephan
Demokratische Stadtplanung in der Postmoderne.
Oldenburg/Oldb.: Bibl.-u.Informationssystem d.Univ.Oldenburg 1996. 253 S., Kt.; Abb.; Tab.;
Lit.=Wahrnehmungsgeogr.Stud.z.Regionalentw. H. 15
Theorie, Planungstheorie, Gesellschaft, Planung, Partizipation, Demokratie, Stadt, Stadtplanung
Frankfurt am Main
BfLR; A 12 898

Girardet, Herbert; N'Dow, Wally (Vorw.)
Das Zeitalter der Städte. Neue Wege für eine nachhaltige Stadtentwicklung.=The Gaia atlas of cities; Originaltitel, engl.
Holm: Deukalion Verl. 1996. 190 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg.
Stadtentwicklung, International, Zukunft, Gesellschaft, Stadt-Land-Beziehungen, Umweltverträglichkeit, Sozialverträglichkeit, Entwicklungsland
BfLR; B 13 199

Loske, Reinhard; Bleischwitz, Raimund
Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH (Bearb.); Bund für Umwelt Naturschutz Deutschland e.V. -BUND-, Bonn (Hrsg., Auftr.); Misereor, Aktion gegen Hunger und Krankheit in der Welt, Bischöfliches Hilfswerk e.V., Aachen (Hrsg., Auftr.)
Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung.
Berlin: Birkhäuser 1996. 453 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
Zukunft, Gesellschaft, Umweltverträglichkeit, Sozialverträglichkeit, Wertvorstellung, Ökologie, Stadtentwicklung
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; B 13 131

Claussen, Birgit; Fürst, Dietrich; Selle, Klaus; Sinning, Heidi
Univ. Hannover, Zentrale Einrichtung für Weiterbildung (Hrsg.)
Zukunftsaufgabe Moderation. Herausforderungen in der Raum- u. Umweltplanung.
Frankfurt/M.: VAS 1996. 143 S., Abb.; Tab.; Lit.=Dokum.z.wiss.Weiterbildung. 28
Planerausbildung, Fortbildung, Berufsqualifikation, Raumplanung, Umweltplanung, Staat, Planungsprozess, Zielkonflikt, Kooperation
Bundesrepublik Deutschland
BfLR, A 12 952

Apel, Dieter; Henckel, Dietrich; Bunzel, Arno; Floeting, Holger; Henkel, Michael J.; Kühn, Gerd; Lehmbrock, Michael; Sander, Robert
Deutsches Institut für Urbanistik -Difu-, Berlin (Hrsg.); Nordrhein-Westfalen, Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport, Düsseldorf (Auftr.)
Flächen sparen, Verkehr reduzieren. Möglichkeiten zur Steuerung der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung.
Berlin 1995. 297 S., Abb.; Tab.; Lit.=Difu-Beitr.z.Stadtforsch. 16
Flächenverbrauch, Verkehrsvermeidung, Siedlungsentwicklung, Planungsrecht, Finanzpolitik, Steuerpolitik, Kommunale Zusammenarbeit
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; B 13 096

Dosch, Fabian
Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn (Hrsg.)
Ausmaß der Bodenversiegelung und Potentiale zur Entsiegelung. Handlungsansätze für einen nachhaltigen Bodenschutz.
Bonn 1966. 51 S., Kt.; Tab.; Lit.=Arbeitspapiere. 1/1996.
Flächenverbrauch, Regional, Siedlungsfläche, Verkehrsfläche, Flächensanierung, Städtebau, Verkehrspolitik, Bodenschutz, Umweltökonomie, Modellrechnung
Bundesrepublik Deutschland
BfLR; Y 1006/40

Böltken, Ferdinand (Bearb., Proj.-Ltg.)
Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn (Hrsg.)
Neuabgrenzung von Raumordnungsregionen nach den Gebietsreformen in den neuen Bundesländern.
Bonn 1996. 39 S., Kt.; Tab.; Lit.=Arbeitspapiere. 5/1996
Raumordnung, Region, Abgrenzung, Funktionsraum, Versorgungsbereich, Gebietsreform, Verwaltungsgrenzenkarte
Bundesrepublik Deutschland, Ostdeutschland
BfLR; Y 1006/43

Ackermann, Kurt (Proj.-Ltg.); Beilke, Ursula (Bearb.); Krause, Joachim (Bearb.); Schöppe, Ernst (Bearb.); Söhnchen, Andrea (Bearb.); Breitzmann, Karl-Heinz (Bearb.); Ewert, Barbara (Bearb.); Obenaus, Hans (Bearb.); Zuber-Seifert, Franz (Bearb.)
TU Dresden, Lehrstuhl für Verkehrs- und Infrastrukturplanung (Bearb., Hrsg.); Univ. Rostock, Institut für Verkehr und Logistik (Bearb.); Baltic Marine Consult, Rostock (Mitarb.); Bundesministerium für Verkehr, Bonn (Auftr.)
Mit öffentlichen Verkehrsmitteln gesteuerte Suburbanisierung in regionalen Entwicklungsachsen der neuen Bundesländer unter besonderer Berücksichtigung des schienengebundenen Verkehrs. Schlußbericht.=Suburbanisierung und ÖPNV; Umschlagtitel
Rostock 1995. ca. 202 C., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
Verstädterung, Stadtregion, Stadtlumland, Verkehrsaufkommen, Verkehrsbedienung, Öffentlicher Personennahverkehr, Schienenpersonenverkehr, Entwicklungsachse, Verkehrspolitik, Regional, Infrastrukturplanung
Ostdeutschland
BfLR; C 24 462

**Ausgewählte Veröffentlichungen
der Bundesforschungsanstalt für
Landeskunde und Raumordnung**

**Informationen zur
Raumentwicklung**

Mittelstand und Regionalentwicklung
Zum Aufbau mittelständischer Strukturen in den
neuen Ländern
Heft 1.1996, 10,- DM

Nachhaltige Stadtentwicklung
Heft 2/3.1996, 20,- DM

Stadt-Umland-Beziehungen
Heft 4/5.1996, 20,- DM

**Materialien zur
Raumentwicklung**

Städtenetze
Vernetzungspotentiale und Vernetzungskonzepte
Heft 76, 18,- DM

Wohn- und Gewerbebaulandreserven
- Ergebnisse der BfLR-Baulandumfrage 1995 -
Heft 77, 18,- DM

Wohnsituation Alleinerziehender III
Ergebnisse des Forschungsfeldes
Heft 78, 18,- DM